STRIEMER

DER JNDUSTRIE-ARBEITER

EDERMANNS BUECHERE BERLACHER ENERES LAU

Houn Gus Figner Olion bein Fing solvis if an 20 Dafram. Has as vorarios dais being, no Fisheigh is from on brill-Ring. Dy ni Domo of diano Framplan -Jose go seeriging, Date ing y Hortoday = --of ferraphing

485 KPiP



1100485

JEDERMANNS BÜCHEREI

Natur aller Länder / Religion und Kultur aller Völker
Wissen und Technik aller Zeiten

ABTEILUNG: SOZIALWISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben von Friedrich Glum

Alfred Striemer

Der Industriearbeiter

Ferdinand Hirt in Breslau 1923

Ferdinand Hirt in Breslau 1923 Die Industriearbeiterschaft bildet die große Masse, die sich in den Fabriken, den Mietskasernen und den Versammlungen zusammenfindet. Ihr politischer Einfluß ist durch die Gewerkschaften und die Parteien bedeutend; die revolutionären Kräfte entwickeln sich gerade in ihren Reihen.

Da die Industriearbeiterschaft zum größten Teil in geschlossenen Stadtteilen wohnt, stehen weite Volkskreise der Industriearbeiterschaft fast fremd gegenüber, weil eine engere berufliche oder wohnliche oder gesellschaftliche Fühlung mit ihnen fehlt. Und doch ist es dringend notwendig, daß jedermann heute weiß, wie es um unsere Industriearbeiterschaft wirtschaftlich und geistig bestellt ist, welche Kräfte sich in ihr regen und nach welchen Richtungen hin sich diese Kräfte Wege suchen.

Da ich selbst als Industriearbeiter gearbeitet habe, ebenso in der Gewerkschaft und der Partei als Schriftleiter der Betriebsrätezeitung drei Jahre wirken konnte, nachdem ich als Ingenieur zwei Jahrzehnte die Wirtschaft Deutschlands und des Auslandes gründlich kennengelernt hatte, nahm ich den Auftrag des Verlages an, diesen Band zu schreiben. Der Schwierigkeit der Aufgabe war ich mir sehr wohl bewußt; denn, obgleich ich mit dem Herzen ganz und gar bei den Menschen der Arbeit bin, ihre Arbeits- und Lebensräume, ihre Schwächen und Vorzüge wohl kenne, müssen Neigungen und Empfindungen zurücktreten hinter der Notwendigkeit, nüchtern und klar zu sehen, was ist, den Freunden gegenüber Kritik zu üben, die sie vorwärtsbringen kann.

Die Industriearbeiterschaft ist ein Volk für sich, das überaus stark differenziert ist. Vom hochqualifizierten, mit Fachschulund Allgemeinbildung bestens ausgerüsteten Arbeiter, mit einer durch Sparkapital und Eigenhaus wirtschaftlich stark gesicherten Existenz, bis zum ungelernten Hilfsarbeiter in rein proletarischer

Lage mit großer Familie und ständigem Mangel an dem Notwendigsten, besteht eine Skala mit außerordentlich vielen Stufen. Auch in rein geistiger Beziehung, hinsichtlich Begabung, Vorwärtsstreben, Willensstärke, besteht eine sehr große Verschiedenheit in diesem Volk der Industriearbeiterschaft, in dem neben starkem Solidaritätsgefühl auch Neid und Mißgunst gegenüber den Erfolgreicheren wuchern und allen Schwächen gegenüber auch schönste Charaktereigenschaften sich behaupten.

Aber das Volk der Industriearbeiter ist nur ein Völkchen innerhalb der großen Volksgemeinschaft, in der es leben muß in Gemeinschaft und Gesellschaft mit den geistigen Arbeitern und mit den unternehmenden Kräften der Wirtschaft. In dieser Volksgemeinschaft herrscht heute aber der Kampf gegen die Grundgesetze der Gemeinschaft, um die Aufhebung der Gegensätze, obgleich sie die Quellen des Lebens sind.

So muß eine Schrift über die Industriearbeiterschaft Stellung nehmen zu dem Problem "Sozialismus", wodurch die Schrift trotz meiner Bemühungen, objektiv und unparteiisch zu sein, doch eine starke persönliche Färbung erhalten hat.

Die Schlußfolgerungen, zu denen ich komme, werden viele meiner Freunde wenig befriedigen. Das aber konnte für mich nicht entscheidend sein; denn wir stehen vor einem Aufbau mit Menschen stark veränderter geistiger Einstellung unter wesentlich veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen.

Dieses kleine Buch soll ein Wegweiser sein für alle die, die ehrlichen Herzens, vorurteilslos und mit ausreichender Sachkenntnis und praktischen Erfahrungen mithelfen wollen, das deutsche Volk zu einer Gemeinschaft zu machen, in der der arbeitende Mensch sein Recht findet.

April 1923.

Der Verfasser.



Copyright 1923 by Ferdinand Hirt, Breslau Made in Germany

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Vorwort	6
Die Entstehung der Industrie	8
Die Entstehung der Industrie-Arbeiterschaft	10
Die Produktion	11
Die Gemeinschaftsarbeit	16
Frühkapitalismus und Gegenwart	17
Der Industriearbeiter	18
Die Ausbeutung	24
Industriearbeiter und Gesellschaft	29
Der Menschenmarkt	34
Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf	38
Der Industriearbeiter und die Politik	40
Industriearbeiter und Gewerkschaft	49
Die Industriearbeiter als Betriebsräte	56
Die wachsenden Bedürfnisse	64
Der Industriearbeiter und die Hauswirtschaft	65
Der Industriearbeiter im Betrieb	69
Die Industriearbeiter und die geistige Arbeit	73
Die Industriearbeiter und Taylor	75
Der Industriearbeiter und der Achtstundentag	78
Die Industriearbeiter und die Genossenschaft	81
Die Industriearbeiter und die sozialen Baubetriebe	85
Arbeiterbanken	88
Arbeitnehmerkammern	89
Wer erforscht die soziale Wirtschaftsverfassung?	89
Ausblick	94
Literatur	98
Register	99

Die Entstehung der Industrie

Eine genauere Betrachtung der heutigen Wirtschaft zeigt das Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Betriebsformen: der Haus-, der Kunden- und der Marktwirtschaft, von Handwerks- und Fabrikbetrieben und Verlegern in Verbindung mit Hausindustrie. Obgleich diese verschiedenen Betriebsformen in weiten Zeitabschnitten nacheinander geschichtlich entstanden sind, haben die neuen Formen doch nur teilweise die älteren verdrängen können, so daß durch das Nebeneinanderbestehen dieser so verschiedenartigen Betriebsweisen ein außerordentlich mannigfaltiges Bild hat entstehen können, das noch weiter belebt wird durch die Verschiedenheit der Betriebsgrößen: der Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetriebe.

Die Hauswirtschaft stellt für den eigenen Bedarf der Familie oder Familiengemeinschaft die notwendigen Güter her. Lohnarbeiter gibt es nicht. Alle Arbeiten werden für die Gemeinschaft arbeitsteilig verrichtet je nach Geschick und Anlernung; das Familienoberhaupt verteilt, bzw. teilt jedem das zu, was es für richtig hält. Mit der Hauswirtschaft begannen alle Völker, sobald sie seßhaft wurden, ihre Wirtschaftsgeschichte; denn solange sie als Hirten und Nomaden lebten, konnten sie die Weideplätze ständig wechseln und brauchten sie nicht zu bewirtschaften. Die Gutshöfe entwickelten sich zu Großbetrieben, so daß es im Mittelalter Hauswirtschaften gab, die viele Hunderte von Menschen einschlossen, und in denen fast alle Handwerke vertreten waren.

Es entwickelte sich die handwerkliche Lohnarbeit, das Lohnwerk. Der Handwerker arbeitete nicht bloß für die Familie, sondern für die Kunden. Mit der Entstehung der Städte, der Tauschgemeinschaft zwischen Stadt und Land, entwickelten sich die wirtschaftlich selbständigen Handwerke mit eigenen, festen Betriebsstätten. Nebenher hat sich bis auf den heutigen Tag der gegen Lohn und Kost arbeitende Lohnwerker erhalten, der kein eigentlicher Lohnarbeiter ist und mit eigenem Werkzeug arbeitet.

Der eigentliche Handwerker ist Besitzer von Werkzeugen, Betriebsmitteln und Rohstoffen. Er erhält für seine Arbeit keinen

Lohn, sondern den Preis für das fertige Produkt. Hat er keine Bestellungen, dann arbeitet er auf Vorrat und zieht mit seinen Waren auf den Markt, wo er sie zum Verkauf stellt. Der Handwerker bildet sich seine Gehilfen heran, stellt Lehrlinge ein und beschäftigt Gesellen, die früher und teilweise auch heute noch mit ihm in Familiengemeinschaft leben. Zum Schutze ihrer Gewerbe schlossen sich die Handwerker zu Zünften zusammen.

Seit dem 16. Jahrhundert, mit der Entwicklung des Welthandels, bemächtigten sich Kaufleute der Produktion. Sie werden Unternehmer, indem sie die Handwerker mit Material beliefern und ihnen Aufträge erteilen, so daß die Handwerker mit den Kunden, den Verbrauchern, selbst gar keine Verbindung mehr haben. Der Handwerker wird Heimarbeiter, der sich vom Unternehmer (sie heißen Verleger, weil sie die Arbeit verlegen) Material holt und die Produkte an ihn abliefert. Die Handwerksmeister werden Zwischenmeister oder Faktoren, die ihrerseits dann wieder die Arbeit des Unternehmers an die Heimarbeiter weitergeben. Auch viele Kleinlandwirte verrichten im Winter gewerbliche Heimarbeit für Verleger.

Aus dem Verlag hat sich dann die Manufaktur entwickelt, die darin besteht, daß es der Unternehmer für vorteilhafter hielt, statt die Arbeit in den Wohnungen der Handwerker und Arbeiter herstellen zu lassen, alle erforderlichen Arbeitskräfte unter einem Dach zu vereinigen, d. h. sie arbeitsteilig in einem eigenen großen Arbeitsraum zu beschäftigen.

Mit der Einführung von Arbeitsmaschinen und Kraftmaschinen entwickelten sich die Manufakturen zu Fabriken, es entstand der Stand der Fabrikarbeiter, der Lohnarbeiterstand. Die Arbeitsteilung, die Mechanisierung der Arbeit, machte bedeutende Fortschritte, wodurch die geistige Kluft zwischen den Gesellen und dem das Unternehmen leitenden Unternehmer sich ständig vergrößerte. Vor allem aber erforderte die Fabrik Kapital. Und nur wer dieses Kapital besaß oder sich beschaffen konnte, vermochte und vermag es bis auf den heutigen Tag, sich aus der Stellung des abhängigen Lohn- und Gehaltsempfängers zum wirtschaftlich freien und selbständigen Mann zu machen, zu einem Mitglied der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Entstehung der Industrie-Arbeiterschaft

Die Konkurrenz der Maschine in den Fabrikbetrieben führte naturgemäß zur Freisetzung von Handwerksgesellen und Meistern, die nicht mehr wettbewerbsfähig blieben. Was hier an Arbeitskräften abbröckelte, nahmen die Fabriken, die ja gelernte Arbeitskräfte für leitende Arbeit ebenfalls brauchten, auf. Aber auch auf dem Lande hatte sich eine gewaltige Wandlung vollzogen. Die Feudalherren hatten die hörigen Bauern, fern von jeder Kultur, zu reinen Ackersklaven gemacht. Ein gewaltiges Reservoir von freiheitsdurstigen Menschen hatte sich hier angesammelt. Da kamen die Revolutionen, die das Recht der Freizügigkeit brachten, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, und es begannen jene kulturell tiefstehenden Massen ländlicher Höriger in die Städte zu strömen, um Arbeit zu suchen zu jedem Preis. Anspruchslos bis zum Äußersten in bezug auf Nahrung, Kleidung und Unterkunft, lieferte dieses ländliche Proletariat der im Entstehen begriffenen, mit Maschinen arbeitenden Industrie das spottbillige ungelernte Menschenmaterial, das naturgemäß die Löhne der städtischen Arbeiter und Handwerker vor allem mit in die Tiefe riß. Und so entstand insbesondere in England jener entsetzliche Frühkapitalismus mit einer kaum glaublichen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft von den frühesten Kinderjahren an. der die Arbeiter schon mit 20 Jahren zu völligen Arbeitskrüppeln machte, die, arbeitsunfähig geworden, dem Hungertod verfielen.

Die gewaltige Senkung der Löhne, die mit der Entstehung der Industrie einsetzte, ist also im wesentlichen auf den natürlichen Ausgleich zurückzuführen, der zwischen den städtischen Löhnen und den tiefen Landarbeitereinkommen sich vollzog bei Bestehen einer freien Konkurrenz und Freizügigkeit.

Das Abströmen der Landarbeiter in die Städte verursachte dann aber wieder Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande und damit ein Ansteigen ihrer Arbeitslöhne. Das Steigen der Landarbeiterlöhne zog aber wieder Arbeitskräfte aus der Industrie zurück aufs Land und verminderte infolgedessen das lohndrückende Angebot ländlicher Arbeiter. Professor Dr. Franz Oppenheimer schreibt hierüber in seiner "Theorie der politischen Ökonomie": "Der städtische Arbeiter jener Zeit mußte die Zeche bezahlen. Und das war gewiß traurig für ihn. Aber was bedeutet das Leid einer Generation gegen den Fortschritt eines ganzen Volkes. Um die ganze Menschheit zu erlösen, mußte der Liberalismus vor allem die entwürdigten Sklaven des Großgrundeigentums erlösen."

Die Wanderbewegung vom Land in die Städte und ins Ausland ist während des ganzen 19. Jahrhunderts gewaltig, und zwar überall dort, wo Großgrundbesitz bestand, vor allem in England, Irland, Deutschland östlich der Elbe, Süditalien, Ungarn, Rußland und den Donaustaaten. 20 Millionen Europäer wanderten nach Amerika aus, davon 5½ Millionen aus Großbritannien und 3 Millionen aus Deutschland.

Die Produktion

Die Arbeit ist Aufwand körperlicher und geistiger Energie, also Aufwand von Kraft. Zu der Arbeit wird der Mensch gezwungen, wenn die Natur selbst ihm das, was er zum Leben braucht, nicht direkt bietet, sondern wenn er den Lebensbedarf der Natur abringen muß. Um nun die Widerstände, die die Natur dem Menschen leistet, leichter überwinden zu können, schuf er sich Werkzeuge, baute er Wege, errichtete er Häuser. Diese Hilfsmittel sind nicht direkt verzehrbar, sie sind vermittelnde wirtschaftliche Güter, voraus geleistete Arbeit, Produktionsmittel, wir nennen sie auch Kapital.

Der Erfolg der Arbeit wird gemessen, wenn wir den Aufwand an Kraft vergleichen mit dem Ergebnis. Und da zeigen sich sehr bedeutende Unterschiede; denn der Erfolg hängt ab von der Intensität der Arbeit und von der Geschicklichkeit des Arbeiters. Unter Intensität versteht man also das Verhältnis der aufgewendeten Arbeit zur Zeitdauer. Je geringer die Zeit ist, in der eine Arbeitsleistung vollbracht wurde, bei sonst gleichen Arbeitsverhältnissen, mit desto größerem Arbeitsaufwand, das ist Intensität, ist gearbeitet worden.

Die Produktion

Über die Produktivkräfte unterrichten uns folgende Zahlen. In Deutschland bildeten 1900 die Altersklassen von 20—59 Jahren 48% der Gesamtbevölkerung. Die Kinder bis zu 15 Jahren und die Greise über 70 Jahre machten ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Aus der Produktion scheiden zeitweilig aus die Kranken. Die Krankenversicherungsstatistik zeigt, daß z. B. von 1888 bis 1894, also in sieben Jahren, von 100 Mitgliedern durchschnittlich 36,4 Männer und 30,7 Frauen und im Durchschnitt jeder Mann 6 Tage, jede Frau 5½ Tage krank waren.

Die Arbeitslosigkeit ist eine Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft, die nicht wie die Zunftwirtschaft oder die Hauswirtschaft für einen bestimmten Bedarf produziert, sondern den Markt versorgt. Die Beschickung des Marktes mit Gütern erfolgt auf Grund von Bedarfsschätzungen. Da diese Schätzungen aber von sehr vielen Erzeugern in Unkenntnis der Pläne der Konkurrenten vorgenommen werden, erfolgen leicht Überschätzungen, Überfüllungen des Marktes, welche Produktionseinschränkungen, d. h. Entlassung von Arbeitskräften, zur Folge haben. So werden die Spekulationen des Unternehmerstandes und der Händler ausgetragen auf dem Rücken der wirtschaftlich Schwächsten, der Lohnarbeiter und Angestellten, die, abgesehen von den unentbehrlichen Facharbeiterstämmen, die unter allen Umständen durchgehalten werden müssen, von allen Konjunkturschwankungen am schwersten betroffen werden.

Als normale Arbeit wird man, physiologisch betrachtet, diejenige bezeichnen, bei der durch die verbleibende Ruhezeit die volle Wiederherstellung der Kräfte des Arbeiters gesichert ist. Werden 8 Stunden für den Nachtschlaf als notwendig anerkannt, dann verbleiben 16 Stunden für den wachen Zustand, von denen 8 Stunden für die Arbeit und 8 Stunden für die Freizeit zur Verfügung bleiben sollen. Von sehr großer Bedeutung ist die richtige Einlegung von Arbeitspausen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die höchsten Leistungen nach dem Frühstück, von 9 oder 10 bis 12 Uhr mittags, und dann nach dem Nachmittagskaffee, von 3—6 Uhr, erzielt wurden.

Das Arbeitsproblem kann sich nicht nur in einem Ausgleich der Lust- und Unlustgefühle, die die Arbeit hervorruft, erschöpfen oder die genaue Einhaltung der physiologischen Grenzen erstreben, es muß auch vor allem den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden. Es müssen die Bedürfnisse, die Befriedigung erheischen, befriedigt werden, es muß wenigstens der Lebensbedarf erzeugt werden, wenn wirtschaftliche Not verhütet werden soll.

Wenn nun in 8 Stunden dieser Lebensbedarf im Umfang der dem Einzelnen zukommenden Lebensweise beschafft werden soll, so wird eine entsprechende Steigerung der Intensität der Arbeit, eine äußerste Anspannung aller Kräfte in erheblichem Umfang unvermeidlich sein. Jedenfalls ist die Frage, wie die menschliche Arbeitskraft am erfolgreichsten verwendet werden kann, Gegenstand eingehender Untersuchungen und Beobachtungen geworden, die allerdings noch in den Anfängen liegen und abschließende Ergebnisse noch nicht erkennen lassen.

Hingewiesen muß hier werden auf das hervorragend wichtige Buch von Professor Bücher "Arbeit und Rhythmus", das uns aufklärt, wie die früheren Generationen so gewaltige und ermüdende Arbeitsleistungen vollbringen konnten und wie die Freude am künstlerischen Schaffen und der Schönheitssinn bei ihnen sich entwickelt hat. Gebrauchsgegenstände und Waffen wurden mit größter Sorgfalt hergestellt, wie Schätze gehütet und den Toten ins Grab gelegt. Die Arbeitsmühe bereitete Genuß. Bei der Ausführung regelmäßiger und gleichförmiger Körperbewegungen spielte der Arbeitsgesang eine sehr große Rolle.

Die kapitalistische Wirtschaft hat neue Arbeitsmethoden entwickelt ohne Rhythmus und ohne Gesang und ohne Spielraum für künstlerisch schaffende Tätigkeit. Darum auch der Kampf der Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit, damit sie selbst Zeit gewinnen, auch als Menschen ein persönliches Leben sich gestalten zu können außerhalb der mechanisierten Erwerbsarbeit, infolge der vollständigen Trennung von Arbeitsraum und Lebensraum.

Bei der Sklaven- und Leibeigenenarbeit sind die arbeitende Person, die Produktionsmittel und das Arbeitsprodukt Eigentum des Herrn. Das Arbeitsmotiv für den Arbeitenden ist die Furcht vor der Peitsche. Das Arbeitsergebnis war daher unbefriedigend, und die Erkenntnis brach sich Bahn, daß durch das Wachrufen

Die Produktion

weiterer Arbeitsmotive die Leistung sich steigern ließe. So bekamen die Sklaven gewisse Freiheiten und allmählich Selbständigkeit; sie wurden Hörige, indem sie selbständig wirtschaften konnten, aber an bestimmten Tagen Frondienste leisten mußten. Die Vergleiche der Leistungen von Leibeigenen und freien Arbeitern fielen immer mehr zugunsten der letzteren aus. So mußte die Entwicklung zur Arbeitsfreiheit kommen, da die Steigerung der wirtschaftlichen Arbeitsleistung das dringendste Erfordernis für alle die Völker war, die mit ihrem Staatsleben in die Höhe kommen wollten.

Aber auch bei der freien Arbeit sind die Arbeitsergebnisse sehr verschieden. Man beobachtete z. B., daß beim freien Bauern, der sein eigenes Land bearbeitet und den Arbeitsertrag ungeschmälert für sich beanspruchen kann, die größte Arbeitsintensität sich zeigte. Auch gegenwärtig zeigen z. B. Siedler aus den Städten, aufs Land gebrachte Industriearbeiter, die auf ihnen als Eigenbesitz zugeteiltes Land gesetzt werden, einen geradezu bewunderungswürdigen Fleiß. Ob Sonntag, ob Feiertag, von Sonnenaufgang bis -untergang sind sie bei der Arbeit mit Freude und Lust, denn - sie schaffen ja für sich selbst, alle übergroße Mühe wird ja belohnt durch den Ertrag, der ihnen ungeschmälert zufällt. Genossenschaftlicher Zusammenschluß ermöglicht es auch den landwirtschaftlichen Kleinbesitzern, sich die wissenschaftlichen Fortschritte dienstbar zu machen. Da der moderne Großgrundbesitz in hervorragendem Maße mit den besten technischen Hilfsmitteln und wissenschaftlichen Methoden arbeitet und die Leistungen von Mustergütern zeigen, welche Erträgnisse dem Boden abgerungen werden können, sind die Kleinbesitzer auch ihrerseits gezwungen, mit den Fortschritten der Zeit mitzugehen.

Die Produktivität des Lohnarbeiters hängt wesentlich ab von drei Momenten: 1. von der Dauer der Arbeit, 2. von der Lohnhöhe, 3. von der technischen und allgemeinen Bildung. Daß der gut bezahlte Arbeiter, der sich gut nähren, seine Familie anständig erhalten und für sein Alter vorsorgen kann, der arbeitsfreudigste Arbeiter ist, hat bereits der berühmte englische Volkswirt Adam Smith 1776 anerkannt. Auch Robert Owen, der große englische Fabrikant und Menschenfreund, hat 1818 in einem Aufruf an die

britischen Fabrikanten anerkannt, daß hoher Lohn und Kürzung der Arbeitszeit ihm die besten Erfolge eingebracht hätten.

Eine Reihe von Forschern in England, Amerika, Deutschland usw. haben festgestellt, daß unter verbesserten Arbeitsverhältnissen sich auch die Arbeitsintensität wesentlich erhöht, die Aufmerksamkeit größer wird. Der Engländer Brassey, der Sohn des größten Eisenbahnerbauers, wies nach, daß der hochbezahlte englische Arbeiter, der sich auch entsprechend gut ernähre, allen anderen Arbeitern in seinen Leistungen weit überlegen sei, so daß demnach die englische Arbeit billiger sich stelle als die übrige.

Ein Bahnbrecher, der praktisch bewies, daß hohe Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit sich durchaus bezahlt machen, war Professor Abbe, der Inhaber der bekannten Zeisswerke in Jena. Selbstverständlich muß mit der Verkürzung der Arbeitszeit die technische Vervollkommnung des Betriebes erstrebt werden.

Sehr wesentlich wird die Arbeitsleistung beeinflußt durch die technische und allgemeine Bildung, und gerade hierin hatte Deutschland durch den Ausbau seines technischen Schulwesens und seiner wissenschaftlichen Institute sich einen bedeutenden Vorsprung vor anderen Nationen gesichert. Die große Zahl von Technologen, von gelehrten Betriebsleitern und Forschern, von Handelshochschülern und Volkswirten hat erst den gewaltigen Aufschwung der deutschen Industrie möglich gemacht und ist für die deutsche Industriearbeiterschaft von außerordentlicher Bedeutung geworden. Ohne diese geistigen Führer wäre die bedeutende Hebung des Industriearbeiterstandes unmöglich gewesen, eine Tatsache, die nicht überall in der Arbeiterschaft richtig gewürdigt wird. Sie mußte erreicht werden, um für die immer komplizierter werdenden Einrichtungen und Maschinen intelligentes Aufsichts- und Bedienungspersonal zur Verfügung zu haben, ohne das aus den technischen Hilfsmitteln nicht die vollen Leistungen herausgeholt werden können. Der Wohlstand eines Volkes hängt eben entscheidend ab von der Entwicklung seiner produktiven Kräfte, vor allem der menschlichen Arbeitskräfte, die das kostbarste Gut sind, das ein Volk zu verlieren hat.

Die Gemeinschaftsarbeit

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion entfaltete sich die Arbeitsteilung gewaltig. Durch das Zusammenarbeiten einzelner Menschen wird eine besondere Kraft erzeugt, eine Massenkraft. Die Entwicklung der Wirtschaft hat es dahin gebracht, für die Gemeinschaftsarbeit eine Form zu finden, die den verschiedenen Begabungen und Fähigkeiten volle Auswirkungsmöglichkeiten verschafft durch Arbeitsteilung. Die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters erhöht sich durch die Ausbildung besonders hoher Geschicklichkeit. Die übermäßige Arbeitsteilung übt aber auf den Arbeiter physisch und psychisch den verderblichsten Einfluß aus: die Urteilsfähigkeit, das Selbstbewußtsein leiden, er vermag in der Arbeit geistig nicht mehr hervorzutreten, wie es beim Handwerker der Fall war. Die Einführung komplizierterer Maschinen erforderte hingegen Arbeiter, denen die Bedienung anvertraut werden konnte, Die Fabrikherren erkennen den Wert solcher geistig regsamer Arbeiter, und so ändert sich das Wesen des Fabrikarbeiters fortdauernd, er wird zu erheblicher geistiger Anspannung befähigt.

Um die vorhandenen Arbeitskräfte rationell auszunutzen, wird die schwache Einzelkraft zu einem mächtigen Ganzen vereinigt, wobei der Mannigfaltigkeit der einzelnen Kräfte und Fähigkeiten entsprechend die Aufgaben unter den Beteiligten verteilt werden.

Darwin hat gesagt, daß der Kampf zwischen zwei Organismen um so heftiger ist, je größer die Ähnlichkeit zwischen ihnen ist, weil sie sich überall als Konkurrenten begegnen. Der Kampf wird hier um so heftiger, je größer der Mangel ist, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Ganz anders, wenn die lebenden Individuen verschiedenen Arten angehören. So leben 200 Käferarten in Frieden auf einer Eiche.

Wird die Konkurrenz unter gleichartigen Wettbewerbern, Unternehmern oder Arbeitern zu groß, so bleibt nichts übrig, als sich auf ein neues Gebiet zu begeben und eine neue Spezialisierung zu beginnen.

Frühkapitalismus und Gegenwart

Auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Zeit des Frühkapitalismus haben wir hingewiesen. Daß ein gewaltiger Wandel eingetreten ist, weiß jedermann. Wieweit in vorbildlicher Weise einzelne Unternehmer in der Behandlung von Krüppeln und Kranken gehen, zeigt der folgende Bericht, aus dem sich erkennen läßt, daß diese Fürsorge mit der Wahrung der wirtschaftlichen Betriebsinteressen sehr gut vereinbar ist.

Unter den vielen 10 000 Arbeitern der Ford-Werke in Detroit befanden sich bei Jahresschluß 1922 nicht weniger als 9563 Arbeiter, die wir diesseits des Ozeans als nicht "voll erwerbsfähig" bezeichnet hätten, darunter 123 mit verkrüppelten oder amputierten Armen oder Händen, 4 voll Erblindete, 207 auf einem Auge Erblindete, 253 mit fast ganz verlorener Sehkraft auf einem Auge, 36 Taubstumme, 60 Epileptiker, 4 ohne Arme und Füße, 254 mit nur einem Fuß oder einem Bein. Ford beschäftigt diese Stiefkinder des Glückes nicht aus karitativen Gründen etwa, sondern weil er der Ansicht ist, jedem Arbeitsuchenden müsse "seine Chance gewährt werden". Seine Lohnbureaus haben strikte Anweisung, daß nie ein Arbeiter wegen körperlicher Mängel abgewiesen, noch weniger auf Grund körperlicher Unfähigkeit entlassen werden dürfe. Er ist der Anschauung, daß der Blinde und der Krüppel an dem Orte, an den er gestellt worden ist, ebensoviel Arbeit leisten kann und deswegen ebensoviel Bezahlung erhalten muß wie ein Arbeiter im Besitz seiner vollen Körperkräfte. Die Abpassung von Bolzen und Schrauben ist ein wichtiges und nur manuell ausführbares Stück Arbeit, zu der früher voll arbeitsfähige Männer angestellt waren. Jetzt besorgen dies voll und teilweise Erblindete, unter diesen einer im Alter von 78 Jahren, der ganz blind ist und doch alle Tage seine 6 Dollar verdient wie die übrigen Arbeiter in Fords Werken auch und seinen Lohn "wert" ist. In einer Sonderabteilung sind mehr als 1000 Lungenkranke beschäftigt. Die Rekonvaleszenten im Ford-Hospital können auch arbeiten, wenn sie wollen; in diesem Fall wird ein Öltuch über ihr Bett gebreitet, und sie erhalten Schrauben und Bolzen zum Zusammenpassen wie die Blinden.

Striemer, Der Industriearbeiter.

Nach den Beobachtungen der Ärzte beschleunigt dies die Genesung und hilft über die Eintönigkeit der Rekonvaleszentenzeit hinweg; es steigert das Selbstgefühl des Kranken und gibt ihm die Empfindung zurück, daß er für die menschliche Gesellschaft keine Belastung mehr darstelle. Ford hat eine sehr ins einzelne gehende Statistik über die verschiedenen Arbeitsposten in seinen Werken ausarbeiten lassen und so festgestellt, welche Stellungen volle Körperkraft erfordern und welche auch von Krüppeln und anderswo als nicht voll erwerbsfähig angesehenen Personen oder von Kranken versehen werden können. Hierbei wurde ermittelt, daß für weitere 3000 Arbeitsstellen keine besonderen Körperkräfte benötigt seien, daß 670 Stellen von Krüppeln ohne Beine, 2637 von Arbeitern mit nur einem Bein, zwei von solchen ohne Arme, 715 von solchen mit einem Arm und 10 von Blinden versehen werden könnten.

Der Industriearbeiter

Nennen wir den im Handwerksbetrieb beschäftigten gelernten Arbeiter Handwerksgesellen, den ungelernten Arbeiter Hilfsarbeiter, so nennen wir den in Fabriken tätigen Arbeiter Fabrikarbeiter, den gelernten Arbeiter des Bergbaues Bergmann. Industriearbeiter ist ein Sammelbegriff für alle in industriellen Unternehmungen tätigen Arbeiter im Gegensatz zu dem Landarbeiter, zu den Gemeindeund Staatsarbeitern, obgleich man die in gemeindlichen oder staatlichen Produktionsstätten tätigen Arbeiter, Gasarbeiter, Elektrizitätsarbeiter, Transportarbeiter auch als Industriearbeiter bezeichnen kann. Lassen wir den Arbeiter der Heim- und Hausindustrie außer Betracht, so sehen wir in dem Industriearbeiter den in größeren Arbeitsgemeinschaften tätigen Arbeiter, der eine "Nummer" erhält, der als Einzelner in der Masse aufgeht. Eine Ausnahme bilden die Maschinisten. Auch sie sind Industriearbeiter, aber sie sind keine Nummern, sondern Vertrauenspersonen, und wenn der Unternehmer sonst auch seine Arbeiter nicht mehr persönlich kennt in Großbetrieben, den Maschinisten und den Pförtner kennt er sicher genau, da beide in hohem Grade besondere Vertrauensposten innehaben.

Ein Unterschied in der Lage des Industriearbeiters besteht in gewissem Maße darin, daß der eine in einem Unternehmerbetrieb. der andere in einem Gesellschaftsbetrieb tätig ist, und ich kenne große Fabriken, in denen die alt gewordenen Fabrikanten mit ihren alten Arbeitern sich duzen, weil sie ein Menschenleben lang zusammen gearbeitet haben und als junge Leute begannen, der eine als Meister, die anderen als Gehilfen. Solche Fälle sind aber verschwindende Ausnahmen; denn die "Juniorchefs" haben immer im allgemeinen einen anderen Ausbildungsgang durchgemacht, sind vielfach Akademiker. Bei den Gesellschaften ist aber doch vielfach ein so starker Wechsel der Direktoren, daß die Fühlung zwischen Arbeitern und Leitern gering ist. Hinzu kommt, daß in größeren Betrieben die Leitung in den Händen verschiedener Spezialkräfte liegt, da sie meistens einen Betriebsdirektor, einen technischen und kaufmännischen Direktor haben, und über diesen oft einen Generaldirektor.

Dem Handwerksgesellen, dem Schlosser, Klempner, Tischler, Elektriker, Schuhmacher, Schneider, ist unter günstigen Umständen die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, noch erhalten, wenn er Unternehmungsgeist hat. Mir sind verschiedene Fälle bekannt, in denen Mechaniker und Schlosser in der Küche ihrer kleinen Wohnung ihre wirtschaftliche Selbständigkeit begonnen haben, dann im Keller des Hauses einen Raum mieteten, kleine Maschinen auf Abzahlung erhielten und sich langsam mit Fleiß vorwärts brachten. Besonders den Reparaturhandwerkern steht ja heute in großem Umfange der Weg zur Selbständigkeit offen. Nicht jeder ist aber zur Selbständigmachung geeignet; viele Menschen sind unbeholfen, unselbständig im Denken und Handeln, bedürfen der Führung und sind als Geführte tüchtige Leute.

Umgekehrt leiden sehr viele zur Selbständigkeit geeignete Menschen unter der Unterordnung unter fremdem Befehl. Die Tatsache der so außerordentlich verschiedenen Veranlagung der Menschen wird leider sehr oft übersehen, insbesondere von denen, die die Menschen nach irgendeinem Allheilmittel glücklich machen wollen. Es gibt eben, wie ich es in der Betriebsrätezeitung so oft gesagt habe, Einspänner und Mehrspänner, Menschen, die nur,

Der Industriearbeiter

wenn sie allein ihren Wagen ziehen, zufrieden sind, und Menschen, die mit jedem anderen zusammen vor den Wagen gespannt werden können und willig, anpassungsfähig und fleißig ziehen.

Weil dem so ist, leiden so viele Menschen unter der Arbeit. Und sehr, sehr viele Industriearbeiter sind unzufrieden, fühlen sich unglücklich, weil sie nicht an der rechten Stelle stehen. Daß man überhaupt darauf zu achten beginnt, ob ein Mensch an der richtigen Stelle steht, ist erst eine Errungenschaft der jüngsten Zeit. Man sagte sich früher und sagt es auch heute noch zum größten Teil: Arbeiter ist Arbeiter, was braucht man nach seiner Seele zu fragen, der Zwang zur Arbeit steht ja hinter ihm.

Ein sehr starker Wechsel der Arbeiter ist die Folge, mehr noch als bei uns in den Vereinigten Staaten, wo eine Untersuchung des Bundes amerikanischer Ingenieurvereine in der Metallindustrie einen Wechsel der Arbeiter von 360 % im Jahre ermittelt hat. Daß mit diesem Wechsel auch starke Verluste für die Wirtschaft verbunden sind, liegt auf der Hand.

Der junge, ledige Arbeiter kann, wenn die Arbeit ihm nicht zusagt, bald sein Bündel schnüren und andere Arbeit suchen, der verheiratete Arbeiter kann das aber nur in viel geringerem Maße; er muß zufrieden sein, wenn er nur in Arbeit bleiben kann, auch wenn es ihm bei ihr sehr unbehaglich ist.

Aufstiegmöglichkeiten sind für jeden Arbeiter gegeben, sofern er die dazu erforderliche Begabung besitzt; sein Weg führt über den Vorarbeiter zum Meister, Obermeister und Betriebsleiter, und viele Zehntausende sind diesen Weg gegangen. Aber mit der fachlichen Begabung allein ist es nicht getan, es gehört auch der Wille zum Vorwärtskommen, das Vorwärtsstreben dazu — es gehört die besondere Eignung dazu, andere Menschen leiten zu können. Der Vorarbeiter muß seine Gruppe zusammenhalten, der Meister seine Werkstatt. Wie oft zeigt es sich nun, daß tüchtige Arbeiter zu Vorarbeitern und Meistern ungeeignet sind, weil sie eben anderen Menschen nichts sagen können, weil sie zu gute Kerls oder zu schlapp sind, sich anderen Menschen gegenüber, für die sie verantwortlich gemacht sind, durchzusetzen.

Die Ansprüche, die an den Meister gestellt werden, sind sehr vielgestaltig, und so kommt es häufiger vor, daß ein Arbeiter Meister wird, nicht weil er der tüchtige Facharbeiter ist, sondern weil er eben all die übrigen Eigenschaften, die der Meister haben muß, in besonders ausgeprägtem Grade hat. Die Folge ist dann die, daß die tüchtigen Facharbeiter und solche Meister leicht aneinandergeraten, weil sie wissen, daß der Meister fachlich weniger geleistet hat als sie, so daß sich rein gefühlsmäßig eine Kluft zwischen ihnen bildet.

Aber es handelt sich hier nicht um die Meister, sondern um die Industriearbeiter, und bei ihnen ist das Schicksal verschieden, je nachdem es sich um Begabte oder um Unbegabte handelt. Ist die Möglichkeit der Selbständigmachung nicht gegeben, dann sieht der Industriearbeiter seinen Lebensweg vorgezeichnet, als Nummer X jahrein, jahraus den Weg zum Fabriktor zu nehmen, an seinen Arbeitsplatz, an seine Maschine zu treten und selbst als Maschine den Signalen zu den Pausen und zum Arbeitsende zu folgen.

Für die große Masse der Arbeiter, für die Arbeit Fron bedeutet, weil sie nicht mit ihrer Seele arbeiten können, sondern zur teilarbeitenden Maschine degradiert sind, bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden einen ungeheuren Vorteil, den nur derjenige richtig zu beurteilen vermag, der selbst noch 11 und 12 Stunden Fabrikarbeit hat leisten müssen. In unvergeßlicher Erinnerung bleibt mir meine eigene Jugend, als ich vor 30 Jahren mit der Kaffeekanne morgens um 6 Uhr durch das Tor der Kruppwerke in Essen schritt, selbst in Schlafstelle wohnte und Leid und Freude mit den Arbeitsgenossen teilte. In den dunklen, nebligen Morgenstunden hörte man die dröhnenden Schritte der Arbeiterbataillone, die zu den Werken in Anmarsch waren, ehe sie sichtig wurden.

Wie anders gestaltet sich die Arbeit für den, der an dem, was seinen Händen anvertraut ist, Interesse hat, mit Freude daran schafft und mit Freude am nächsten Morgen wieder an die Arbeit gehen kann. Das weiß jeder, der in der glücklichen Lage ist, so arbeiten zu können, wie es seinem innersten Drängen entspricht. Ob wir im Kapitalismus oder Sozialismus arbeiten, für beide Produktionsweisen hat das Problem "Freude an der Arbeit" eine

Der Industriearbeiter

ungeheure Bedeutung, und der Industriearbeiter wird ein anderer werden, sobald man erst allgemein erkannt hat, daß man ihm gegenüber die Pflicht hat, ihn vom Arbeitstiere zum Freude an der Arbeit empfindenden Menschen zu erheben. Wer mit Freude an der Arbeit schafft, für den schlägt keine Stunde; denn der Arbeitsraum wird für ihn zum Lebensraum.

Das starke Interesse der Arbeiterschaft an ihren Berufsverbänden, an der Politik, an der Mitarbeit in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern erklärt sich nicht aus egoistischen Motiven der Verbesserung der Lebenslage, sondern als natürliche Reaktion gegenüber geisttötender, arbeitsteiliger Arbeit.

Der intelligente Industriearbeiter, der als vollqualifizierter Arbeiter an seinem Platze steht, sieht, daß ihm selbst bei Stücklohnarbeit für sein Einkommen eine feste Grenze gesetzt ist, die er nicht überschreiten kann, während Gewerbetreibende von geringerer Intelligenz neben ihrer Freiheit und Selbständigkeit wesentlich höhere Einnahmen erzielen und für ihr Alter vorsorgen können. Insbesondere während des Krieges und nach dem Kriege sind Industriearbeiter in erheblicher Zahl Händler geworden, begünstigt durch die Redegewandtheit, über die viele Arbeiter verfügen.

Am stärksten nehmen das Interesse des Arbeiters die Kämpfe um Lohn und Akkord in Anspruch, und in der Tat lebt der Industriearbeiter in einem ständigen Ringen um den Preis der ihm zugewiesenen Arbeit. Viel Verdruß und Ärger ergibt sich allein aus den Auseinandersetzungen mit den Meistern, weil die Arbeiter bei den einzelnen Arbeiten trotz aller Anstrengungen nicht ihre Rechnung finden.

Die industrielle Arbeit ist Gemeinschaftsarbeit. Nicht nur Arbeiter von verschiedenster Qualifikation, Begabung, Bildung und Fleiß sind in Arbeitsgemeinschaft miteinander verbunden, sondern zu dieser Arbeit tritt die ebenfalls verschieden qualifizierte, rein geistige, technische Arbeit, die leitende und verwaltende, sowie die Arbeit beschaffende, kaufmännische Arbeit hinzu. Alle Beteiligten sollen ihren Anteil an dem Preis der Ware haben, die sie gemeinsam erzeugt haben, der aber nicht von ihnen, sondern vom Markt bestimmt wird.

Durch die Industrie werden unsere Bedürfnisse vielseitiger und billiger befriedigt als es früher handwerksmäßig möglich war. Wenngleich heute oft der Ruf erschallt: "zurück zur Natur", zur anspruchslosen, einfachen Lebensweise, und sicher vieles entbehrt werden kann, was die Industrie im freien Wettbewerb und in Spekulation auf die Eitelkeit der Menschen auf den Markt bringt, so ist doch noch mit weiter fortschreitender Industrialisierung zu rechnen.

Da dem so ist, hat die Frage außerordentliche Bedeutung, wie die Lage der Industriearbeiterschaft gehoben, die Industriearbeiter zu wirklich arbeitsfreudigen Menschen gemacht werden können. Entscheidend ist, abgesehen von der materiellen Seite, die Einstellung der Menschen selbst, ihre geistige, seelische Verfassung, in die sie sich selbst bringen oder von außen her bringen lassen. Wer mit einem Unlustgefühl an irgend etwas herangeht, es mag noch so gut und schön sein, wird nur Schlechtes und Tadelnswertes sehen, und bei der Vollbringung von Arbeitsleistungen spielt die Suggestion, die Richtung des Willens, des Sehens, eine sehr große Rolle.

So übt denn die politische Stellung des Arbeiters zum Wirtschaftssystem auf seine Arbeitsfreudigkeit und Zufriedenheit einen sehr starken Einfluß aus. Alle Verbesserungen der Lage des Arbeiters innerhalb des Betriebes selbst werden seine seelische Verfassung wenig ändern, wenn er sich als "Ausgebeuteter" fühlt. Daß die Lage des Arbeiters innerhalb des Betriebes sehr wesentlich verbessert werden kann, wenn man ihn individuell behandelt, seine Eigenart studiert und auf sie Rücksicht nimmt, um ihm den für ihn bestgeeigneten Platz zu schaffen, steht außerhalb jedes Zweifels. Aber dieses Studium, diese sorgfältige Behandlung jedes Arbeiters kostet Zeit und Arbeit von Spezialisten. Dennoch machen sich diese Aufwendungen vielfältig bezahlt.

Die Ausbeutung

Die Ausbeutung

Wer allein arbeitet, erhält für seine Erzeugnisse oder seine Dienste einen Preis. Nimmt er sich Gehilfen, so erhalten diese Lohn und der Meister den Preis für das Produkt, das nun das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit ist. An dem Produkt ist nun die Arbeit des Gehilfen und des Meisters beteiligt. Je komplizierter die Arbeit ist, desto mehr Facharbeiter und geistige Arbeiter sind an ihr beteiligt. Der Anteil jedes Arbeiters errechnet sich auf Grund eines Lohnsatzes, der am Arbeitsmarkt, je nach Angebot und Nachfrage, sich bildet. Der ungelernte Arbeiter, der angelernte, der gelernte Arbeiter, der Werkmeister, der Techniker, der Kalkulator, der Buchhalter und Kassierer, der Prokurist und der Geschäftsführer — alle ihre Einkommen bestimmen sich in der Höhe nach den Angeboten und der Nachfrage auf ihren Arbeitsmärkten. Je seltener die benötigten Spezialkräfte sind, desto höhere Forderungen stellen und erhalten sie.

Der Preis der fertigen Ware bildet sich ebenfalls auf dem Markt, dem Warenmarkt. Aus der Differenz zwischen dem Preis auf dem Warenmarkt und dem Kostenpreis der Ware, der sich aus der Summe der verschiedenen Teillöhne ergibt, bildet sich das Einkommen des Unternehmers als Ertrag oder Verlust.

Die Arbeit eines Künstlers hat Liebhaberwert. Der eine zahlt nichts für sie, weil er die Arbeit nicht beurteilen kann oder ihr nicht das nötige Verständnis entgegenzubringen vermag, der andere zahlt einen sehr hohen Betrag dafür, weil er das Werk gerade so, wie es der Künstler geschaffen hat, besonders hoch schätzt.

Für bestimmte Arbeitsleistungen lassen sich unabhängig von einem Arbeitsmarkt bestimmte Entgelte festlegen. So sind die Einkommen der Staatsarbeiter, Meister, Unterbeamten, der mittleren und oberen Beamten nach Skalen festgelegt in Gehaltsstufen.

Nicht in eine Gruppe einordnen läßt sich das Unternehmereinkommen. Daher auch die außerordentliche Verschiedenheit der Direktoreneinkommen in der Privatwirtschaft. Und wie will man das Einkommen der Erfinder bemessen? Entscheidend für die Höhe dieses Einkommens kann eben nur die Höhe des Ertrages sein, der sich auf dem Markt, an den die Erfindung als Ware gebracht wird, erzielen läßt.

Wie der Lohn des Künstlers von der Wertschätzung abhängt, die seine Kunst erlangt, so auch der Lohn des Erfinders, der Lohn des Unternehmers, der ja im voraus nur schätzen kann, ob seine Ware selbst oder durch die geschickte Art, wie er die Käufer für sie interessiert, den Ertrag bringen wird, den er erwartet.

Ein Erfinder oder ein Unternehmer hat einen bestimmten Produktionsplan. Um ihn durchzuführen, holt er von den Arbeitsmärkten die Hilfskräfte, die er braucht, läßt sie das ausführen, was er haben will, und entlohnt sie nach den jeweils gebildeten Lohnhöhen oder Lohnbzw. Gehaltstarifen. Die fertigen Waren, z. B. Neuheiten, bringen ihm Gewinn, weil sie neu und eigenartig sind. Dieser Erfinder oder Unternehmer kann ein bisheriger Lohnarbeiter, der sich Kapital geliehen hat, oder ein Werkmeister, ein Ingenieur, ein Kaufmann oder ein bereits als Unternehmer tätiger Mann sein.

Nun behaupten die Marxisten, daß der Unternehmergewinn das Ergebnis von Ausbeutung sei.

Der Unternehmer kaufe die Arbeitskraft, bezahle aber nur einen Teil der geleisteten Arbeitsstunden und eigne sich den Wert der dem Arbeiter nicht bezahlten Arbeitsstunden ohne Entgelt an. Aus dieser Aneignung unbezahlter Arbeitskraft, die als Ausbeutung bezeichnet wird, entsteht für ihn ein Mehrwert, der die Quelle des Unternehmergewinns, des Profits, ist. Der Unternehmergewinn stamme also aus der Ausbeutung der Arbeitskraft, aus dem Teil des Unternehmungskapitals, das zur Bezahlung der Löhne diene (es wird variables Kapital genannt).

Wäre diese Theorie, sie heißt die Mehrwertstheorie von Karl Marx, richtig, dann müßte der Profit, der sich für den Unternehmer ergibt, in dem Maße steigen, als die Zahl der Arbeiter wächst. Die Wirklichkeit lehrt uns aber augenfällig, daß Unternehmen mit geringerer Arbeiterzahl sehr oft viel höhere Profite erzielen als solche mit großer Arbeiterzahl.

Die Höhe der Löhne bestimmt ja nicht der Unternehmer, sondern der Arbeitsmarkt. Werden wenig Arbeitskräfte angeboten, dann steigt der Lohn dieser Arbeiter über den anderer, höher qualifizierter

Die Ausbeutung

27

Kräfte ohne weiteres hinaus, und es verdienen Handarbeiter mehr als Professoren, sofern die zu erzeugende Ware so hohe Löhne im Verkaufspreis zu tragen vermag. Besteht ein Überfluß an hochqualifizierten Kräften, so wird deren Einkommen auf das nackte Existenzminimum herabgedrückt.

Karl Marx hat seine Theorie mit einem außerordentlichen Aufwand an Scharfsinn erarbeitet, und doch fehlt ihr der Boden, ist sie eine Fiktion, weil Marx die Tatsache, daß die Löhne je nach der Qualität der Arbeitskräfte auf den Arbeitsmärkten bestimmt werden, außer acht läßt.

Diese Marxsche Mehrwerts- oder Ausbeutungstheorie hat über die Menschen außerordentliches Unglück gebracht und zu Folgen geführt, wie sie im Bolschewismus in Erscheinung treten. Welche Bedeutung dennoch Karl Marx für die Industriearbeiterschaft insbesondere gehabt hat, wird zu erläutern sein.

Auf der Grundlage dieser Theorie der Ausbeutung ist die Forderung entstanden, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung entstehen zu lassen durch Beseitigung der Unternehmer und des Privateigentums an den Produktionsmitteln, indem die Gesellschaft, die Allgemeinheit selbst, die Güterproduktion übernimmt.

Die Marxsche Theorie ist, wie bereits gesagt, mit außerordentlichem Scharfsinn entwickelt worden, eine Gelehrtenarbeit, mit der sich nur Fachgelehrte mit mathematischer Schulung auseinandersetzen können. Die große Masse der sozialistischen Arbeiterschaft und der Funktionäre vermag der Entwicklung der Theorie nicht zu folgen. Wenn sie dennoch in der Arbeiterschaft eine so gewaltige Wirkung ausgelöst hat, so erklärt sich das aus der Tatsache, daß das Ergebnis der Theorie, der Nachweis einer Ausbeutung der Arbeitskraft durch den Unternehmer, eben der gefühlsmäßigen Einstellung der Arbeiter entsprach und entspricht. In der Tat besteht auch Ausbeutung in größtem Maße, eine andere Frage ist nur die, wer der Ausbeuter ist.

Wenn zwei Menschen Güter oder Dienste tauschen, dann hängt die Höhe der Preise, zu denen sie tauschen, entscheidend davon ab, ob der eine oder andere Partner unter einem Zwang steht oder nicht. Der Zwang wird darin bestehen, daß er keine Zeit zum Abwarten hat, daß die Befriedigung seines Tauschbedürfnisses befristet ist, während der andere warten kann, weil für ihn eine Dringlichkeit nicht besteht.

Unter diesem Zwang stehen alle Menschen, ob reich oder arm, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Am Markt bildet sich ein Marktpreis aus Angebot und Nachfrage. Wird aber erkennbar, daß die Verkäufer verkaufen müssen oder die Käufer die Waren unter allen Umständen brauchen, dann läßt sich der Preis drücken oder erhöhen über den Preis, der bei einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zustande kommen würde.

Die Knappheit oder der Überfluß von Angebot kann sich aus einer freien natürlichen Entwicklung der Marktverhältnisse ergeben, kann aber auch planmäßig erzeugt werden, um den Arbeitsmarkt zu überfüllen; es können die Arbeitskräfte von selbst zuströmen durch höheren sozialen Druck an anderen Stellen, z. B. auf dem Lande.

Nun kann die Entlohnung des Arbeitnehmers erfolgen entweder in Gestalt des Bedarfslohnes oder des Leistungslohnes. Die Höhe des Bedarfslohnes richtet sich nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach dem physischen Existenzminimum, nach dem, was der Arbeitnehmer zur Erhaltung seiner Arbeitskraft und seiner Familie benötigt. Der Leistungslohn richtet sich dagegen nach der Seltenheit der Arbeitskraft.

Nun hat es die Arbeitnehmerschaft wohl verstanden, durch ihren Zusammenschluß in Berufsverbänden, in Gewerkschaften den Arbeitsmarkt zu beeinflussen, den Nachwuchs dem voraussichtlichen Bedarf anzupassen, um Überproduktion an Facharbeitern zu vermeiden. So schreibt der Buchdruckertarif von 1912, der von den Prinzipalen und Gehilfen anerkannt ist, vor, daß bis zu 3 Gehilfen nur ein Setzerlehrling eingestellt werden darf, auf 4—7 Gehilfen 2 Lehrlinge. Der Tarif von 1923 hat diese Vereinbarung verschärft, indem auf 0—4 Gehilfen 1 Lehrling, auf 5—10 Gehilfen 2 Lehrlinge gehalten werden dürfen.

Durch die Organisation der Arbeitnehmer in Gewerkschaften ist ein außerordentlicher Fortschritt erzielt worden; denn heute treten Arbeitgeber und Gewerkschaften als gleichwertige Kontrahenten zusammen und vereinbaren die Höhe des Bedarfslohnes, der

Industriearbeiter und Gesellschaft

29

gleichzeitig die Grundlage für den Leistungslohn bildet. Über den Durchschnitt bezahlte Arbeitskräfte werden jedoch nach ihrer Seltenheit bezahlt.

Von einer Ausbeutung seitens des einzelnen Arbeitgebers, der Tariflöhne oder -gehälter bezahlt, seinen Arbeitnehmern gegenüber kann heute nicht mehr gesprochen werden. Solche Fälle können sich nur noch bei den über den Durchschnitt begabten Kräften, den Seltenheiten, ereignen, wenn sie durch irgendwelche Umstände an den Ort oder das Werk gebunden sind und eine Veränderung für sie wesentliche Verluste bringen würde.

Bei Bezahlung gleicher Löhne und Gehälter sind aber die Gewinne oder Verluste der einzelnen Unternehmungen dennoch wesentlich verschieden. Die Ursachen sind sehr mannigfaltig. Die Tüchtigkeit der Geschäftsleitung kann wesentlich verschieden sein, die Lage (Standort) der Unternehmungen mehr oder weniger günstig oder ungünstig, die technischen Einrichtungen neu oder veraltet, die Betriebsmittel größer oder kleiner usw. Aus allen diesen und anderen Gründen weichen die Erträge der Unternehmungen sehr wesentlich voneinander ab.

Kann, wenn nun ein Werk infolge einer Reihe günstiger Umstände hohe Rentabilität zeigt, die Arbeitnehmerschaft daraus ein Recht herleiten, sich als ausgebeutet zu erklären, weil eine höhere Entlohnung möglich gewesen wäre? Ich glaube keineswegs.

Auf einem ganz anderen Brett steht dagegen die Frage, ob die Besitzer dieses Werkes einen vollen Anspruch auf eine überdurchschnittliche Rente haben, und ob nicht die Allgemeinheit einen Anspruch erheben kann, daß sie diese Übergewinne, soweit sie nicht persönliches Verdienst der leitenden Arbeit, sondern Monopolgewinne sind, erhält.

Bei Tariflöhnen und Bezahlung der außerhalb des Tarifs stehenden Arbeitskräfte nach ihrem Seltenheitswert ergeben sich die Gewinne nicht als Ausbeutung der Arbeitskraft, wie der Marxismus noch immer fälschlicherweise behauptet, sondern als monopolistische Ausbeutung der Konsumenten, die unorganisiert den organisierten Händlern oder Produzenten, die den freien Wettbewerb ausschließen, gegenüberstehen. Wenn sich aber die Konsumenten in Abwehr

organisierter, Monopole bildender Produzenten nicht schützen, sofern ihnen der Weg zum Zusammenschluß offensteht, so ist das ihr eigenstes Verschulden, für das sie niemand anders verantwortlich machen können als sich selbst.

Industriearbeiter und Gesellschaft

Wenn wir auch die Ausbeutung des Arbeitnehmers durch die Arbeitgeber bei Bestehen eines freien Arbeitsmarktes bestreiten und nur dort anerkennen, wo tatsächlich die Ausnutzung einer persönlichen Zwangs- oder Notlage vorliegt, so ist damit keineswegs dem herrschenden Kampf der Arbeitnehmer gegen den Kapitalismus der Boden entzogen, auch dadurch nicht, daß den Erwerbslosen und Kurzarbeitern auf Kosten der Allgemeinheit Unterstützungen gezahlt werden.

Der Kapitalismus würde den Widerspruch nicht auslösen, der sich mit elementarer Gewalt aus den Massen heraus geltend macht, wenn irgendeine Gewähr dafür gegeben wäre, daß die Verfügungsgewalt über Kapital nur solche Leute bekommen können, die am besten befähigt und gewillt sind, mit Hilfe dieses Kapitals der Allgemeinheit zu dienen, d. h. es nicht zu verschwenden und stets dort anzulegen, wo es der Bedarfsdeckung des Volkes am besten dienen kann.

Wer ist nun aber am besten befähigt, mit Kapital zu arbeiten, und wer nicht? Jeder, der den Mut hat, sich selbständig zu machen mit eigenem Kapital oder mit geliehenem, hält sich auch für befähigt, Kapitalverwalter zu sein. Jedenfalls sind dem Unternehmer bestimmte Grenzen gesteckt durch die Märkte, den Arbeitsmarkt, von dem er die Arbeitskräfte holt, den Warenmarkt, auf dem er seine Erzeugnisse unterbringen will und den Kapitalmarkt, der ihm weitere Betriebsmittel liefern soll. Bezahlt er schlechte Löhne, bekommt er keine guten Arbeiter, bietet er seine Waren zu teuer an, fehlt ihm der Absatz, erweist er sich als nicht vertrauenswürdig, so borgt man ihm kein Geld. Gewiß kann das Unternehmen dann mit schlechten Arbeitern schlechte Waren herstellen, sie billig auf den Markt werfen, Geld verdienen und sogar

Industriearbeiter und Gesellschaft

auch Kredit erhalten. Aber auf die Dauer und in größerem Ausmaß läßt sich solche Produktion nicht halten.

Die Spannung zwischen den Arbeitnehmern und den Unternehmern entsteht aber noch aus einer anderen Wurzel, und die ist der Neid. Daß Neid entsteht und entstehen muß, ist durchaus begreiflich. Er entsteht aber nicht durch die Verschiedenheit der Besitzverhältnisse allein, sondern vielmehr durch die Zweifel, ob denn der Wohlhabende seinen Mehrbesitz durch größere Tüchtigkeit, Fleiß und Verantwortung mit Recht erworben hat. Der in der Tretmühle schaffende Arbeitnehmer, der in der Zeiteinhaltung aufs schärfste gebunden ist, sieht dem über seine Zeit frei verfügenden Unternehmer und Geschäftsmann allerdings nicht die Sorgen an, mit denen viele Unternehmer belastet sind, um ihre Verpflichtungen laufend zu erfüllen.

Sicher ist, daß die große Masse der Arbeiter aber doch ein feines Gefühl für die Unterscheidung der einzelnen Unternehmertypen bekommen hat. Sie sehen ja, ob ein Unternehmer seinen Betrieb erweitert und verbessert, neue und verbesserte Arbeitsgelegenheit schafft, oder ob er an dem Betrieb nichts tut, bloß die Gewinne herauszieht, die er für sich verbraucht, Luxus treibt oder spekuliert usw.

Die Arbeiter sehen aber weiter, wie nicht nur der Unternehmer, der das Werk errichtet hat, die Rente aus ihm zieht, sondern zahlreiche Familien als Erben dauernd arbeitsloses Einkommen aus der Unternehmung erhalten, genau so, wie es auch bei der Grundrente der Fall ist. Und da wirft sich für den Arbeitnehmer von selbst die Frage auf, ob es denn gerecht sei, daß sein Einkommen am Existenzminimum bleiben soll, damit ein anderer Teil des Volkes arbeitsloses Einkommen beziehen kann?

Wer Geld hat, kann sich arbeitsloses Einkommen schaffen, indem er Kapital kauft, z. B. Aktien oder Rentenpapiere oder Grund und Boden, den er verpachtet, oder indem er sich als stiller Teilhaber beteiligt, auch ohne Eigenschaften, die ein Unternehmer besitzen müßte. Nicht selten, man kann sagen täglich, hört man, daß Leute, die Geld haben, gern etwas "unternehmen" möchten, aber nicht wissen, was sie anfangen sollen.

Während der Geschäftsmann, der Unternehmer, Händler oder Kapitalist nur privatwirtschaftlich denkt, sich fast ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wie er mit seinem Unternehmen oder Kapital den höchsten Ertrag erzielen kann und sich um die anderen gar nicht kümmert, beschäftigen sich Millionen von Arbeiterköpfen auf das angelegentlichste mit der Frage, wie der Kapitalismus beseitigt werden kann, der den Arbeitnehmer an das Existenzminimum fesselt, ihn arbeitslos macht, wenn das kapitalistische Interesse das erfordert und einem Teil des Volkes die Möglichkeit gibt, arbeitsloses Einkommen zu beziehen.

Es entstand so die Forderung, an die Stelle der Privatwirtschaft die Gemeinwirtschaft zu setzen, in der es kein arbeitsloses Einkommen, keine "Ausbeutung" des Menschen durch den Menschen, keine Klassen geben soll. Zuerst sei die Aufgabe zu lösen, der Masse des Volkes eine ausreichende und sichere Existenz zu schaffen. Solange aber unverschuldete Not durch Arbeitslosigkeit, unzureichende Bezahlung usw. besteht, soll kein Raum für arbeitslose Einkommenbezieher, für Luxus und Üppigkeit gegeben werden.

Diese Aufgabe lasse sich aber nur lösen, wenn die Wirtschaft nicht als freie Marktwirtschaft besteht, sondern planmäßig geleitet werde. Wie diese Planwirtschaft aussehen soll, darüber gehen die Meinungen der Vertreter der Gemeinwirtschaft stark auseinander. Die einen fordern Sozialisierung, die anderen organische Zusammenfassung der Privatwirtschaften zu dem Zweck, sie zu einem auf Verständigung beruhenden Zusammenarbeiten zwecks Anpassung der Produktion an den Bedarf zu bringen.

Spricht man mit Arbeitgebern und Kapitalisten, dann sagen diese meistens: "Wie gut haben es doch die Arbeiter und die Angestellten. Ihr Gehalt und Lohn muß eben am Fälligkeitstage bereit sein, ohne Rücksicht darauf, ob wir wissen, wo wir es hernehmen werden. Wir müssen Arbeit beschaffen, weil unsere Anlagen sie erfordern; denn die Unkosten sind täglich die gleichen, ob mit voller oder halber Belastung gearbeitet wird, wir müssen Kredite aufnehmen, oft unsere Vermögen verpfänden, bloß um die Löhne und Gehälter heranzuschaffen. Und welches Risiko haben wir im Materialeinkauf? Von alledem weiß der Arbeiter

Industriearbeiter und Gesellschaft

nichts, diese Sorgen und Nervenkraft kostenden Erregungen gehen zu unseren Lasten."

Und was antwortet der Industriearbeiter seinem Arbeitgeber? "Sie wollen es doch so und nicht anders haben. Wenn Sie sich mit Ihrem Konkurrenten verständigen und die erhältlichen Aufträge unter sich verteilen, dann haben Sie ja gar keine Sorgen mehr, und wir Arbeiter haben gesicherte Arbeitsgelegenheit. Aber Sie wollen Ihren Betrieb vergrößern, um mehr Profit zu erzielen, und wollen Ihre Konkurrenten überflügeln, ihnen die Arbeit fortschnappen und die dortigen Arbeiter brotlos machen. Nicht das Wohlergehen Ihrer Berufsangehörigen oder Ihrer Arbeiter oder der Allgemeinheit macht Ihnen Sorge, sondern die Frage, wie Sie einflußreicher, mächtiger und wohlhabender werden können, wie Sie Ihren Ehrgeiz und Machtkitzel befriedigen können.

Wir Arbeiter müssen uns in die Arbeitsgemeinde, an deren Spitze Sie stehen, fügen, und wer nicht gehorcht, mal eine kleine Eigenwilligkeit sich erlaubt, der "fliegt". Aber Sie wollen volle Freiheit haben, sich in keine Arbeitsgemeinde fügen, keinen höheren Willen anerkennen als den Ihrigen, es sei denn, daß diese Arbeitsgemeinschaft dazu dient, Ihnen höhere Preise oder größeren Profit einzubringen. Und wenn dann der Staat als Vertreter der Gesamtinteressen kommt und Einspruch dagegen erhebt, daß Ihre Unternehmerverbände als Monopole die Preise über das richtige Maß erhöhen, dann erheben Sie lauten Protest über dieses unerhörte Vorgehen des Staates, der in Ihre "geheiligten" Rechte eingreift. Statt herrschen zu wollen, sollte es Ihr "geheiligtes" Streben sein, der Allgemeinheit zu dienen."

Der Arbeitgeber hingegen wird darauf antworten, daß er der Allgemeinheit dadurch am besten diene, daß er seinen Betrieb in die Höhe bringe, Auslandsaufträge heranschaffe und dem Staat möglichst viel Steuern zahle. Wie ein schöpferischer Handwerker, ein Künstler, ein Ingenieur an der schöpferischen Arbeit Freude habe und nur wegen dieser Freude am Aufbauen die Arbeit schätzt, so sei für den Unternehmer das eigene Schaffen, das Aufbauen nach eigenen Plänen und die Freude am gelungenen Werk der schönste Lohn. Der Wetteifer unter den Unternehmern fördere den Fortschritt und zwinge sie zur höchsten Anspannung aller Kräfte,

während Zusammenschlüsse die Tüchtigsten fessele zugunsten der Schwächeren und weniger Tüchtigen. Der freie Wettbewerb sichere die natürliche Auslese der lebensfähigsten und stärksten Betriebe, die organisierte Industrie dagegen erzeuge einen neuen Faktor, der sich dann die Macht verschaffen wolle, die Bureaukratie. Ob aber die Menschheit zufriedener sein würde unter der Herrschaft einer wirtschaftlichen Bureaukratie als unter der Führung freier, selbstverantwortlicher, unter dem Druck des Wettbewerbs stehender Unternehmer, müsse füglich bezweifelt werden, wenn man an die Erfahrungen denke, die man bislang mit bureaukratischen Institutionen in Staat, Gemeinde und Wirtschaft gemacht habe.

Beachten wir diese Gegensätze zwischen der Auffassung der Industriearbeiterschaft, vornehmlich der sozialistischen und kommunistischen, und derjenigen der Unternehmer, so wird sich die Frage aufwerfen, wie denn die Kluft überbrückt werden soll, wie denn die Entwicklung unter dem Druck der sich Geltung verschaffenden Kräfte weitergehen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach auf der mittleren Linie. Sicher ist, daß bei Bestehen einer großen Zahl von Einzelbetrieben und der Möglichkeit zu neuer Selbständigmachung viele Kräfte und Begabungen sich entfalten und Tüchtiges leisten werden, die als Arbeiter oder Angestellte unter dem Druck der Mitarbeiter, Vorgesetzten und Verhältnisse gefesselt bleiben; denn die Menschen, auch die einzelnen Arbeiter, sind in ihren Veranlagungen so sehr verschieden, daß sie leiden werden, je stärker die Uniformierung, die Schaffung gleicher Verhältnisse erfolgt, und sich wohler fühlen werden, je mehr Freiheit sie finden bei der Wahl ihrer Stellungen und Arbeitsplätze.

Die gewaltige Masse der Arbeiterschaft vermag ja die komplizierten Zusammenhänge in der Wirtschaft, die bestehen, ohne weiteres nicht zu übersehen, und so ist es wohl erklärlich, daß der Ruf nach der "Gleichheit" ein lautes und dauerndes Echo auslösen mußte. Die Gleichheit wird jedoch nur Gleiche befriedigen; die Masse der Arbeiterschaft ist aber eine Summe höchst ungleicher Menschen; ungleich an Begabung, Temperament, Energie, Vorwärtsstreben, Selbständigkeit, physischer und geistiger Leistungsfähigkeit und dem Mut, eigene Wege zu gehen.

Nun besteht aber nicht bloß ein Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, es besteht noch ein Gegensatz zwischen Unternehmern und Kapital. Die eigentlichen Großkapitalisten, die nur mit ihrem Kapital arbeiten, fragen nach der Selbständigkeit der einzelnen Unternehmer gar nichts; sie sind die eigentlichen Machtmenschen, die die Unternehmer gleich Bausteinen so zusammenfügen, wie es ihren Interessen entspricht, und die ohne Zögern den Unternehmer zum Angestellten machen. Sie stehen in engster Beziehung zu den Großkapitalisten anderer Länder und schaffen internationale Kapitalverflechtungen von wachsendem Umfang und steigender Bedeutung.

Der Menschenmarkt

Auf Märkten wurden einst Sklaven gekauft und verkauft. Dann gab man den Menschen die Freiheit. Wurden sie früher zu Markt gebracht, so konnten, ja mußten sie jetzt als freie Menschen selbst zu Markt gehen, um ihre Arbeitskraft anzubieten. Hier am Markt bildet sich nach Angebot und Nachfrage die Höhe des Lohnes, von hier aus ertönen die Rufe: "Schafft uns Arbeit". Die Menschen wachsen, ihre Vermehrung hängt von ihrem eigenen Willen ab. In jungfräuliche Länder hat man planmäßig Menschen hereingeholt. So haben die brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Könige gesiedelt, Fremde ins Land gezogen im Sinne einer merkantilistischen Politik. Später kam der Umschwung durch das Bauernlegen, d. h. die Aufsaugung der Bauernstellen durch den Großgrundbesitz, und politische Verhältnisse. Millionen haben das Land verlassen, sind ausgewandert. Nun zeigt sich eine sonderbare Erscheinung. Die Massen, die nach Arbeit rufen, die nach Männern Umschau halten, die neue Industrien schaffen könnten, fluchen gleichzeitig denen, die als Unternehmer und Kapitalisten sich fremder Arbeitskraft bedienen, sie ausbeuten. Wie ist das zu erklären? Die Arbeiter sehen nicht den Markt und seine Gesetze. Dieser Markt mit seiner Freizügigkeit ist ein herzloser, seelenloser Mechanismus, der entsteht, von selbst entsteht, wenn Menschen sich zusammendrängen, um zu tauschen, seien es Waren oder Dienste. Je stärker sich die Menschen vermehren, je mehr einwandern, je mehr freizügig nach den Industrieorten strömen, desto größer ist das Angebot an Arbeitskräften. Es läßt sich wohl beeinflussen durch Einwanderungsverbote, oder umgekehrt durch Kinderprämien, wenn wiederum Mangel an Arbeitskräften behoben werden soll.

Die Aufgabe, den Arbeitsmarkt zu regeln, ist erst spät erkannt worden. Diese Regelung hat die Organisation der Arbeitnehmer zur Voraussetzung gehabt. Nachdem machtvolle Gewerkschaften und das Institut des Tarifvertrages entstanden sind, werden die Lohnhöhen in sehr hohem Grade kontrolliert, ist der Einfluß der Arbeitslosen auf die Lohnhöhe wesentlich abgeschwächt worden, ohne daß am kapitalistischen System selbst auch nur das geringste geändert wäre.

Es wird auch häufig die Tatsache übersehen, daß der Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Facharbeitern, auch den Arbeitern am Markt äußerst starke Stellungen gibt und sie vielfach lebhaft umworben werden müssen und teilweise nur für einige Tage in der Woche überhaupt Arbeit annehmen. Der Schwerpunkt liegt also im Menschenmarkt und nicht, wie so oft angenommen wird, nur bei den eigentlichen Unternehmern.

Ähnlich liegt es mit den Wohnungen. Was nützt uns alles Wohnungbauen, wenn der Zuzug von auswärts und die Ausdehnung von Bureauräumen ständig zunehmen und stärker sind als die Neubaumöglichkeiten!

Während der Preis der Waren, den der Erzeuger (Unternehmer) erhält, durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich bestimmt, und zwar auf dem Markt, wenn keine Monopole bestehen, wird die Höhe des Lohnes auf dem Menschenmarkt bestimmt, soweit nicht Gewerkschaften ihre Machtpositionen einsetzen und besondere Bedingungen erzwingen. Aus der Spanne zwischen den Warenpreisen und den Löhnen ergibt sich für die Unternehmer Ertrag oder Verlust.

Die furchtbare Geißel für die Arbeitnehmerschaft liegt aber in den Konjunkturwechseln und den mit ihnen verbundenen Entlassungen von Arbeitskräften, die Füllung des Menschenmarktes im Gefolge hat.

Der Menschenmarkt

Zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen wurden Syndikate geschaffen. Mit zu den ersten zählt das Kohlen- und Kokssyndikat, dessen ausgleichende Wirksamkeit vollauf Anerkennung gefunden hat. Also brauchten wir nur die ganze Wirtschaft nach Fachgebieten zu syndizieren, und wir kämen zu einer Anpassung der Erzeugung an den Bedarf, zu einer Stabilisierung der Beschäftigung von Arbeitskräften, des Menschenmarktes!

Diejenigen Arbeitskräfte, die zuviel am Menschenmarkt sind, hätten dann, sofern sich nicht unternehmende Köpfe finden, die neue Arbeitsgebiete erschließen, auszuwandern. Warum erfolgt nun diese Syndizierung der Gesamtwirtschaft nicht? Sie hat zweifellos an Zahl und Umfang insbesondere in der Rohstoffindustrie bedeutend zugenommen. Auch in den Fertigindustrien gibt es zahlreiche Syndikate.

Obgleich die Syndikate nur Verkaufsgemeinschaften sind, die Leitungen der einzelnen Unternehmungen ihre Selbständigkeit haben, sind sie doch bureaukratische Organisationen, die gewisse Hemmungen ausüben. Manch tüchtiger Unternehmer würde bei Mangel an Absatz für sein Werk mehr Arbeit heranholen, als das Syndikat ihm auf seine Quote zuteilen kann, wenn er frei arbeiten könnte.

Je tüchtiger und je selbständiger, schöpferischer die Menschen nun sind, desto schwerer sind sie mit gleichartigen und gleichwertigen Menschen unter einen Hut zu bringen, zur Gemeinschaftsarbeit zusammenzufassen, weil eben alle Führernaturen sind, die kraftbewußt ihre eigenen Wege suchen und gehen wollen. Und nun spitzt sich das Problem zu der Frage zu: Ist für die Allgemeinheit ein größerer Nutzen zu erwarten, wenn man die Führer der Unternehmungen mit ihren eigenen Kapitalien sich ihre eigenen Wege suchen läßt, oder aber wenn man sie unter Mehrheitsbeschlüsse von Syndikatsversammlungen stellt?

Vom Standpunkt der Arbeitnehmer gesehen, handelt es sich erstens um eine Stabilisierung der Beschäftigung und um neue Arbeitsbeschaffung nicht in einer isolierten Wirtschaft, sondern in einer auf den Weltmarktabsatz angewiesenen Wirtschaft, im Wettbewerb gegen freie Wirtschaften des Auslandes.

Die Wirtschaftsmaschine Deutschland ist ungeheuer kompliziert und doch von gewaltiger Lebendigkeit und Anpassungsfähigkeit, Elastizität. Man kann sie daher auch nicht nach einem Plan umstellen, sondern muß ihr Entwicklungsfreiheit lassen dergestalt, daß durch Zusammenarbeit von Wirtschaftsführern und Gewerkschaften, durch Arbeitsgemeinschaften für jedes einzelne Wirtschaftsgebiet die Ordnung gesucht wird, die die beste ist.

Wenn nun der Menschenmarkt an Stelle eines Überangebots im ganzen Umfang einen Mangel an Arbeitskräften hätte gegenüber der Nachfrage der Unternehmer, die um die Erlangung von Arbeitskräften sogar konkurrieren müßten, wie das ja vielfach bei qualifizierten Kräften der Fall ist, würde man dann von "Ausbeutung" reden können? Wer aber trägt denn die Schuld daran, daß am Menschenmarkt mehr Arbeitskräfte sind, als nachgefragt werden infolge von Zuwanderung und Vermehrung, daß die Bodenfläche der Wirtschaft zu klein, der Nahrungsspielraum zu eng wird? Über diese Fragen muß man doch weiter nachdenken! In Australien war es die Arbeiterschaft, die ihre ganze Kraft dafür einsetzte, daß der Menschenmarkt unter ihre Kontrolle gestellt wurde. Auch daraus haben sich kulturelle Folgen ergeben, die höchst beachtenswert sind und uns die Größe des Problems deutlich vor Augen stellen.

Einseitige Betrachtungen führen immer in die Irre; wer dem Ganzen dienen will, muß die Probleme von allen Seiten aus untersuchen. Und da zeigt sich die überragende Bedeutung der Gewerkschaften bei der Kontrolle des Menschenmarktes. Nicht nur in Australien, auch in den Vereinigten Staaten ist die Zuwanderung unter Kontrolle gestellt. Bleibt der Menschenmarkt frei, die Lohnhöhe abhängig von Angebot und Nachfrage, dann kann die Arbeiterschaft auch für die Folgen, die sich daraus ergeben, auch nur den Menschenmarkt verantwortlich machen.

Die Beseitigung des Menschenmarktes wäre nur denkbar, wenn der Staat die Verpflichtung übernähme, jeden Menschen in Arbeit zu bringen. Der heutige Staat ist dazu nicht in der Lage, im Gegenteil, er ist gezwungen, aus seinen Betrieben Menschen freizusetzen. Dann würde die Einkommenhöhe nach Skalen festgestellt, wie sie heute für Staatsarbeiter und Beamte bestehen, dann

Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf

39

würde Arbeitszwang unvermeidlich sein, die Pflicht, jede Arbeit anzunehmen, die der Staat zuweist. Welche Wirkungen sich daraus ergeben würden, läßt sich nicht völlig übersehen.

Wenn ich die Bedeutung des Menschenmarktes so in den Vordergrund stelle und sie verständlich zu machen suche, so geschieht es, um zu zeigen, welche große Bedeutung für jeden Einzelnen und für die Gesamtheit die gewerkschaftliche Organisation hat. Die Umgestaltung der organisch wachsenden Wirtschaft ist für die Arbeiterschaft ein ungeheures Problem, die Kontrolle des Menschenmarktes liegt dagegen innerhalb ihres Kräftebereichs.

Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf

Die gesellschaftliche Gliederung unserer Zeit ist infolge der völlig veränderten Produktionsweise eine ganz andere, als sie in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts bestand, als Marx den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie forderte, ohne den er die Befreiung der "ganzen Gesellschaft" von der Ausbeutung für unmöglich hielt. Eine sehr starke Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bestand zu jener Zeit ganz zweifellos, der Kapitalismus hat sie aber durch einen ungeahnten Prozeß der Vergesellschaftung wieder stark verwischt.

Vom Lumpenproletariat zum Eigenhaus besitzenden, qualifizierten Arbeiter, gewerblichen oder beamteten Mittelstand bis zum Großkapitalisten ergibt sich heute eine lückenlose Skala mit sehr zahlreichen Überschneidungen. Millionen von Arbeitern sind durch Beteiligung an Genossenschaften Mitbesitzer von Produktionsmitteln, von Boden, von Kapitalanteilen geworden, sind sogar selbst Arbeitgeber, gegen die nunmehr der Vorwurf der Ausbeutung teilweise erhoben wird.

Andere Gegensätze sind dagegen sehr viel schärfer hervorgetreten als früher, nämlich der Gegensatz zwischen dem über den Durchschnitt und dem unter dem Durchschnitt Begabten, dem mit hoher Strebsamkeit sich Emporarbeitenden und dem Energielosen. Und innerhalb der Arbeiterschaft selbst ist eine ganz außerordentlich

starke Differenzierung sehr deutlich erkennbar, sowohl im Einkommen als im Bildungsstand und der allgemeinen Kulturhöhe sowie in der Lebensführung selbst. Wer ist also heute Bourgeois, und wer ist Proletarier, wenn die Arbeiter selbst auch in steigendem Maße Anteilbesitzer an Produktionsmitteln, Boden, Häusern und Kapital geworden sind?

Die Vergesellschaftung schreitet zweifellos gewaltig vorwärts, nicht nur national, sondern insbesondere in jüngster Zeit international. Damit wird die Zahl der Anteilbesitzer an Produktionsmitteln und Boden größer und größer, bis vielleicht — wer von uns möchte es mit Sicherheit bestreiten — eines Tages jedermann Anteil an Produktionsmitteln haben kann. Die Entwicklung geht eben oft andere Wege als die, die vermutet werden.

Den Unternehmern selbst sind aber sehr starke Vertragsgegner, die früher ja nicht bestanden, gegenübergetreten, nämlich die Gewerkschaften. Durch ihre Vermittlung werden Dienste gegen Geld getauscht, während auf dem Warenmarkt Waren gegen Geld getauscht werden.

Ist nun die Arbeitsgemeinschaft Klassenkampf? Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Menschen mit teilweise stark entgegengesetzten Interessen, also zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ist der Ausdruck für den Willen, Verständigung zu erreichen, wo sie bei gegenseitigem Entgegenkommen irgend erreichbar ist, heißt also das Suchen der mittleren Linie, heißt handelspolitisch gesprochen: Handelsvertrag statt Zollkrieg. Daß der Kapitalismus selbst die Entwicklung vorwärtstreibt, und zwar sehr schnell, daß kein Stillstand besteht, sehen wir deutlich. Daß diese Entwicklung allerdings wesentlich anders gegangen ist, als Marx sie seinerzeit voraussehen konnte, damit muß sich nun schon einmal die sozialistische Arbeiterschaft abfinden.

Soll die Lage der Arbeitnehmerschaft gebessert werden, dann halte ich das am ehesten für möglich, wenn Unternehmerverbände und Gewerkschaften organisierend zusammenarbeiten, um vor allem dem Arbeiter seinen Lebensbedarf so billig als möglich, d. h. auf dem kürzesten Wege, zu beschaffen. Diese beiden Machtfaktoren können am ehesten wirklich positive Arbeit leisten, wenn sie sich verständigen.

Der Industriearbeiter und die Politik

Der Industriearbeiter und die Politik

Daß die politischen Parteien die Industriearbeiterschaft umwerben, die infolge ihrer bedeutenden Zahl als Wählerschaft einen ausschlaggebenden Faktor bildet, ist einleuchtend. Machen doch die Arbeitnehmer überhaupt drei Viertel der Bevölkerung aus.

In der Hauptsache sind es drei Gruppen, die sich der Arbeiterschaft bemächtigt haben: die Liberalen, die Kirchlichen und die Sozialdemokraten.

Die liberalen Parteien oder Fortschrittsmänner stehen auf dem Boden des Liberalismus, dessen geistiger Vater der englische Professor Adam Smith ist, der 1776 ein grundlegendes Werk über "die Natur und die Ursache des Reichtums der Völker" veröffentlichte. Der Kern der liberalen Gesellschaftslehre ist die Lehre von der Arbeitsteilung; das regelnde Prinzip ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Der Wettbewerb im Wirtschaftsverkehr ist das Grundprinzip des gesellschaftlichen Zusammenwirkens, das nicht ausgeschaltet werden darf. Der Liberalismus steht auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Parteien, der grundsätzlichen Anerkennung jeder Opposition, der Freiheit des Gedankens und Gewissens.

Die "katholischen" Parteien, deren politische Vertretung das "Zentrum" ist, unterscheiden sich von den Liberalen dadurch, daß sie den Einfluß der Kirche so stark als möglich machen wollen, um durch Einwirkung auf den Einzelmenschen ein starkes christliches Solidaritätsempfinden zu erzeugen, das die Menschen zu einem friedlichen Zusammenleben befähigt. Die Nächstenliebe soll die Menschen ungeachtet der Unterschiede, die Besitz, Stellung und Bildung schaffen, in harmonischer Gemeinschaft zusammenhalten, unter dem Szepter der Kirche soll der Friede gewahrt werden.

Die Sozialdemokraten haben ein Programm aufgestellt zur Umgestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung: das Sondereigentum an den Produktionsmitteln soll beseitigt und in das Eigentum der organisierten Gesellschaft übergeführt werden.

Alle drei Richtungen wollen die Menschen, insbesondere die Proletarier, in eine bessere Lebens- und Gesellschaftslage bringen, sie unterscheiden sich aber sehr stark in den Mitteln.

Professor Dr. Franz Oppenheimer erklärt den Sozialismus als die "Gesellschaftswirtschaft der Wirtschaftsgesellschaft". Eine Wirtschaftsgesellschaft ist eine Gesellschaft, die wirtschaftet, sie wird sozialistisch dadurch, daß sie gesellschaftlich, in Gemeinschaftsarbeit, wirtschaftet. Die drei Grundrechte, die die Sozialisten fordern, sind das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, das Recht auf Existenz und das Recht auf Arbeit.

"Der Gedanke des Sozialismus, wie auch immer man über seine Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Durchführung denken mag," sagt Professor Mises, der energische Verfechter des Liberalismus, "ist großartig und einfach zugleich. Man kann die Idee des Sozialismus vielleicht überwinden, man muß sie vielleicht überwinden, man kann sie aber nicht achtlos beiseiteschieben." Jedenfalls ist die Sozialdemokratie die weitaus stärkste Partei im deutschen Reichstag.

Die Industriearbeiterschaft ist heute der politisch am stärksten interessierte Teil des Volkes. Für sie ist die politische Betätigung nicht nur ein wichtiges Mittel zur Besserung ihrer sozialen und Rechtslage, nicht nur ein Gegengewicht gegen die als Folge der Arbeitsteilung eingetretene geistige Verödung, sondern auch eine besondere Aufstiegmöglichkeit außerhalb der beruflichen, zum Vorarbeiter, Werkmeister, Betriebsleiter, Unternehmer, auf die bereits früher eingegangen ist.

Der Präsident der Deutschen Republik, der sich auch in nichtsozialistischen Kreisen in kurzer Zeit hohes Ansehen erwerben
konnte, Fritz Ebert, war ein Industriearbeiter. Die Zahl der
Minister, der Oberpräsidenten bis zu den Landräten, der leitenden
Beamten in Ministerien und anderen Behörden, der Bürgermeister
und Stadträte, Stadtverordneten und Schöffen, der Beisitzer, der
Abgeordneten und Parteiangestellten, die Arbeiter waren, ist bereits
sehr groß. Sagte einst Napoleon, daß jeder seiner Soldaten den
Marschallstab im Tornister trage, so können wir heute sagen, daß
jeder Industriearbeiter die Bestallung zum Reichspräsidenten in

der Tasche habe. Der Weg ist jedenfalls offen. Deshalb ist es auch völlig verständlich, warum gerade die Industriearbeiterschaft die Leibgarde der Republik ist, da unter dem alten Regime ein sozialistischer Industriearbeiter nicht einmal Nachtwächter werden konnte. Jedenfalls ist heute die Stellung der sozialdemokratischen Partei und der sozialistisch eingestellten freien Gewerkschaften so stark, daß gegen ihre Opposition sich wohl kaum eine Regierung in der Macht wird halten können.

Die Mehrzahl der Industriearbeiter ist gewerkschaftlich und politisch organisiert. Gewerkschaft und Partei sind die Organe, die sich die Arbeiterschaft geschaffen hat, um sich zu einem Machtfaktor im Staat zu machen. Für beide hat sie nicht nur durch laufende Geldbeiträge erhebliche Opfer zu bringen, sondern ihnen auch die Freizeit in erheblichem Maße zur Leistung ehrenamtlicher Arbeit zur Verfügung zu stellen. Ferner liegt ihr die Pflicht ob, die Parteipresse durch Abonnement der Zeitungen und Zeitschriften zu unterstützen.

Welche Stellung auch der Einzelne im Leben haben mag, in der Partei wie auch in der Gewerkschaft muß er von unten auf dienen. Er wird als Mitglied eingeschrieben, hat dann die monatlich mindestens einmal stattfindenden "Zahlabende" der Abteilung zu besuchen, der er seiner Wohnung entsprechend zugehört, und sich an den Diskussionen, die sich an die Vorträge anknüpfen, zu beteiligen. Will er aufsteigen, dann muß er selbst "Referent" werden und sich Anhängerschaft suchen. Gelingt ihm das, dann wird er bald als Vertreter zu Kreisversammlungen, Bezirks- und Parteitagen delegiert und auf die Kandidatenlisten bei öffentlichen Wahlen gesetzt.

So geht der Weg bis zum Ministersessel und Präsidentenstuhl. Diejenigen, die besondere Eignung zeigen, werden in Parteischulen geschult und zu Rednern ausgebildet, wenn die Voraussetzungen bei ihnen vorhanden sind.

Seinen Weg muß sich jeder nicht nur selbst suchen, sondern erkämpfen. Es genügt nicht, daß ein Arbeiter nur ein "heller Kopf" ist oder reden kann, er muß vor allen Dingen taktische Begabung besitzen und Kämpfernatur sein, Püffe vertragen können.

Schlau wie ein Fuchs, muß er die Lagen übersehen, die Gegner auf ihre Worte geschickt festnageln und den Demagogen mit Demagogie niederringen. Ein besonderes Geschick erfordert die Leitung von Versammlungen, um gegen alle Opposition den Zweck der Versammlung zu erreichen, ohne daß gegen den Leiter gerechtfertigte Vorwürfe der "Schiebung" erhoben werden können.

Die Demokratie schafft hier eine besondere Kategorie von Menschen, die Taktiker, die nicht nur lernen taktisch zu handeln, um sachliche Aufgaben zu lösen, sondern auch, um sich selbst den Aufstieg zu sichern.

Solange die Diskussionen sich innerhalb des Erfahrungskreises der Arbeiter bewegen, werden sie auch meistens sachverständig geführt, wenngleich auch hier der Einfluß der rein gefühlsmäßigen Einstellung erheblich ist. Werden jedoch wirtschaftliche und staatspolitische Fragen behandelt, ist das Wissen nur aus Zeitungen und Schriften geschöpft, dann ergeben sich die Folgen, die eintreten müssen, wenn Laien über ihnen fremde Dinge sprechen.

Hier aber ist eine Erscheinung sehr verhängsnisvoll. Unter den Intellektuellen in der sozialdemokratischen Partei sind wohl einige Juristen, Ärzte, Volksschullehrer und Gymnasiallehrer, jüngere Volkswirte, die noch keine praktischen Wirtschaftskenntnisse haben, wirtschaftliche Theoretiker, Journalisten, aber wirkliche Fachleute der Wirtschaft sind nicht vorhanden, obgleich das Programm eine revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaft auf dem Boden der Beseitigung des Privateigentums zum Kern hat.

Nun ist allerdings der Sozialismus der sozialdemokratischen Partei Marxismus. Karl Marx aber, ein überaus hervorragender Kopf und Politiker, war Gelehrter, kein Wirtschaftler im Gegensatz zu dem Klassiker, dem er die Grundlagen seines Systems entnommen hat, David Ricardo, der ein sehr erfahrener liberaler englischer Bankier war.

Die Industriearbeiterschaft, die der Wirtschaftsführung am allerentferntesten gestanden hat und erst jetzt durch das Betriebsrätegesetz einen Einblick in die Zusammenhänge zu erlangen vermag, ist aber die Trägerin und Verfechterin des revolutionärsten Wirtschaftsprogramms geworden. Erst durch Intellektuelle ist den Massen der Sozialismus gebracht worden. Würden sich die Intellektuellen vom Sozialismus abwenden, wäre es um ihn wohl auch geschehen.

Die Marxschen Theorien sind von der Wissenschaft widerlegt, bzw. ist gezeigt worden, daß sie von einseitiger Betrachtung aus aufgestellt und daher nicht haltbar sind, wo es sich um die Lösung der Probleme handelt.

Für die Massen der sozialistischen Industriearbeiterschaft ist Marx aber der Heilige, und seine Theorien sind ihr Evangelium; denn er hat es gesagt, daß "der Sozialismus kommen müsse, daß er die höhere Kulturstufe sein, daß er die rationellere Wirtschaft herbeiführen wird".

Aber unabhängig davon, ob die Marxistischen Lehren richtig oder falsch sind, Tatsache ist doch, daß diese Lehren die Millionenpartei der sozialistischen Industriearbeiterschaft geschaffen haben. Diese Partei aber hat infolge ihrer Größe und Macht unbestreitbar der Arbeiterschaft sehr große Dienste geleistet und Gesetze zu ihrem Vorteil geschaffen, die ohne ihren Druck sicher nicht zustande gekommen wären. Marx, der Intellektuelle, der Gelehrte, war es, der erst das Proletariat zur Klasse gemacht hat, der ihm sagte, die Befreiung könne nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Durch die Vorgänge in Sowjetrußland, wo einige hochbegabte Intellektuelle den Marxismus in Reinkultur zum Leben bringen wollten, ist aber zweifellos eine sehr starke Ernüchterung auch in Deutschland eingetreten. Doch auch hier haben sich die Verhältnisse geändert, seitdem die straffe Disziplin des früheren Regimes in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben wesentlich gelockert worden ist und auf die Wirtschaftlichkeit Einfluß gewonnen hat.

Nun drängt sich sicher dem Leser die Frage auf, ob denn der Sozialismus auch ohne Marxismus bestehen könne, und wie er dann eigentlich beschaffen wäre. Die Beantwortung dieser Frage geht über den Rahmen dieses Buches hinaus, das den Industriearbeiter zum Gegenstand der Untersuchung hat.

Wir haben die Wahl, ob wir uns auf den Boden des Liberalismus stellen mit völlig freier Wirtschaft und Privateigentum an den Produktionsmitteln (hinzudenken kann man sich sehr wohl eine humanitäre Auffangeinrichtung für die im Kampf herausgeworfenen zu schwachen Elemente), oder auf den Boden eines Sozialismus ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln, ohne Markt und Preisbildung, mit einer von einer Spitze geleiteten Wirtschaft mit Naturalrechnung, ohne Tausch, mit Bezahlung der Arbeiter durch Naturalleistungen nach feststehenden Schlüsseln. Prof. Dr. Mises hat in seinem Werk "Die Gemeinwirtschaft" (1922) den Nachweis zu führen versucht, daß der marxistische Sozialismus praktisch undurchführbar sei, weil er keine Wirtschaftsrechnung ermögliche.

Das Problem einer Umstellung der Wirtschaft im Sinne des Marxismus ist ein geradezu gewaltiges, dessen Größe nur der übersehen kann, der alle Kräfte und Zusammenhänge der bestehenden kapitalistischen Wirtschaft zu übersehen vermag. Das ist aber bei der Industriearbeiterschaft, die die Wirtschaft nur vom Boden aus, von unten nach oben sieht, ganz und gar nicht der Fall. Auch durch das Studium von Büchern und Besuch von Schulen läßt sich der Einblick nur schwer gewinnen, den der an leitenden Stellen der Wirtschaft selbst Stehende erwirbt, zumal der Arbeiter sehr viele einseitige Tendenzschriften und wenige objektive Darstellungen erhält. Weil nun aber das Marxistische System gedanklich sehr einfach und großartig ist - "Beseitigung der Ausbeutung durch Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Produktion durch die Gesellschaft für die Gesellschaft" —, können diese Gedanken von den der Wirtschaftsführung völlig fernstehenden Industriearbeitern leicht aufgenommen werden. Ob diese Gedanken richtig oder falsch sind, ob durchführbar oder undurchführbar, tut nichts zur Sache, sie sind jedenfalls einfach, und daß der Unternehmer den Arbeitnehmer ausbeutet, tritt in ihnen klar zutage.

Aus dieser einseitigen marxistischen Wirtschaftsauffassung ergibt sich aber die Lehre vom Klassenkampf, vom Vernichtungskampf gegen die Besitzer der Produktionsmittel und die strikte Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft, der Verständigung als Ziel von Kämpfen, die Vertreter entgegengesetzter Interessen führen. Ein gesellschaftliches Dasein ist aber nur möglich, wo Ausgleich von Interessengegensätzen erstrebt und erreicht wird.

Der Industriearbeiter und die Politik

Der Umschwung vom 9. November 1918 hat der Arbeiterschaft eine ganz andere Stellung im Staate gegeben als sie früher hatte. Die volle Gleichberechtigung des Arbeiters mit allen anderen Volksgenossen ist vorhanden, der Aufstieg ist überall freigegeben. Daß Arbeiter heute nicht nur Ministersessel innehaben, sondern auch in wirtschaftlichen Körperschaften präsidieren, daß die größten Arbeitgeber unter ihrem Präsidium wirtschaftlich konferieren, ist ein ungeheurer Wandel der Zeit, den sehr viele bewußt nicht sehen wollen. Selbst ein Hugo Stinnes arbeitet im Reichswirtschaftsrat und in der Zentralarbeitsgemeinschaft industrieller und gewerblicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unter dem Präsidium von Arbeitnehmern.

Damit werden die Verschiedenheiten, die durch Begabung, Fleiß und Bildung erzeugt werden, nicht beseitigt, sie werden auch immer bestehen bleiben. Es bleibt dagegen die Verschiedenheit, die durch den Besitz erzeugt wird, so daß neben den Besitzern von Produktionsmitteln die Arbeitnehmerschaft steht, die, um leben zu können, mit fremden Produktionsmitteln arbeiten muß.

Da aber die Produktionsmittel nur dann für ihre Besitzer Wert haben, wenn diese Arbeiter finden, die sie an ihnen beschäftigen können, hängt die Lage beider davon ab, welches Rechtsverhältnis sie miteinander eingehen.

Der Arbeitnehmerschaft ist es bereits in gewissem Grade gelungen, den Arbeitsmarkt zu organisieren, doch sehr viel mehr läßt sich hier noch erreichen. Die Arbeiterschaft ist aber weiter dazu übergegangen, selbst kapitalistisch in die Wirtschaft einzugreifen durch Konsumgenossenschaften, soziale Baubetriebe, Gewerkschaftsbanken, genossenschaftliche, landwirtschaftliche Siedlungen, Wohnhausbaugenossenschaften usw.

Ich erinnere hier an den Plan, eine Sozialbank¹) zu schaffen, die alle Arbeitnehmer wie ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit aufnimmt. Jeder Unternehmer soll seinen Arbeitnehmern einen Prozentsatz vom Lohn einbehalten, selbst den gleichen Betrag zulegen, mit welcher Summe die Sozialbank sich gewissermaßen an

dem Unternehmen beteiligen soll. Hierdurch erhält der Arbeitnehmer nicht nur eine der Rentabilität der Wirtschaft entsprechende Rente, sondern die Arbeitnehmerschaft wird durch ihre Sozialbank und ihre riesigen Vermögen ein kapitalistischer Wirtschaftsfaktor von entscheidender Bedeutung.

Ich glaube ferner, daß die Arbeiterschaft den Vorschlägen, die die Vertreter des Staatserbrechts gemacht haben, sehr eingehende Beachtung wird schenken müssen. Der Staat mit Staatserbrecht erlangt die Verfügungsgewalt über alle wirtschaftlichen Güter, überläßt die Wirtschaft selbst der Unternehmerschaft, fordert freien Wettbewerb, senkt die Warenpreise und Unternehmergewinne durch den Wettbewerb, den er durch Kreditgewährung entfacht, und verzichtet auf Erhebung von Steuern, Pachtzinsen oder Versicherungsbeiträge. Der Staat mit Staatserbrecht tilgt die Schulden, die er zur Erfüllung der Staatszwecke bei seinen Bürgern macht, dadurch, daß er als Universalerbe seine eigenen Schulden wieder zurückerbt. Die soziale Fürsorge kann in dem Maße ausgebaut werden, als die Güterhervorbringung es gestattet, und ist nicht mehr von Steuereinnahmen abhängig.

Daß es sowohl für die sozialdemokratische Partei als auch für die freien Gewerkschaften einen ungeheuer schweren Schritt bedeuten würde, die marxistischen Theorien über Bord zu werfen, jene Theorien, die dem Gefühl der Arbeiterschaft so vollkommen entsprechen, ist klar, obgleich in diesen Millionenorganisationen tatsächlich nur ganz wenige Persönlichkeiten sind, die diese Theorien wissenschaftlich überhaupt zu vertreten vermögen; die Massen glauben jedoch an diese Theorien wie die Gläubigen irgendeiner Religion. Vor allem aber entsteht die Frage, was an die Stelle der Marxistischen Lehren treten soll, um die sozialistischen Massen zusammenzuhalten, um in ihnen den Glauben an eine bessere Zukunft, der sie opferwillig und stark macht, wach zu halten.

Meiner Überzeugung nach sollten Partei und Gewerkschaft die Kraft finden können, sich von dem Marxismus frei zu machen, um damit die Möglichkeit zu schaffen, die sozialistische Arbeitnehmerorganisation wesentlich zu verbreitern. Eine große Partei der Arbeitnehmer vermag als Gegengewicht gegen die Parteien der

¹⁾ Betriebsrätezeitung Nr. 3, Jahrgang 1923.

Arbeitgeber der Arbeiterschaft besser zu dienen. In allen Kulturfragen, Religion und Schule, sollte aber vor allem Befreiung von programmatischen Forderungen und parteilichen Bildungen erstrebt werden.

Sind im Handwerk und in der Landwirtschaft die Arbeiter nur in geringer Zahl zu Arbeitsgemeinden vereinigt, so treten sie in der Industrie als die Arbeiterbataillone auf, deren Schritte zur Arbeit und von der Arbeit weithin hörbar sind. Das gibt ihnen das Gefühl der Kraft und ein Machtbewußtsein; sie sagen sich: wenn wir, die Masse der Arbeiter, die Kraft nicht nutzen und zu nutzen verstehen, um den Gang der Wirtschaft so zu beeinflussen, daß wir unsere Existenz bestmöglich gestalten können, dann sind wir selbst schuldig daran, daß es uns nicht besser geht.

Die Frage ist nur die: nach welcher Richtung soll sich diese Massenkraft auswirken? Sie bedarf der Wegweiser. Und da möchte ich doch folgendes andeuten:

Die Frage, ob Privatbetrieb oder gemeinwirtschaftlicher Betrieb höhere Wirtschaftlichkeit erzielt, läßt sich heute noch keineswegs beantworten. Es sollen aber, wo sich die Möglichkeiten bieten, soziale Betriebe geschaffen werden, die mit den privatkapitalistischen in Konkurrenz treten, damit die Erfahrung zeigt, welche Vorteile sie bieten, bzw. wo Schwächen sich zeigen.

Für mich ist Sozialismus die Wirtschaftsverfassung, die jeder Wirtschaftsperson so viel freien Spielraum gewährt, als ihre Betätigung sich nicht gegen die Interessen der Volksgemeinschaft auswirkt. Die schädlichen Wirkungen entstehen entweder aus einer zu starken Vermehrung der Produktions- oder Handelsbetriebe oder durch monopolistische Zusammenschlüsse von Privatpersonen zum Zwecke der Ausbeutung Unorganisierter.

Die sozialistische Wirtschaft soll im Gegensatz zur völlig freien, sich selbst steuernden Marktwirtschaft Gemeinschaftsorgane besitzen, die die Produktion und Verteilung der Güter ständig beobachten und die Befugnisse haben, alle Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaft in einem völlig durchsichtigen Zustand zu erhalten.

Diese Gemeinschaftsorgane sollen fachliche Arbeitsgemeinschaften von Wirtschaftsführern und Arbeitnehmern sein, während in einer Spitzenorganisation die Harmonie aller Fachgemeinschaften hergestellt werden soll.

Die sozialistische Wirtschaft muß und soll Ertragswirtschaft sein und bestrebt bleiben, den höchsten Leistungsfaktor zu erreichen. Im Mittelpunkt aber soll der Mensch stehen, der arbeitende Mensch, den die rein kapitalistische Wirtschaft zum seelenlosen Produktionsmittel herabgewürdigt hat.

Diese Rücksichtnahme auf den arbeitenden Menschen, auf seine Freudigkeit bei der Arbeit, auf die Sicherung der Arbeitsgelegenheit und die Fürsorge für sein Alter, und das In-den-Vordergrund-Stellen dieser Forderungen machen diese Politik zur sozialistischen. Begrenzt wird diese Fürsorge naturgemäß durch den Ertrag der Wirtschaft. Je ertragreicher sie ist, desto mehr kann für die arbeitenden Menschen getan werden. Daß die Erträge der Wirtschaft aber diesen Zwecken dienstbar gemacht werden, ist eine Machtfrage, die die Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit angeht, ohne Rücksicht darauf, wie sie sonst über die übrigen Kulturfragen denkt. Diesem Zusammenschluß aller Arbeitnehmer steht aber der Marxismus im Wege, der mit seinen wirtschaftsfremden Forderungen diejenigen Elemente abstößt, deren bessere Wirtschaftserkenntnis sie sehen läßt, daß die marxistische Gesellschaftsordnung eine Utopie ist.

Industriearbeiter und Gewerkschaft

Die deutsche Industriearbeiterschaft wird vertreten durch drei führende Korporationen: eine sozialistische, eine christlich-nationale, eine liberal-nationale. Die weitaus bedeutendste Organisation bilden die "freien" sozialistischen Gewerkschaften mit 50 Berufsverbänden, die in einer Spitzenorganisation, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zusammengeschlossen sind; ihre Gesamtmitgliedszahl beträgt mehr als 8 Millionen. Der größte der angeschlossenen Verbände ist der Deutsche Metallarbeiterverband, der seinen Sitz in Stuttgart hat, mit mehr als 1,65 Millionen Mitgliedern. Ebenfalls freigewerkschaftlich, zum größten Teil sozialistisch orientiert, ist der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund) mit etwa 700 000

50

Industriearbeiter und Gewerkschaft

51

Mitgliedern, hauptsächlich Technikern (Butab), Werkmeistern (Deutscher Werkmeisterverband, Düsseldorf) und Handlungsgehilfen (Zentralverband der Angestellten, Sitz Berlin). Auch ein Teil der Beamten, der sich vom Deutschen Beamtenbund losgelöst hat, ist jetzt freigewerkschaftlich als Allgemeiner Deutscher Beamtenbund organisiert.

Konfessionell christlich orientiert (katholisch und protestantisch) ist der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Arbeiter-, Angestelltenund Beamtenverbände umfaßt und etwa 2 Millionen Mitglieder hat. Er fordert eine auf Arbeitsgemeinschaft aufgebaute Planwirtschaft, bekämpft den Marxismus und versucht den einzelnen Menschen sittlich höher zu bringen.

Auf liberalem Boden, konfessionell und politisch tolerant, steht die dritte Organisation, der Gewerkschaftsring, der Arbeiter und Angestellte umfaßt (der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein), mit etwa 1 Million Mitglieder.

Der Nationalverband Deutscher Berufsverbände ist eine wirtschafts-friedliche Organisation, die aus den von den großen Industrieunternehmen ins Leben gerufenen Werkvereinen seit 1905 entstanden ist. Sie gelten als "gelbe" Verbände, nicht als Gewerkschaften, weil sie von den Unternehmern finanziell unterstützt und gefördert wurden, und haben etwa 300000 Mitglieder.

Außerdem bestehen kommunistische Organisationen verschiedenster Schattierungen, die sich Gewerkschaften nennen, Syndikalisten, revolutionäre Betriebsorganisationen, deren Presse meistens sehr laut ist, über deren wirklichen Anhang jedoch genaue Zahlen fehlen, da sie mehr Mitläufer als Mitglieder haben.

Die drei Spitzenorganisationen: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring, gehen in allen wichtigen Fragen zusammen und sind in der Zentralarbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie im Reichswirtschaftsrat vertreten.

Die freien Gewerkschaften haben in 1350 Orten Ortsausschüsse, von denen 70 eigene Bureaus unterhalten und auch Gewerkschaftshäuser an 97 Orten. Für die Arbeiter besonders wichtig sind die Rechtsberatungsstellen und Betriebsrätesekretariate der Ortsausschüsse. Auch die Bildungsbestrebungen liegen in den Händen der Ortsausschüsse.

Den Zusammenschlüssen der Arbeiter zu Berufsverbänden ist schon in ihren ersten Anfängen der Staat auf dem Polizeiwege entgegengetreten. Verbindungen der Buchdrucker und Tabakarbeiter wurden bereits in den fünfziger Jahren verboten. 1861 wurden in Sachsen, 1869 für den Norddeutschen Bund die Koalitionsverbote aufgehoben. Die gewerkschaftliche Bewegung mußte sich, nachdem die Gesellenvereine der Zünfte zerstört waren, selbständig aufbauen. Ihre Gründung und Entwicklung erfolgte in engster Verbindung mit den politischen Parteien. So sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Schöpfungen der Fortschrittspartei. Der Buchdruckerverband, der dem Geiste nach zur sozialdemokratischen Partei gehörte, ist selbständig ohne Mitwirkung einer Partei entstanden.

1868 hatte der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, von Schweitzer, in Gemeinschaft mit Fritzsche den ersten Gewerkschaftskongreß nach Berlin einberufen. Die Industrie wurde in 32 Gruppen geteilt, und für jede sollte eine Gewerkschaft (Arbeiterschaft) gegründet werden.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (Lassalleaner) wollte aber in den Gewerkschaften keine anderen Arbeiterorganisationen aufkommen lassen. Als Folge der Zersplitterung sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 35 000 auf 4200 und führte 1874 unter dem Druck behördlicher Verfolgung zur Selbstauflösung.

Von der 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher) wurden gleichfalls gewerkschaftliche Organisationen ins Leben gerufen. Der Streit innerhalb der sozialdemokratischen Parteien 1869—1875 übte auf die gewerkschaftliche Entwicklung den nachteiligsten Einfluß aus. Nachdem 1875 die beiden sozialdemokratischen Parteien sich geeinigt hatten, wurde zu Gotha eine Gewerkschaftskonferenz abgehalten, die zur Errichtung eines gewerkschaftlichen Zentralkomitees in Berlin führte, von dem man jedoch nichts weiter hörte. Eine 1878 in Magdeburg einberufene Konferenz ergab keinen Fortschritt. Polizeiliche Verbote wurden hier wie auch in Hamburg erlassen.

Industriearbeiter und Gewerkschaft

53

Unter dem Sozialistengesetz wurden bis 1888 20 Zentralverbände und 98 Lokalverbände, die sich gebildet hatten, verboten. In der Gestalt von Unterstützungsvereinen entstanden unter allergrößter Vorsicht eine große Zahl von Fachverbänden, und als 1890 das Sozialistengesetz fiel, waren doch 300 000 gewerkschaftlich Organisierte vorhanden.

Am 16. November 1890 wurde die Generalkommission der Gewerkschaften in Hamburg eingesetzt. Auf dem 3. Gewerkschaftskongreß vom 8.—13. Mai 1899 in Frankfurt begann die Beschäftigung mit dem Arbeitsnachweis, der Gewerbeinspektion, den Tarifen und Tarifgemeinschaften, also mit sozialpolitischen Aufgaben.

Seit 1891 gibt die Generalkommission das Korrespondenzblatt heraus. Seit 1900 finden internationale Gewerkschaftskonferenzen statt.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine entstanden 1868 und haben sich unbehelligter als die sozialdemokratischen entwickeln können. Die christlichen Gewerkschaften entstanden erst 1893 (die katholischen auf dem Verbandstag der Arbeitervereine in Regensburg), die evangelischen 1894 in Köln.

Im Jahre 1877 waren von der Industriearbeiterschaft von 3 Millionen nur $2^1/2\%$ organisiert. Zwei gewaltige Kämpfe fanden 1890 und 1891 statt, die beide zuungunsten der Arbeiter verliefen, obgleich die bestgerüstete Gewerkschaft, die der Buchdrucker, im Kampf stand, und obgleich in Abwehr der Hamburger Aussperrung die gesamte deutsche Arbeiterschaft sich beteiligte. Im Gegensatz zum politischen Optimismus, dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, bemächtigte sich der Arbeiter gewerkschaftlich starker Pessimismus. 1891 hatte die Generalkommission die Vertretung von 287 000 Arbeitern, 1899 wird die erste halbe Million, 1904 die erste Million erreicht, darunter 50 000 weibliche Mitglieder. Nach der Berufszählung von 1895 waren von 5 Millionen Arbeitern im Alter von 18—60 Jahren 11%, 1899 von $5^1/2$ Millionen 16,31% organisiert, 1909 stieg die Zahl der Organisierten auf 35%.

Nach diesem kurzen Überblick über die Entstehung der deutschen Gewerkschaften und ihre rein zahlenmäßige Bedeutung wollen wir ihren Aufgabenkreis feststellen. Die Gewerkschaften wollen durch

Zusammenfassung und Gliederung der Arbeiter in Berufsverbänden für den einzelnen besitzlosen Arbeiter einen möglichst hohen Stand seiner Lebenshaltung erkämpfen durch bestmögliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

An die Stelle der Gesellenvereine und Bruderschaften sind nach dem Verfall durch die Gewerbefreiheit die Gewerkschaften getreten. In den Verbandsgeschichten der Gewerkschaften finden sich sehr interessante und geschichtlich wertvolle Mitteilungen über das Leben und Treiben der Bruderschaften, die sich vor allem erzieherische Aufgaben stellten. Die Bruderschaften entstanden auch im Ausland. So hatten die Kupferschmiede internationale Übereinkommen mit den Bruderschaften in Österreich, Polen, Rußland, Rumänien, die jedem Gesellen dieselben Rechte wie den einheimischen zugestanden. Ja es war Brauch, den zugereisten Gesellen mit besonderer Achtung zu behandeln. Auch im Ausland wurden die Bruderschaftsformeln in deutscher Sprache von den einheimischen Gesellen gesprochen. Der Handwerksbrauch wurde so geheimgehalten, damit Unbefugte nicht in den Genuß der Zuwendungen kommen konnten, und die Ausweispapiere allein genügten nicht.

Das höchste Ehrenamt war das des Altgesellen oder Stellvertreters in der Bruderschaft. Er hatte diktatorische Gewalt über die zünftigen Gesellen. Der Altgeselle führte den Hammer und eröffnete die Quartalsversammlung mit drei Schlägen. Diese Versammlungen arteten aber oft zu wahren Saufgelagen aus und dehnten sich tagelang aus. Die Bruderschaften bestanden bei den Kupferschmieden bis zur Gründung des Verbandes der Kupferschmiede.

Die Aufgabe der Bruderschaften, die Arbeitslosen zu unterstützen, hat sich erhalten und ist auf die gewerkschaftlichen Organisationen als Hauptmotiv ihres Entstehens übergegangen.

Heute erfolgt die Aufnahme in die Gewerkschaft völlig formlos. Gegen Zahlung des Eintrittsgeldes wird das Mitgliedsbuch ausgehändigt. Die wichtigste Aufgabe ist die Führung der Lohnverhandlungen und Lohnkämpfe, sowie die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder durch die Verbandszeitung und Vorträge. Viel ehrenamtliche Arbeit muß hier geleistet werden. Die Hauptarbeit liegt aber bei dem großen Umfang der Geschäfte durch die überaus

Industriearbeiter und Gewerkschaft

55

stark gewachsene Mitgliedschaft bei den besoldeten Gewerkschaftsangestellten.

Von den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern in den Werkstätten, über den Zahlstellenleiter, den Gauleiter oder Bevollmächtigten zum Verbandsvorstand, ist ein auf Selbstverwaltung aufgebauter, demokratischer Organismus geschaffen. Jährlich finden die Wahlen des Beamtenkörpers statt. Viele Verbände gehören internationalen Vereinigungen an, die besondere Sekretariate errichtet haben und insbesondere den Auswanderern wertvolle Dienste leisten.

Die deutschen freien Gewerkschaften sind ferner dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit Sitz in Amsterdam angeschlossen.

Während vor dem Kriege die Gewerkschaften auf politische Neutralität großen Wert legen mußten, um mit dem Vereinsgesetz nicht in Konflikt zu kommen, haben sich die Verhältnisse nach dem Kriege völlig verändert. Die Politik hat die freien Gewerkschaften erobert und sie innerlich zersplittert, indem die Bildung politischer Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften, selbst auf den Kongressen erfolgte. Das bedeutet nicht selten den Kampf aller gegen alle innerhalb der gewerkschaftlichen Korporation, namentlich wenn es sich um die Besetzung der Funktionärstellungen handelt. Durch diese Politisierung der Gewerkschaften werden sie aber in alle politischen Ereignisse und Kämpfe überaus stark mit hereingezogen. Die Folge ist eine starke Verrohung der Menschen, eine schädliche Entfremdung und Verfeindung solcher Arbeitskollegen, deren berufliche Interessengemeinschaft so stark ist, daß sie eigentlich nur von brüderlichem Geist beseelt sein könnten.

Ist früher auf die Aufstiegsmöglichkeiten des Industriearbeiters als Facharbeiter und als Politiker hingewiesen worden, so bleibt noch die dritte Aufstiegsmöglichkeit durch die Gewerkschaft. Der Gewerkschaftler durchläuft eine gute Schule. Er vertritt die Kollegenschaft bei den Lohnverhandlungen und bekommt dadurch nicht nur Einblick in die Konjunkturverhältnisse, sondern schult sich dabei gleichzeitig in der Taktik, die dem Gegner gegenüber zur Anwendung gebracht werden muß. Innerhalb der Körperschaft ist er Versammlungs- und Verhandlungsleiter, Auskunftsperson in Rechtsfragen und Vertreter der Arbeiterschaft vor den Behörden

und Gerichten. Als Kassierer und Verwalter von Verbandsgeldern lernt er auch mit Geldsummen umgehen, als Schriftleiter der Verbandszeitung entfaltet sich literarische Begabung. Fremd bleibt ihm nur die produktive Wirtschaftsführung, da er im Produktionsprozeß oder im Handel nur als Arbeiter, der von unten nach oben sieht, gestanden hat. Vielfach aber sind die Gewerkschaftler gleichzeitig in der Konsumvereinsbewegung in ehrenamtlichen leitenden Stellungen, sind sie Vorstandsmitglieder von Krankenkassen mit großen Vermögen, die Sanatorien errichten usw., wo sich ihnen Gelegenheit bietet, kaufmännisch zu handeln. Die Verbandsvorsitzenden sind vielfach Abgeordnete, und nicht wenige haben Ministerposten innegehabt.

So bietet dem Industriearbeiter die Laufbahn des Gewerkschaftsbeamten den freien Weg bis zum Reichspräsidenten. Vielseitige Begabung ist notwendig, einseitige Begabung reicht nicht aus; beweglicher Geist, rednerische Gewandtheit, robuste Natur, Kampffreudigkeit und Zähigkeit sind unerläßlich.

Infolge der Politisierung ist leider die Ethik stark zurückgedrängt, die erzieherische Arbeit an den Menschen für das Gemeinschaftsleben kommt infolge der ständigen Kämpfe zu kurz, die Achtung vor fremder Erfahrung, vor dem Alter geht verloren, Egoismus und Materialismus machen sich breit. Erstaunlich ist, wie oft die besonnenen, kulturell wertvollsten Menschen in den Gewerkschaften sich von kleinen Minderheiten, radikalen und oft jugendlichen Elementen, terrorisieren lassen, weil eben der Verband nur ein loser, das Mitgliedsbuch für jeden erhältlich ist und Disziplinargewalten sehr schwach sind. Die Folge ist das Fernbleiben der oft besten Kräfte von den Veranstaltungen, die sich damit begnügen, ihre Beiträge zu leisten, während die Radikalen sich des Feldes dann leicht bemächtigen können. Es ist wohl anzunehmen, daß ruhige politische Verhältnisse auch den freien Gewerkschaften wieder ein stärkeres Gemeinschaftsleben bringen werden.

Die Industriearbeiter als Betriebsräte

Die neue deutsche Reichsverfassung hat im Artikel 165 den Arbeitern und Angestellten das Recht zugesprochen, "gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken".

Schon während des Krieges haben zum Zweck der Arbeitsbeschaffung Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen den Weg zur Zusammenarbeit gefunden, aber erst der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch, der am 9. November 1918 erfolgte und bei dem die politische Führung an die Arbeiterschaft überging, führte am 15. November zur Begründung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, zur Anerkennung der Arbeitnehmerorganisationen als gleichberechtigten Faktoren. Im Mai 1920 wurde dann der aus 326 Mitgliedern bestehende Reichswirtschaftsrat ins Leben gerufen, bestehend aus 3 Gruppen:

1. Arbeitgebern, 2. Arbeitnehmern und 3. Verbrauchern, sowie von den Regierungen berufenen Sachverständigen. Der Unterbau des Reichswirtschaftsrates, die Bezirkswirtschaftsräte, konnte bislang noch nicht gebildet werden.

Ein wichtiger Schritt vorwärts zur Demokratisierung der Wirtschaft ist die Entstehung der Betriebsräte, deren Rechte zuerst in zwei Tarifverträgen, dann gesetzlich festgelegt wurden:

- 12. März 1919: Tarifabkommen im Bergbau;
- 19. April 1919: Tarifabkommen der Berliner Metallindustrie, das über das spätere Gesetz hinausgehend den Betriebsräten einen Einfluß auf technische Angelegenheiten verschaffte;
 - 4. Februar 1920: Das Betriebsrätegesetz;
- 15. Februar 1921: Das Gesetz über die Vorlegung der Betriebsbilanz und der Betriebsgewinn- und -verlustrechnung.
- 15. Februar 1922: Das Gesetz über die Entsendung der Betriebsräte in die Aufsichtsräte der Kapitalgesellschaften.

Die politische Umwälzung vom 9. November 1918 führte zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Vorbild, die alle Macht an sich zu reißen suchten, um die Diktatur des Proletariats herbeizuführen. Es gelang jedoch, durch Bildung der Nationalversammlung den Aufbau der Demokratie zu sichern, eine neue Verfassung zu schaffen und die politischen Arbeiterräte zu beseitigen. Die Gewerkschaften haben sehr harte Kämpfe gegen die kommunistischen politischen Arbeiterräte führen müssen, doch gelang es ihnen, als das Betriebsrätegesetz da war, die Betriebsräte zu Organen der Gewerkschaften zu machen, sie zu schulen und zu erziehen, so daß sie von den bedeutenden Rechten, die das Gesetz ihnen gibt, zum Nutzen der Arbeitnehmer Gebrauch machen können.

Auf Grund des Betriebsrätegesetzes ist in allen Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern als einheitliche Vertretung aller Arbeitnehmer des Betriebes, also der Arbeiter und Angestellten, der Betriebsrat zu wählen, in dem beide Gruppen, Arbeiter und Angestellte, nach ihrem Zahlenverhältnis vertreten sein sollen. An den Sitzungen des Betriebsrates, wie auch an den Betriebsversammlungen können die Vertreter der Gewerkschaften mit beratender Stimme teilnehmen, da die Durchführung der Tarifverträge, die zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen werden, eine der wichtigsten Aufgaben ist, die das Gesetz den Betriebsräten zuweist. Die Gewerkschaften haben also in allen Betrieben in den Betriebsräten Organe erhalten, deren Rechte und Pflichten gesetzlich festgelegt sind, die durch Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen noch erweitert werden können.

Der Betriebsrat hat nicht den Einzelarbeitnehmer in seinem Einzelarbeitsvertrag zu vertreten. Gleich den politischen Parlamenten sind auf Grund der neuen Wirtschaftsverfassung Betriebsparlamente, viele Hunderttausende an Zahl, ins Leben getreten, die das Wohl der Gesamtbelegschaften zu betreuen haben.

Die Mitglieder der Betriebsvertretungen sind gleich den Parlamentariern nur ihrem Gewissen verantwortlich und an Aufträge nicht gebunden, sie sind auch aus Handlungen im Amt, da sie nicht

Die Industriearbeiter als Betriebsräte

59

Beamte sind, nicht schadenersatzpflichtig, sofern sie nicht unerlaubte Handlungen begehen.

Der § 1 des Betriebsrätegesetzes lautet: "Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung des Betriebszweckes sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten."

Unter Betriebszweck wird hier verstanden "der möglichst hohe Stand und die möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen, Förderung der Wirtschaft als gemeinsames Ziel". Das Gesetz erkennt dem Betrieb bereits "ein rechtliches Eigenleben in der Gesamtwirtschaft zu, unabhängig von der zufällig als Arbeitgeber zugehörigen Person.

In Kleinbetrieben von 5—19 wahlberechtigten Arbeitnehmern wird ein Betriebsobmann gewählt, in der Landwirtschaft erst bei 10 ständig beschäftigten Arbeitern. Die Höchstzahl der Betriebsratsmitglieder ist auf 30 begrenzt, bei 15 000 Arbeitnehmern und mehr in einem Betrieb. Wahlberechtigt sind alle mindestens 18jährigen männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, wählbar mindestens 24jährige, die 3 Jahre dem Gewerbezweig und mindestens 6 Monate dem Betrieb angehören. Der Betriebsrat wird in geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlsystem auf die Dauer eines Jahres gewählt.

Die Sitzungen des Betriebsrates sollen in der Regel außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, ebenso die Betriebsversammlungen. Das Betriebsratsamt gilt als öffentliches Ehrenamt. Die Arbeitgeber können nur an den Sitzungen des Betriebsrates teilnehmen, zu denen sie der Betriebsrat einladet, oder deren Einberufung der Arbeitgeber selbst veranlaßt. Der Vorsitz kann (also braucht nicht) dem Arbeitgeber übertragen werden. Die durch die Geschäftsführung des Betriebsrates entstandenen Unkosten hat der Arbeitgeber zu tragen.

Der Betriebsrat hat die Aufgabe, zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmerschaft des Betriebes mit dem Arbeitgeber Betriebsvereinbarungen zu treffen. Wo das nicht gelingt, ist die Anrufung von Schlichtungsausschüssen ermöglicht. Neben der Wahrnehmung der Gesamtinteressen der Arbeiter hat sich der Betriebsrat auch des einzelnen Arbeitnehmers anzunehmen, bei Straffestsetzung (Verstöße gegen die Arbeitsordnung), beim Entlassungsschutz, bei Streitigkeiten der Arbeitnehmer untereinander, bei der Fürsorge für die Lehrlinge und Invaliden.

Der Betriebsrat soll ferner mit seinem Rat die Betriebsleitung unterstützen und dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen sorgen. Der Betriebsleiter ist aber nicht verpflichtet, den Rat des Betriebsrates als Vertrauensmann der Arbeitnehmerschaft zu befolgen, er wird in seinem Dispositionsrecht nicht eingeschränkt, indessen muß er nach dem Gesetz den Rat, die Vorschläge des Betriebsrates dulden, d. h. sie entgegennehmen. Der Betriebsrat ist auch verpflichtet, Anregungen, die ihm aus den Kreisen der Arbeitnehmer gemacht werden, auf deren Wunsch an die Werkleitung zu übermitteln. Bei Betriebsabbrüchen oder Stillegungen von Betrieben ist auf Grund einer besonderen Verordnung die Demobilmachungsbehörde, die noch besteht, verpflichtet, zum Schutz der mit Entlassung bedrohten Arbeiter Hilfsmaßnahmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu suchen.

Der Betriebsrat soll den Betrieb vor Erschütterungen durch Streitigkeiten bewahren und, wenn eine friedliche Erledigung nicht erreichbar ist, den Schlichtungsausschuß anrufen, um eine Vereinbarung zustande zu bringen. Vor allem hat er die Pflicht, die Durchführung der zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge zu überwachen und die Beseitigung von Mängeln beim Arbeitgeber zu beantragen, ebenso auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten.

Bei der Verwaltung der Pensionskassen, Werkwohnungen und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen hat der Betriebsrat nicht bloß zu "beraten", sondern "mitzuwirken", ohne daß der Arbeitgeber in seinen Vermögensrechten, an den Einrichtungen oder Wohnungen irgendwie beschränkt wird.

Ein Eingriff in die Betriebsleitung durch selbständige Anordnungen steht dem Betriebsrat nicht zu. Das Gesetz lehnt die kollegiale Betriebsleitung durch Arbeitgeber und Betriebsrat ab. 60

Der Arbeitgeber trägt allein die volle Verantwortung für die Betriebsführung. Auf Antrag des Arbeitgebers kann bei Pflichtverletzung des Betriebsrats durch unberechtigtes Eingreifen der Schlichtungsausschuß die Absetzung, bzw. Auflösung des Betriebsrates beschließen.

Der Arbeitgeber muß dem Betriebsrat, soweit nicht Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, auf Verlangen die Lohnbücher vorlegen, sowie die Unterlagen zur Beurteilung von Betriebsvorgängen, soweit die Tätigkeit der Arbeitnehmer von ihnen berührt werden. Für die Gehaltslisten der Angestellten gilt diese Verpflichtung nicht, sofern es sich nicht um gleichmäßig nach Tarifverträgen bezahlte Angestellte handelt. Der Betriebsrat kann dagegen Nachweisungen über Urlaubserteilungen und Überstunden fordern.

Ferner hat der Arbeitgeber alle drei Monate dem Betriebsrat einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes, dem der Betrieb angehört, sowie über Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf zu geben. Der Betriebsrat soll sich auf Grund dieser Informationen so weit unterrichten können, daß er einerseits daraufhin ratgebend mitwirken kann. Er ist jedoch gegenüber jedermann in bezug auf die ihm gegebenen Informationen zum Schweigen verpflichtet. Verstößt der Betriebsrat gegen die Verpflichtung, so droht ihm Geld- und Gefängnisstrafe, namentlich, wenn er sich einen Vermögensvorteil dadurch verschaffen oder dem Arbeitgeber vorsätzlich Schaden zufügen wollte. Will der Arbeitgeber in größerer Zahl Entlassungen oder Einstellungen von Arbeitskräften vornehmen, so ist er verpflichtet, sich mit dem Betriebsrat deswegen sachgemäß auszusprechen, damit der Betriebsrat die Interessen der Arbeitnehmerschaft dabei wahrzunehmen vermag. Soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, hat der Arbeiter- oder Angestelltenrat (die beiden Gruppen des Betriebsrates) bei der Regelung des Einzelarbeitsverhältnisses mitzuwirken (Festsetzung der Arbeitszeit, Regelung des Urlaubs, Ausbildung der Lehrlinge). Ferner haben sie an der Aufstellung einer Arbeitsordnung für den Betrieb und einer Aufstellung von Richtlinien für Einstellung einzelner Arbeitnehmer mitzuwirken.

Bei Kündigungen, die unter bestimmten Umständen erfolgen, kann der Gekündigte oder fristlos Entlassene den Betriebsrat veranlassen, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Auf Grund des Betriebsrätegesetzes sind zwei besondere Gesetze erlassen worden, das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung, sowie das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat bei allen Gesellschaften und Genossenschaften, deren Geschäftsführung durch einen besonderen Aufsichtsrat kontrolliert wird, den die Generalversammlung der Kapitalanteilbesitzer wählt.

Nach deutschem Handelsrecht hat jeder Kaufmann jährlich eine Bilanz zu ziehen, d. h. an einem Tage sein Vermögen und seine Schulden einander gegenüberzustellen. Das Gesetz gestattet die Aufstellung einer Betriebsbilanz, in der das Privatvermögen außer Betracht bleibt. Der Betriebsrat ist berechtigt, die Vorlegung dieser Betriebsbilanz zu fordern, die ihm erläutert werden muß. Eine Verpflichtung, dem Betriebsrat auch die Unterlagen der Bilanz vorzulegen, besteht nicht. Dieses Gesetz gilt für Betriebe, die mindestens 300 Arbeiter oder 50 Angestellte beschäftigen. Der Betriebsrat ist veröflichtet, Stillschweigen zu bewahren.

Nach dem zweiten Gesetz erhält die Arbeitnehmerschaft eine Vertretung im Aufsichtsrat durch ein oder zwei Betriebsräte, die die gleichen Rechte haben wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder, d. h. voll stimmberechtigt sind. Die ersten Wahlen von Betriebsratsmitgliedern für die Aufsichtsräte sind im Jahre 1922 vorgenommen worden.

Im Oktober 1920 fand in Berlin der erste Reichsbetriebsrätekongreß mit 953 Delegierten statt.

Seit dem Frühjahr 1920 finden jährlich in dem ganzen Reich die Betriebsrätewahlen statt. Die Organisation ist fest in der Hand der Gewerkschaften, die durch die Betriebsräte in jeden Einzelbetrieb mit mehr als 5 Arbeitnehmern ihre "verlängerten Arme" zum Schutz der Arbeiterinteressen strecken können.

Mit der Organisation der Betriebsräte war erst der erste Teil der Aufgabe erfüllt. Der zweite, erheblich schwierigere Teil ist der, die Betriebsräte geeignet zu machen, ihre Tätigkeit auch erfolgreich auszuüben, d. h. sie zu schulen. Drei Mittel stehen dafür zur

Verfügung: Errichtung von Schulen und Unterrichtskursen, Herausgabe von Zeitungen und Schriften als Lehrmaterial, Anregung und Anleitung zum Selbststudium.

Die Gewerkschaften haben Millionen Mark aufgebracht, um Betriebsräteschulen einzurichten und Kurse abzuhalten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund geben seit dem Mai 1920 die "Betriebsrätezeitung" heraus, die monatlich in 125 000 Exemplaren erscheint und deren Schriftleiter bis zum April 1923 der Verfasser dieses Buches war.

Auf Grund der vorliegenden Erfahrungen läßt sich folgendes über den Erfolg dieser neuen Einrichtung sagen. Ihr Erfolg hängt entscheidend von der Qualität der Betriebsräte ab. Der Betriebsrat muß nicht nur seine Rechte und Pflichten aus dem Gesetz genau kennen, er muß auch, ob ein Mann oder eine Frau, über Wissen, Erfahrungen und gewerkschaftliche Praxis verfügen. Außerordentlich schädlich hat die parteipolitische Zersplitterung gewirkt; sie hat auch auf die Auswahl der Betriebsräte äußerst nachteilig eingewirkt, weil in großem Umfange solche Arbeiter oder Angestellten gewählt wurden, die parteipolitisch den stärksten Einfluß ausübten und sich möglichst revolutionär gebärdeten, ohne Rücksicht darauf, ob sie die erfahrensten, mit dem größten positiven Wissen ausgestatteten waren. Es sind auch Mißgriffe vorgekommen, indem Betriebsräte nicht ehrlich und vertrauenswürdig, sondern auch bestechlich waren. Heute haben sich die Verhältnisse jedoch schon wesentlich gebessert, die Auswahl erfolgt vorsichtiger.

Die Stellung des Betriebsrats hängt entscheidend von der Solidarität der Arbeitnehmer im Betriebe ab. Ist die Arbeiterschaft eines Betriebes uneinig, steht sie also nicht geschlossen hinter ihren Vertrauensleuten, den Betriebsräten, dann ist es für den Unternehmer sehr leicht, den Betriebsräten seines Betriebes Schwierigkeiten zu machen, ihnen die Tätigkeit zu verleiden, sie in Gefahr zu bringen, Fehler zu begehen, die die Absetzung des Betriebsrates zur Folge haben müssen.

Sehr schwer ist es daher auch, Angestellte in gehobenen Stellungen zur Übernahme des Amtes als Betriebsrat zu gewinnen, weil sie mit ihrem Chef nicht in Differenzen kommen wollen, die ihnen den Aufstieg in bessere Stellungen unmöglich machen. Es kommt auch gelegentlich vor, daß sich in Betrieben wegen Uneinigkeit der Arbeitnehmer und wegen Streites mit den Geschäftsführern niemand findet, der das Betriebsratsamt zu übernehmen bereit ist.

Soweit sich die Verhältnisse übersehen lassen, haben die Industriearbeiter nur teilweise aus dem Betriebsrätegesetz die Vorteile gezogen, die es ihnen bieten kann. Das liegt sowohl an ihnen selbst als auch an der Einstellung der Arbeitgeber. Ein Teil der Arbeitgeber bemüht sich, mit seinen Arbeitern in ein enges, persönliches Verhältnis zu kommen, ein anderer sucht den Abstand zu halten und ihnen nicht mehr entgegenzukommen, als ihnen im Kampf abgerungen wird. Auf der Arbeiterseite liegt die Ursache ihrer schwachen Stellung in ihrer Uneinigkeit. Der Unternehmer weiß genau, wieviele seiner Arbeiter oder Angestellten hinter dem Betriebsrat stehen und ihn decken. So ist denn die Stellung des Betriebsrats der Spiegel der Belegschaftsverhältnisse. Bei einer politisch zerrissenen oder gleichgültig gewordenen Belegschaft kann der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat machen, was er will, vermag er ihm die kleinsten Wünsche glatt abzuschlagen und ihm Fußangeln zu legen, über die das Gesetz ihn dann stolpern läßt.

Zu diesem Zweck ist aber das Gesetz nicht geschaffen worden: es soll dem Unternehmen Nutzen bringen, gleichgültig, welcher Unternehmer oder welche Belegschaft vorhanden ist. Damit aber dient es beiden Parteien am besten.

Deshalb muß das Streben der Arbeiter dahin gehen, daß alles, was die Belegschaft trennen kann, aus dem Betrieb verbannt, und alles, was sie einigen kann, im Betrieb gepflegt wird. Vor allem ist es die Politik, die die Belegschaft spaltet, die Betriebsagitation. Belegschaft und Betriebsrat müssen sich vor allem die Frage vorlegen, was sie tun können, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Je stärker sie sich alle mit dem Betrieb verbunden fühlen, desto enger wird der Zusammenschluß, der durch gesellige Veranstaltungen stark verinnerlicht werden kann. Ist dieser Zustand erreicht, dann werden aber auch besser geeignete Arbeitskollegen sich bereit finden, das Amt eines Betriebsratsmitgliedes anzunehmen, weil sie wissen, daß auch die Belegschaft fest hinter ihnen stehen wird, wenn es

Der Industriearbeiter und die Hauswirtschaft

65

gilt, gegen Widerstände anzugehen. Gelingt es aber nicht, Einigkeit in den Belegschaften wiederherzustellen, dann werden qualifizierte Kräfte dieses Amt überhaupt nicht mehr annehmen, dann wird das Betriebsrätegesetz eine Einrichtung am Leben erhalten, die die Betriebe nur belastet, ohne irgendwelchen Nutzen zu stiften. Die Wirtschaft aber würde Millionen an Arbeitsstunden verlieren.

Die Demokratisierung soll die Wirtschaft leistungsfähiger machen. Das kann dadurch geschehen, daß die Arbeitsfreudigkeit gehoben wird, das Interesse an der Arbeit und dem Unternehmen sich steigert. Sofern aber die Demokratisierung Freistellung von Arbeitskräften und Arbeitsstunden bedeutet, muß volle Gewähr geschaffen werden, daß diese Verluste durch erhöhte Leistungen ausgeglichen werden, damit die Volkswirtschaft keinen Schaden leidet, was sonst der Fall ist, auch wenn einzelne Unternehmen rentabel genug sind, um solche Kosten ertragen zu können.

Die wachsenden Bedürfnisse

Wir wissen, daß es immer Menschen gegeben hat, die glücklich und zufrieden waren bei der Befriedigung weniger Bedürfnisse. Die einen waren zufrieden, weil nur wenige Bedürfnisse bei ihnen geweckt waren, andere, Philosophen und geistig sehr hochstehende Menschen, die sich über den Wert der verschiedenen Bedürfnisse in vollem Umfang klar waren, zeichnen sich durch eine erstaunliche Anspruchslosigkeit aus, bei der sie sich vollkommen glücklich fühlen. Die große Masse glaubt, weil diese oder jene bestimmte Bedürfnisse befriedigen, müßten sie es unbedingt auch, und wenn sie es nicht täten, würde ihnen Wichtiges verlorengehen. Die Nachahmer schlechter Vorbilder sind Legion, und gerade die Schwächen der sogenannten bürgerlichen Schichten, die öffentlich sichtbar werden, finden breiteste Nachahmung in Arbeiterkreisen, die glauben, daß gerade jene Erscheinungen nachgeahmt werden müßten, um nicht mehr als proletarisiert, sondern als bürgerlich zu gelten.

In dem Grade, wie sich der Gesichtskreis des Menschen erweitert, seine Kenntnisse sich vertiefen, seine Interessen geweckt werden, wachsen seine Bedürfnisse, und was dem einen als entbehrlicher Luxus erscheint, ist für den anderen schon Lebenselement geworden. So erklärt es sich, daß die geistig schaffenden Menschen ein höheres Einkommen zur Lebensführung benötigen, unabhängig von den Aufwendungen für ihre Bildung, die sich als Kapital verzinsen müssen, als der einfache Handarbeiter, ohne daß dieser deswegen weniger glücklich zu sein braucht.

Nicht Gleichheit kann also das Ziel sein, dem die Menschheit zuzustreben hat, sondern höchste Ungleichheit, indem alle verschiedenen Begabungen und Veranlagungen zur vollen Entfaltung gebracht werden. Das erkennt man besonders bei der Arbeiterschaft. Alle diejenigen, denen die gleichförmige Fabrikarbeit keine Befriedigung gewährt, die geistige Tätigkeit brauchen und suchen, wenden sich der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit in ihrer Freizeit oder ganz und gar zu. Sie werden Funktionäre oder "Bonzen", wie der Mann in der werktätigen Arbeit sie nennt, und nun beginnt schon eine Kluft sich zu öffnen, denn ihre sich vertiefende geistige Arbeit öffnet ihnen immer neue Vorstellungskreise, erweckt neue Bedürfnisse, die ihnen früher völlig fremd waren, die sie befriedigen wollen, und ohne deren Befriedigung der geistige und kulturelle Aufstieg sich nicht vollziehen kann. Neben diesem geistigen und sittlichen Aufstieg gibt es den des materiellen Genießens, der leicht ist, weil er nur vom Einkommen abhängt und nichts als Wohlleben bei aller Kulturlosigkeit bedeutet. Der Diamantring am Finger macht allein weder aus dem Arbeiter noch aus dem Händler einen Kulturmenschen, wenn auch der Ring noch so schön ist.

Der Industriearbeiter und die Hauswirtschaft

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen hängen nicht nur von der Höhe des Einkommens ab, sondern sehr wesentlich auch von der Kunst, aus diesem Einkommen das Beste zu machen. In dieser Kunst des Haushaltens bei gleichen Einkommensverhältnissen zeigen sich sehr deutlich außerordentlich verschiedene Ergebnisse, nicht nur in den sogenannten bürgerlichen Kreisen, sondern auch in den breiten Schichten der Arbeiterschaft.

Wer es aber wagt, die Forderung, rationell zu wirtschaften, d. h. vernünftig das Einkommen zu verteilen auf die Befriedigung der Bedürfnisskala, auch an die Arbeiterschaft zu richten, erfährt hier heftigen Widerstand mit der Begründung, daß in bezug auf Menschen, deren Einkommen am Existenzminimum stehe, eine solche Forderung nur beweise, daß der, der sie stelle, sich in die Psyche des Arbeiters gar nicht einzufühlen vermag.

Verschwender und sparsame Leute, die genau überlegen, wie sie ihr Geld am zweckmäßigsten verwenden, gibt es in allen Volkskreisen.

Das zweckmäßige Verwenden des Geldes ist aber in der Tat eine Kunst, die geübt werden muß, die in hohem Maße ein Erziehungsergebnis ist, wenngleich auch vielfach die Anlagen zur Sparsamkeit und zum Verschwenden im Menschen selbst zu suchen sind.

Ich habe sehr oft die Unterschiede beobachtet, die sich deutlich in den Häuslichkeiten zeigen, wo die Frau als Mädchen Fabrikarbeiterin war und wo sie als Dienstmädchen in bürgerlichen Haushaltungen die Führung der Hauswirtschaft erlernt hat, womit ich keineswegs sagen will, daß etwa alle bürgerlichen Frauen gute Hausfrauen seien. Gerade viele Arbeiterfrauen habe ich wegen ihrer ausgezeichneten Leistungen als Hausfrauen oft bewundert. Trotzdem besteht sicher die Tatsache, daß ein sehr hoher Prozentsatz von Arbeiterfrauen weder richtig einkaufen, noch rationell wirtschaften kann, weil ihnen die Anleitung dazu gefehlt hat. Ist doch allgemein bekannt, daß die Arbeiter die besten Kunden der Händler sind, weil sie kritiklos kaufen und sich die Ware in die Hände stecken lassen. Sicher sind hier große Unterlassungen festzustellen. Es genügt nicht, in der Volksschule oder im Anschluß an die Volksschule Kochunterricht und Hauswirtschaftsunterricht zu erteilen; ebenso wichtig ist der Unterricht zur Feststellung der Güte und Güteunterschiede aller der Waren, die zum wichtigen Lebensbedarf gehören, ein Unterricht, der den Schönheitssinn entwickelt, der das rationelle, das vernünftige Wirtschaften fördert.

Nun besteht allerdings Streit darüber, was im Einzelfall rationell, vernünftig ist, weil die Menschen sehr verschiedene Bedürfnisse haben und bei gleichen Bedürfnissen die Dringlichkeit der Befrie-

digung sehr verschieden empfunden wird. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Mensch, ein Arbeiter, ein Student oder sonst irgendwer seinen Wochenlohn am Sonntag zu neun Zehntel verzehrt, um einen vollen Genuß zu erzielen, und sich die folgenden Wochentage daher mit trockenem Brot begnügt und diese Verteilung seines Einkommens deshalb für vernünftig hält, weil sie ihm den höchsten Genuß gewährt. Eine Frau, die ihren verstorbenen Mann sehr geliebt hat, nimmt neun Zehntel der Hinterlassenschaft oder den größten Teil ihres Einkommens, um dem Geliebten einen schönen Grabstein zu kaufen und das Grab zu pflegen, während sie selbst fast hungert. Ist die Frau wirklich unvernünftig, oder handelt sie durchaus vernünftig? Zweifellos hat der einzelne Mensch das Recht, sein Leben so einzurichten, wie es ihn selbst am besten befriedigt, sofern er damit seine Mitmenschen nicht schädigt.

Sicher ist aber eine Erscheinung verhängnisvoll, die sich auch in weiten Arbeiterkreisen findet, der Trieb der Nachahmung der "Allüren", der Besonderheiten, die sich die leisten, die wirtschaftlich besser gestellt sind. Weil die Frau oder die Tochter oder der Sohn, ja auch der Mann bei Nachbarn oder Freunden zur Einsegnung oder zum Geburtstag oder sonstwann, dies oder jenes sich gekauft hat und man nicht nachstehen will, weil die doch auch nicht mehr sind als die, werden Beschaffungen und Ausgaben gemacht, die höchst unvernünftig sind, weil eigentlich sehr viel dringlicher benötigte Sachen mit diesem Geld hätten beschafft werden können.

Diese Befriedigung der Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit ist aber um so bedeutungsvoller, je kleiner das Einkommen ist. Und wenn man auch von aller Engherzigkeit frei ist und die Menschen und ihre Triebe kennt und versteht, so muß doch gesagt werden, daß sich die soziale Lage der breiten Volksmassen sehr wesentlich verbessern ließe, wenn rationeller gewirtschaftet würde. Das ist kein Vorwurf gegen die Arbeiterschaft, weil es bei ihr an der notwendigen Erziehung zum Haushalten gefehlt hat und die schlechten Vorbilder ihre verhängnisvollen Wirkungen täglich ausüben; aber es muß trotz alledem sehr eindringlich auf diese Tatsache hingewiesen werden, ohne Rücksicht auf die Entgegnungen aus der

Der Industriearbeiter im Betrieb

Arbeiterschaft selbst, die solche Feststellungen teilweise sehr böse aufnimmt. Tausendfach habe ich selbst es beobachtet, mit wie unbegreiflich leichten Händen Menschen mit Einkommen nahe am Existenzminimum Geld für Tand und zur Befriedigung von Launen und Trieben, die sich bei geringer Selbstbeherrschung unterdrücken ließen, verschwenden.

Ich fordere bestimmt nicht die "verdammte Bedürfnislosigkeit"; denn die Wirtschaft steht ja auf der Befriedigung der Bedürfnisse, und ihre Einschränkung bedeutet Stockung des Wirtschaftslebens, aber die rationelle, die vernünftige Wirtschaftsführung entscheidet insbesondere in Deutschland darüber, ob es zu einem neuen Aufstieg die Kräfte wird sammeln können.

Diese Aufgabe läßt sich aber nicht bloß von der Konsumentenseite lösen, sondern muß gleichzeitig von der Produktion aus in Angriff genommen werden, durch eine planmäßige Gütererzeugung, die nicht den Profit, sondern die Güte und Zweckmäßigkeit der Waren in den Vordergrund stellt, damit viel überflüssiger Tand vom Markt überhaupt verschwindet.

Die Arbeit am Volke, um es in die Höhe zu bringen, erfordert bedingungslose Liebe zu ihm, die auch die Angriffe ertragen kann, die kommen, wenn ihm die Wahrheit gesagt wird. Leider ist aus den Namen und Titeln derjenigen, die über soziale Fragen schreiben, nicht immer ersichtlich, welches Maß von Erfahrungen und Lebenskenntnis eigentlich dahintersteht. Manchem kommt es leider mehr auf den Beifall der Massen an, die er braucht, um Boden zu finden, als um die Feststellung dessen, was in Wirklichkeit ist. So muß denn, ungeachtet der Widersprüche, die rationelle Wirtschaftsführung auch von denen gefordert werden, die fälschlich glauben, daß es bei ihrem kleinen Einkommen nicht darauf ankäme, wie es verteilt und verausgabt wird.

Der Industriearbeiter im Betrieb

An der Technischen Hochschule in Karlsruhe hat Prof. Dr. Willy Hellpach ein Institut für Sozialpsychologie errichtet, aus dem zwei sehr wertvolle Schriften bisher hervorgegangen sind, die das Problem "Werkstatt als Arbeits- und Lebensraum" behandeln. Der erste Band ist von Hellpach selbst, mit einer Einleitung des Werkdirektors R. Lang, und betitelt sich "Gruppenfabrikation", den zweiten Band hat Dr. Eugen Rosenstock geschrieben, der Leiter der Frankfurter Akademie der Arbeit (Gewerkschaftsschule) war, bearbeitet unter dem Titel "Werkstattaussiedlung"). Ein drittes Buch möchte ich in diesem Zusammenhang nennen, "Menschenökonomie" von dem Arzt Dr. Alfred Beyer²), das ausgezeichnete Untersuchungen und Beobachtungen über den Industriearbeiter bietet.

Das Dasein des Industriearbeiters ist zu einer Raum-, Lebensund Vererbungsfrage geworden, eingestellt in die Großindustrie, die Landindustrie, die Genossenschaft.

In der Landindustrie ist der Arbeitsraum meistens schlechter als in den industriellen Großbetrieben, aber der Weg zur Arbeit ist kurz, meistens bietet ein Eigenhäuschen mit Garten einen besseren Lebensraum; doch geht der Strom des Lebens an diesen ländlichen Inseln vorbei.

Die Großfabrik kann vor allem den Nachwuchs planmäßig heranbilden, Qualitätsarbeiter erziehen, Lehrwerkstätten und Werkschulen errichten, eine sorgfältige Auslese treffen und geduldiger den Aufbau einer hochqualifizierten Arbeiterschaft durchführen.

Die Produktivgenossenschaft kann dem Arbeiter das geben, was der Fabriksaal ihm raubt, und ihm eine Lebensaufgabe stellen: der Arbeiter wird sein eigener Herr, der Arbeitsertrag fließt ihm zu. Jedoch haben fast alle Produktivgenossenschaften aus bekannten Ursachen seit Jahrhunderten immer wieder den Zusammenbruch erleben müssen.

¹⁾ Beide Bücher im Verlag von Julius Springer, Berlin.

²⁾ Band 65 Internationale Bibliothek J. H. W. Dietz Nachfl.

Der Industriearbeiter im Betrieb

Fehlt bei der Landindustrie der technische Ehrgeiz, so bedeutet die Großindustrie sicher noch nicht der Weisheit letzten Schluß. Mit ihr entsteht die Verbureaukratisierung auch in dem kapitalistischen Großbetrieb. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der mittelgroße Betrieb, der sich technisch auf der Höhe hält, vor allem von einer leitenden Person ohne weitere Kontrolle völlig übersehen werden kann, wo der Leiter jede Arbeitskraft persönlich genaukennt, die wirtschaftlichste Betriebsform ist. Die Generalunkosten der großen Betriebe sind sehr stark gestiegen und betragen das 3—4fache der produktiven Löhne in den großen Maschinenfabriken. Außerdem wird von den Arbeitern gebremst in Rücksicht auf die mit den Akkorden verbundene Auspressung der Höchstleistungen. Es ist sicher, daß die Akkordarbeiter der Industrie, wenn sie als selbständige Arbeiter in eigenen Werkstätten die gleichen Arbeiten machen könnten, viel höhere Leistungen vollbringen würden.

Es sind daher vielfach Vorschläge gemacht worden, daß die Arbeiter von den Unternehmern ihre Arbeitsplätze mit Maschinen pachten sollten, um dann an den Unternehmer zu festen Preisen die Arbeit zu liefern. Die Arbeiter würden dann von der Lohnarbeit frei, erhielten Verantwortung und würden sich als Eigentümer fühlen. Ist bisher alles auf Organisation, auf Machtkonzentration eingestellt, so macht sich ein Suchen nach Machtabspaltung, nach Schaffung eigener Gewaltenträger (Arbeitspächter) bemerkbar, nach Verlegung der Arbeitsplätze aus der Fabrik heraus.

Dr. Rosenstock schlägt in seinem Buch "Werkstattaussiedlung" vor, an die Stelle der Einzelpacht die Arbeitsgruppe bis zu 12 Arbeitern abzuspalten als Einheit und Arbeitsgenossenschaft. Diese Gruppe aber wird nach räumlicher Abtrennung streben, will ihre Werkstatt für sich haben. Heute transportiert man lieber von weit her die Menschen zur Fabrik, um die Güterbeförderung zu verbilligen.

Sicher ist, daß die große Masse Masse bleiben will. Die Aussiedlung bedeutet dagegen eine Erlösung für die, die weder politischen noch Meisterehrgeiz haben, die als Qualitätsarbeiter freie Lebensgestaltung suchen, für die verantwortungsfreudigen, steifnackigen und charaktervollen Arbeiter. Eine solche Scheidung der Geister bringt den Frieden in den Betrieb; 15% der Arbeiter in den Maschinenfabriken ließen sich sehr wohl mit ihren Arbeiten aussiedeln.

Diese Aussiedlung ist so gedacht, daß die Abhängigkeit der verselbständigten Arbeitsgruppen vom technisch und organisatorisch erprobten Großbetrieb die Grundtatsache ihres Daseins bleibt. Der Geschäftsführer wird von der Gruppe gewählt, wenn die Firma der Personenwahl zustimmt. Es handelt sich also nicht darum, Produktivgenossenschaften zu schaffen, sondern Siedlungswerkstätten oder Werkstattleihen. Diese geliehenen Werkstätten der Arbeitsgruppe sollen der Ausgang sein, der Großbetrieb, die Firma tritt als Genossin mit in die Gruppe ein, während es der zukünftigen Entwicklung überlassen bleiben soll, daß die Gruppe sich in eine Produktivgenossenschaft umwandelt. In der Werkstattaussiedlung bleiben aber die Arbeiter weiter Wähler des Betriebes, und der Werkbetriebsrat Organ ihres Vertrauens. Die Vernunft, sagt Rosenstock, hatte nach der toten Natur, nach der Technik, nach der Wirtschaft begeistert gefragt. Heute endlich muß sie nach dem Menschen fragen. Wie arbeitet die menschliche Natur am billigsten, am gesündesten, am vernünftigsten? Das, was man "Ausbeutung" des Arbeiters heißt, ist eben dies, daß man ihn ohne seine Zeit, ohne seinen Namen, ohne seine edelste und oberste Eigenschaft, wie einen Narkotisierten, einen Betäubten, einstellte und anstellte. Die "Ausbeutung" liegt darin, daß die Arbeiter eben nur als Arbeitskraft und nicht nach ihrem eigenen besonderen Lebenslauf beurteilt und behandelt werden. Der Arbeitsplatz kann somit nicht zu "ihrem" Arbeitsplatz werden, der Zeitraum ihrer Arbeit zerfällt in lauter einzelne und einzeln entlohnte Stunden. Hiergegen ist nun der einzelne Mensch wehrlos. Die "Zahlenmenschen" verstehen nicht recht, daß diese Fragen heute brennender geworden sein sollen, sie haben ja Raum und Zeit "überwunden". An Stelle einer vernünftigen Betriebspolitik entstand die Politisierung der Betriebe1).

Hellpach sagt in seiner "Gruppenfabrikation": Die dreifältige Massierung der Fabrikarbeiterschaft in Fabrik, Mietskaserne und Versammlung — im Werk, im Dasein und in der Muße — ist die

¹⁾ Betriebsrätezeitung Nr. 7 und Nr. 12. 1922.

wesentlichste Basis des proletarischen Klassenbewußtseins geworden. Der Sozialismus hat menschlich so wenig an die Fabrik gerührt, wie der Taylorismus sachlich an sie rührte. Der Saalarbeiter ist sachlich und menschlich atomisiert — in diesem Tatbestand verdichtet sich das moderne Fabrikproblem. Muße kennt die moderne Fabrikarbeit (auch als beste Qualitätsleistung) nicht mehr. An der Aufgabe aller und ihrer Lösung bewährt sich aber die schöpferische Zauberkraft der Muße. Die Lohntatsache ist das wirtschaftliche, politische und sittliche, sie ist vor allem das psychologische Fundament des gesamten Fabrikarbeiterdaseins geworden. Geworden! Sie mußte es nicht von Anfang an sein und war es auch nicht von Anfang an. Daß das Können des Fabrikarbeiters ausschließlich auf Nutzen gestellt wurde — das bedeutet die eigentliche berufsständische Entwurzelung des modernen Fabriklers.

Soll die Fabrik als eine Lebensvoraussetzung unseres Volkes gerettet werden, so werden alle Fabrikler, Fabrikbesitzer, Fabrikangestellten und Fabrikarbeiter das Fabrikproblem kennen, erfassen und geduldig untereinander zu lösen versuchen müssen.

Im Zusammenhang mit den Büchern der vorgenannten Psychologen ist auch "Die große Wunde" von dem Gießener Psychologen Prof. Ernst Horneffer zu nennen, ein Buch, das sich gleichfalls mit dem Fabrikproblem befaßt. Er sagt: Das Leben, jede Lebenserscheinung und Lebensform in Staat, Wirtschaft und Kultur ist Gleichgewichtszustand einander die Wage haltender Gegensätze und Gegenkräfte. Jedes Leben und jede Lebensbildung ist ein Spannungsverhältnis derartiger Kräfte. Jedes Leben ist und soll sein eine Harmonie des Gegensätzlichen wie jedes Kunstwerk. Die schöpferischen Einzelpersönlichkeiten sind die eigentlichen Väter der Masse, die ohne sie gar nicht vorhanden wäre. Zwischen Individualität und Masse besteht heute ein tiefer sozialer Gegensatz.

Die Industriearbeiter und die geistige Arbeit

Alle höhere Kultur beruht auf der Ehrfurcht vor dem Geistigen. Heute erhebt die Barbarei ihr Haupt, die nur die Muskelkraft schätzt. Jede Führerstellung und schon die Vorbereitung dazu ist mit solcher Nervenanspannung, mit so viel zäher, unermüdlicher Arbeit verbunden, mit zerrüttender und aufreibender Verantwortung, daß ohne die allerstärksten Motive und Entgelte Führerleistungen auf keinem Gebiet mehr zustande kämen. Die größere Zahl der durchschnittlich Begabten hat allenthalben den schöpferischen Einzelnen gegenüber unversöhnliche Gegnerschaft bewiesen. "Nur von diesem allgemeinen Hintergrund aus ist", sagt Horneffer, "der wirtschaftliche Gegensatz von Unternehmer und Arbeiterschaft zu verstehen." Derselbe Gegensatz hat sich überall, auch in allen anderen sozialen Schichtungen und Beziehungen, geltend gemacht; er wiederholt sich auf allen anderen Lebensstufen.

In jedem Lebensgebiet aber, auf jeder Lebensstufe muß sich das allgemeine Lebensprinzip wiederholen, das Prinzip der Gliederung, daß gewisse einzelne oder kleinere Gruppen sich aus dem Gros des Durchschnittes auf- und emporschwingen, durch höhere Leistungen sich abheben, durch diese höheren Leistungen führend und vorbildlich wirken und mit diesen ihren Vorzugsleistungen auch zur Anerkennung kommen. "Wir brauchen", sagt Horneffer, "eine Philosophie der Individualität, eine Persönlichkeitsphilosophie, um eine Vereinigung von Führer und Masse zu erreichen. Daß Einzelkraft und Gesamtkraft bei uns nicht zusammenkommen können, das ist die schmerzliche Tragik unserer Epoche."

Daß die Masse nichts ohne geistige Führer vermag, das ist ihr schon zum Bewußtsein gekommen; aber sie sieht in dem geistigen Führer nur den Kopfarbeiter und will ihn als Kopfarbeiter einordnen und seine Leistungen entgelten. Vereinigung aller Handund Kopfarbeiter ist ja die Parole geworden.

In dem Werk von Dr. Rosenstock, "Werkstattaussiedlung", zeigt der Verfasser einem Arbeiter, der ihm seinen Lebenslauf vorgelegt hat, die Werkstatt des Gedankenmenschen, den Unterschied zwischen

Die Industriearbeiter und Taylor

dem Kopfarbeiter und dem Gelehrten, dem geistigen Führer, der sich nicht mit seinen Leistungen in festen Stückzahlen geleisteter Arbeit ausweisen kann, ob er seine Arbeitstage und Arbeitsjahre nützlich angewendet hat.

"Je geistiger ein Mensch ist, desto mutiger denkt er gegen seinen eigenen Vorteil, ja nur der Mensch hat Geist, der etwas einsehen kann, was gegen seinen eigenen sofortigen Vorteil geht. Kopfarbeiter kann der Gelehrte nicht werden, Kopfarbeit teilt die Zwangsläufigkeit aller Arbeit, Kopfarbeit ist das, was auch auf den Gehilfen abgewälzt werden kann" (Rosenstock).

Kopfarbeiter gibt es in Massen, geistige Arbeiter sind selten, und die kapitalistische Wirtschaft muß sie nach ihrem Seltenheitswert, nach ihrem Marktpreis, auf dem Raritätenmarkt bezahlen. Erst wenn ein Überfluß an leitenden Köpfen sich bilden würde, könnten auch sie in Tarife eingestuft werden.

Die Arbeiterschaft hat bisher immer nur eine Kluft gesehen, die zwischen sich und den kapitalistischen Unternehmern. Daß sich aber zwischen der Handarbeit und der geistigen Arbeit eine Kluft bildet, hat sich erst stärker bei der fortschreitenden Vergesellschaftung gezeigt, weil der Maßstab fehlt, mit dem geistige Arbeit bewertet werden kann. Handarbeit und Kopfarbeit läßt sich nach Stundenleistungen entgelten, geistige Arbeit nur nach den Erfolgen.

Der Sozialismus besitzt bis heute nicht das Mittel, den gesellschaftlichen Arbeitsertrag so verteilen zu können, daß jeder nach dem Wert seines Leistungsanteils sein Entgelt erhält. Das Verteilungsproblem ist ungelöst. Die kapitalistische Wirtschaft löst es auf ihre Weise durch Bildung von Marktpreisen, nicht nur für Waren, sondern auch für die Arbeitskraft, und sagt, daß der Preis, der sich dort bilde, das volle Äquivalent für die Arbeit sei. Auch die Arbeiterschaft hat geistige Arbeiter in ihren Dienst gestellt, in den Gewerkschaften, in ihrer Parteipresse, und bezahlt sie nach den Stundenlöhnen qualifizierter Handarbeiter. Aber es gibt Ausnahmen. Die Leiter von Großeinkaufsgesellschaften, von Gewerkschaftsbanken, Versicherungsunternehmen, also Wirtschaftsführer von kapitalistischen Arbeiterunternehmungen, fordern die gleichen Entgelte, wie sie in rein kapitalistischen Betrieben gewährt werden.

Solange der Handarbeiter und der Kopfarbeiter das Wesen der geistigen, der schöpferischen, nervenzerrüttenden Arbeit nicht erkennen und nicht anerkannt haben, wird die Kluft zwischen beiden bestehen, gleichgültig, ob in einer kapitalistisch oder sozialistisch organisierten Wirtschaft und Gesellschaft.

Das der Arbeiterschaft klarzumachen, wäre die besondere Aufgabe der Intellektuellen, die sich der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen. Leider ist das, von Ausnahmen abgesehen, nicht der Fall, da auch mit den Arbeiterorganisationen und Parteien Geschäfte zu machen sind, wie durch die Mitgliedschaft in Gesangvereinen und Kegelklubs.

Die Proletarisierung der Akademiker, insbesondere durch die Großindustrie, führt sie zur gewerkschaftlichen Organisation und in die Kampflinie gemeinsam mit den Hand- und Kopfarbeitern. Diese Kampfgenossenschaft um den Stundenlohn, diese Einheitsfront ist aber nur als Zeiterscheinung zu bewerten, ist keine Gesinnungsgemeinschaft mit sozialistischer Tendenz. Das würde sich aber ändern, wenn es den Sozialisten gelänge, eine Wirtschaftsverfassung zu finden, in der Führer und Masse zu Gleichgewichtskörpern werden.

Die Industriearbeiter und Taylor

Frederick Winston Taylor (1855—1915) war anfangs der achtziger Jahre selbst Arbeiter, dann Werkmeister bei Stahlwerken. Bei den Bethlehem-Werken studierte Taylor die Schaufelarbeit und fand, daß bei einer Schaufellast von 9½ kg die größte Tagesleistung erreicht wurde. Er untersuchte die Auf- und Abladearbeit und steigerte die Leistung des Arbeiters von 17½ t Roheisen auf 48 t, die Organisation der Hofarbeit. 1880 begannen die Versuche, um beim Drehen die günstigsten Schneidewinkel und Formen der Werkzeuge zu finden. Seine Versuche führten zur Erfindung des Schnelldrehstahls.

Taylors Schüler Frank B. Gilbreth vereinfachte und verbesserte das Ziegelmauern; er verdreifachte die Leistungen der Maurer. Die Auslese der Arbeitskräfte vom Arbeiter bis zum Generaldirektor ist

entscheidend wichtig. Interessant ist die Auslese der Kugelprüferinnen für Fahrräder. Das Ergebnis war, daß 35 Mädchen bei Herabsetzung der Arbeitszeit um 2 Stunden die Leistung erreichten, die früher von 120 vollbracht wurden.

Für den Amerikaner ist der Arbeiter Produktionsmittel wie jedes andere, das möglichst ausgenutzt werden muß. Während der Unternehmer Maschinen- und Fabrikeinrichtungen als Dauerbesitz erhalten muß, kann er den Arbeiter nach Abnutzung seiner Arbeitskraft sofort entlassen und frische Kräfte einstellen.

Taylor stellte den Grundsatz auf: Nie sollte man das von einem geschickten Handwerker tun lassen, was ein gewöhnlicher Arbeiter bei einiger Übung erlernen kann. Der Arbeiter wurde unter der wissenschaftlichen Betriebsführung ein minderwertiger Diener der Maschine.

Im Taylorsystem steckt neben Falschem auch viel Nützliches. Der Gedanke, durch beste Personenauswahl, durch Feststellung der Eignung der einzelnen Menschen für ihre Arbeit, Höchstleistungen zu erzielen, ist gut. Aber auch alle Leerlaufarbeit, die durch unnötiges Warten, Suchen, Fragen und Bummeln entstehen würde, soll durch straffe, zwangsläufige Regelung vermieden werden. Im Taylorsystem ist das Arbeitsbureau gleichsam das Gehirn des ganzen Betriebes, das alle Arbeiten durchdenkt, ausprobiert und vereinfacht. Oberstes Ziel Taylors ist Ergiebigkeitssteigerung durch planmäßige Verbesserung der Betriebsarbeit auf Grund systematischer Beobachtungen und Untersuchungen, also Planwerk in höchster Vollkommenheit. Während Taylor sein Hauptwerk (Shop management) erst 1903 veröffentlichte, hatte die deutsche Firma Ludwig Löwe schon 1898 ihre Betriebe nach ähnlichen Richtlinien neu organisiert.

In den Vereinigten Staaten waren vor dem Krieg in der Zuckerindustrie 85%, in der Baumwollindustrie 69% und in den Kohlenbergwerken 62% eingewanderte Arbeiter; zwischen diesen und den Arbeitern amerikanischer Herkunft ist eine Kluft; es besteht keine geschlossene Front der Arbeiter.

In seinem Buch "Taylorsystem für Deutschland" (Verlag von R. Oldenbourg, München 1922) sagt Dr. Fritz Söllheim: Die zentrale Frage der Betriebsorganisation darf nicht sein: wie ist, abgesehen

von den gesellschaftlichen Faktoren, den sozialen, politischen und bodenständigen Bindungen, die Betriebsarbeit wirtschaftlich zu gestalten, sondern: wie läßt sich im Rahmen der sich stets weiter entwickelnden, natürlichen, technischen und sozialen Produktionsbedingungen eine Steigerung der Produktionskraft ohne Schädigung der Volksgesundheit und der bürgerlich-geistigen und sittlichen Entwicklung der Nation erreichen? Das Schädliche ist nicht, ob er die Leistung erreichen will oder nicht, sondern daß er dazu gezwungen wird. Nicht auf Produktionsvermehrung allein kommt es an, sondern auf die lebendige Stärkung der Volkskraft. Sicher ist das Taylorsystem in Deutschland gegen den Willen der Arbeiterschaft nicht durchführbar. Söllheim sagt mit Recht: Für uns ist der Taylorismus keine reine Frage der Betriebsorganisation, sondern ein kulturelles Problem. Zu der Arbeits- oder Unterweisungskarte für den Arbeiter, die im Taylorsystem die wichtigste Rolle spielt, sagt Söllheim: Viele Betriebe werden kein Interesse daran haben, die Arbeitskarte einzuführen. Sie wissen nur zu gut, daß diese für sie eine ungesunde, teure und gefährliche Überbureaukratisierung bedeutet, unter der die Zusammenarbeit, Leistungsfähigkeit und Berufsfreudigkeit der Betriebsangehörigen leidet.

Im Juni 1921 wurde in Deutschland das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk gegründet, womit eine Zentralstelle für alle Bestrebungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit geschaffen worden ist. Sicher ist, daß die Taylorbewegung das allgemeine Interesse für betriebswissenschaftliche Fragen geweckt hat; aber gerade in der abendländischen Kultur ist ein tiefes Sehnen nach mehr Berufsbefriedigung, nach Berufsfreude, Berufsstolz und Berufsglück erwacht. Durch Organisation und wissenschaftliche Fundierung allein, sagt Söllheim, kann unser Wirtschaftsleben und unsere Kultur nicht zur alten Höhe emporblühen, wir brauchen eine kulturwissenschaftlich orientierte Betriebswissenschaft. An ihrer Verankerung ist aber der Taylorismus gescheitert.

Der Industriearbeiter und der Achtstundentag

Jedes Volk benötigt so viel Güter, daß es seinen Bedarf decken kann. Je mehr Güter es hat, desto wohlhabender ist es. In welcher Zeit nun diese Güter hervorgebracht werden, hängt von dem Stand der Technik, der Beschaffenheit der Produktionsmittel, der Intensität der Arbeit, den klimatischen Verhältnissen, der Dichte der Bevölkerung, den Verkehrsmitteln usw., ab.

Daß in Deutschland ein großer Mangel an Gütern herrscht, zeigt die Not, der Verfall seiner kulturellen Einrichtungen, das ständige Steigen der Preise. Es müssen also schnellstens mehr Güter, vor allem lebenswichtige, hervorgebracht werden.

Die Produktionsverhältnisse sind in den einzelnen Produktionsgebieten sehr verschieden, verschieden ist die Leistung der technischen Hilfsmittel, der Organisationen, vor allem aber der Menschen selbst, sowohl im Können als im Wollen.

Wir wissen, daß verschiedene Industrien, die technisch auf hoher Stufe stehen, die auf intensive Arbeit eingestellt sind, ohne äußeren Zwang zum Achtstundentag bereits lange vor dem Krieg übergegangen sind, weil für sie bei der geforderten Intensität der Arbeit das Optimum, das günstigste Verhältnis von Kosten und Leistung, im Achtstundentag lag. Und zweifellos stellt die bekannte Drittelung: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Muße, 8 Stunden Schlaf, ein Verhältnis her, das nur von günstigsten Wirkungen sein kann.

Gehen wir davon aus, daß Arbeit nationaler Dienst sein soll, Dienst für die Gesamtheit, dann hat jeder seinen Pflichtanteil zu leisten, und zwar nicht nach der Arbeitszeit, sondern nach dem Arbeitsaufwand; denn ein Unterschied zwischen schwerer körperlicher und geistiger Arbeit und leichter, wenig ermüdender Arbeit muß gemacht werden. Leider wird er heute nicht genügend gemacht.

Daß es nicht möglich ist, die Arbeitszeit an sich zu fixieren ohne Rücksicht auf den Bedarf und den Absatz, zeigt uns doch deutlich die erzwungene Arbeitszeitverkürzung (Kurzarbeit) bei Absatzstockung. Wenn eine Wirtschaft auf der Höhe ist und es sich darum handelt, das Niveau weiter zu erhalten, dann wird die Festlegung einer bestimmten Arbeitsdauer ohne weiteres möglich und erträglich sein. Muß aber eine Wirtschaft erst wieder in die Höhe gebracht werden aus Mangel an Gütern, dann ist eine mechanische Festlegung der Arbeitszeit, die sich nicht den Absatzmöglichkeiten leicht anpaßt, in ihren Wirkungen höchst schädlich!

Auf die Dauer kann und wird ein Volk eines Prinzips wegen nicht hungern und verelenden. Der eigentliche Kern des Problems liegt ja aber noch wo anders.

Er liegt in der Furcht, daß der Ertrag dieser Mehrarbeit nur einer kleinen Schicht des Volkes zugute kommt, liegt in der Undurchsichtigkeit unserer Wirtschaft, in der fehlenden Gewähr dafür, daß die Mehrerzeugung auch auf den Markt kommt und dort preisdrückend wirken wird. Es zeigt sich deutlich, daß hier Einrichtungen notwendig sind, die auch den Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, den Gang der Produktion und der Marktversorgung genau zu verfolgen, um erkennen zu können, bis zu welchem Grade Verlängerung der Arbeitszeit notwendig ist. Die Berufenen hierzu sind die Gewerkschaften, die mit den Unternehmerfachverbänden zusammen wirken sollten an der Beobachtung der Marktlagen, und denen dort natürlich alle Einblicksmöglichkeiten gewährt werden müßten.

Wir sind so arm, daß wir jedes Geschäft, das wir machen können, zu erlangen suchen müssen, und dazu gehört vor allem Einhaltung äußerster kurzer Lieferfristen. Wer soll uns helfen, wenn wir uns selbst nicht helfen wollen, wenigstens den lebensnotwendigen Bedarf des Volkes zu schaffen!

Aber nicht von der Arbeitskraft allein darf das Opfer gefordert werden, es muß auch von Unternehmerseite alles getan werden, um die Betriebe so rationell als möglich zu machen. So kommt es dann darauf an, daß zwischen den Unternehmerfachverbänden und den Gewerkschaften mit ihren Betriebsräten Verständigungen erzielt werden müssen über eine Gemeinschaftsarbeit, die höchste Leistung ermöglichen soll, aus denen die Arbeiter selbst und die Volksgemeinschaft Nutzen ziehen können.

Ein Teil der Arbeiterschaft kennt die Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen Existenz leider noch viel zu wenig. Solange dem Fabrikanten die Aufträge ins Haus gebracht werden, solange er die Preise bestimmt, er die Lieferzeit festsetzt, geht es gut bei achtstündiger oder sechsstündiger Arbeitszeit. Aber wenn der Spieß sich dreht, der Fabrikant selbst oder seine Vertreter um den Absatz kämpfen und alle Konzessionen machen müssen, nur um Beschäftigung zu bekommen, dann bestimmen die Abnehmer die Bedingungen, und dann heißt es meistens, wer am schnellsten liefert, erhält den Auftrag. Dann steht der Verkäufer bei dem festgelegten Achtstundentag mit "gefesselten Händen" da. Ich habe jahrelang diese Kämpfe im Ausland geführt und spreche hier aus eigener Erfahrung.

Wir sind kein freies Volk mehr, wir sind gefesselt durch den Vertrag von Versailles und allen unseren Konkurrenten gegenüber in der allerungünstigsten Lage, wenngleich diese durch den unnatürlichen Stand unserer Währung zur Zeit nicht deutlich ist und wir auf Kosten unserer volkswirtschaftlichen Substanz, mit Hilfe der eigenen fortgesetzten Verarmung exportieren.

Kein Streit besteht darüber, daß der Achtstundentag unsere Forderung ist und bleiben soll. Aber wenn wir leben wollen, dann müssen wir denen, die uns Arbeit beschaffen sollen, das auch möglich machen durch Qualitätslieferung, pünktlichste und schnellste Lieferung und konkurrenzfähige Preise. Der Verkäufer, der den Auftrag abschließt, muß dann mit Sicherheit wissen, daß daheim auch alle Kräfte angesetzt werden können, um die eingegangenen Verpflichtungen zu halten. Wir brauchen Verständnis für das, was notwendig ist, damit wir wenigstens leben können: Verständigungsmöglichkeit muß in jedem Fall zwischen Gewerkschaft und Unternehmer ohne bureaukratische Hemmungen geboten sein, dann werden wir wenigstens das dem Volke fehlende Brot beschaffen können. Entscheidend wichtig ist auch die Lösung des Wohnungsproblems, da sehr viele Arbeitnehmer stundenweit vom Arbeitsplatz entfernt wohnen, und dadurch nutzlos Zeit und Kraft opfern müssen.

Die Industriearbeiter und die Genossenschaft

Der Genossenschaftsgedanke ist uralt und verbunden mit der Familie als Arbeits-, Erwerbs- und Konsumgenossenschaft. Die Genossenschaft als Markgenossenschaft ist urdeutsch. Die Zünfte des Mittelalters waren Genossenschaften besonderer Art. Das heutige gewerbliche Genossenschaftswesen in Deutschland verdankt seine Entstehung dem Patrimonialrichter Schultze in Delitzsch, der 1849 eine Tischler- und eine Schuhmachergenossenschaft gründete mit solidarischer Haftung gegenüber den Gläubigern. Jedes Mitglied kontrolliert den Nachbarn. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen verdankt seine Entstehung dem Bürgermeister Raiffeisen, der 1849 in Flammersfeld im Westerwald einen Hilfsverein unbemittelter Landwirte gegen den Viehwucher gründete. Die Forderungen Ferdinand Lassalles, der mit Staatshilfe die fabrikmäßige Großindustrie genossenschaftlich betreiben wollte, sind allgemein bekannt. Die Rochdaler Pioniere sind bekanntlich die Begründer des ersten englischen Konsumvereins 1844. In Deutschland haben die 97 Konsumvereine, die infolge ihrer sozialistischen Tendenz 1902 auf dem 43. Genossenschaftstag ausgeschlossen wurden, 1903 in Hamburg den Zentralverband Deutscher Konsumvereine gebildet. Solange das Genossenschaftsgesetz fehlte, das 1867 nach dem Entwurf von Schultze-Delitzsch zustande kam, war die Rechtslage der jungen Genossenschaften sehr schwierig. Da Solidarhaftung bestand, suchten sich die Gläubiger die wohlhabendsten Genossen heraus, die dann für die Schulden der anderen aufkommen mußten. Mit dem Gesetz erhielten aber die Vereine die juristische Persönlichkeit, d. h. die Genossenschaften selbst konnten klagen und verklagt werden. Der Genossenschaftsgedanke hat auch auf dem Gebiet der Produktion Boden gefaßt. Im engeren Sinn hört in der Produktivgenossenschaft der Einzelbetrieb auf und geht in den genossenschaftlichen Betrieb über. Der größte Teil der Produktivgenossenschaften greift jedoch nur irgendeinen Teil der Einzelwirtschaft heraus, um ihn genossenschaftlich vorteilhafter zu behandeln, z. B. die Milch in 82

der Molkereigenossenschaft. Es handelt sich also um Zusammenschlüsse der Produzenten, die von ihrer Selbständigkeit praktisch nichts aufgeben. Im Gegensatz zu ihnen hört bei der Vollproduktionsgenossenschaft als der höchsten Stufe Einzelwirtschaft überhaupt auf.

Die Entwicklung dieser Genossenschaft ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, überaus schwierig und höchst charakteristisch. Wenn es einer Genossenschaft glückt, durch Fleiß, Intelligenz und Disziplin voranzukommen, so schließt sie sich bald gegen den Eintritt neuer Genossen ab, um die Früchte ihrer Arbeit auch allein zu ernten, und stellt Lohnarbeiter an Stelle neuer Genossen ein, während die alten sich langsam von der Arbeit zurückziehen und nur die Renten aus ihren Anteilen beziehen. Damit ist dann aus der Genossenschaft ein kapitalistisches Unternehmen geworden. Die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg hat eine Reihe von reinen Produktivgenossenschaften, die von Arbeitern gegründet waren und in Schwierigkeiten kamen, aufgenommen, um sie als Eigenbetriebe fortzuführen, woraus für sie wieder der Nachteil sich ergab, eine Reihe von kleinen, in verschiedensten Orten gelegenen Produktionsstätten verwalten und überwachen zu müssen.

Am 1. Januar 1912 wurden in Deutschland nur 178 echte gewerbliche Produktivgenossenschaften gezählt. Bei den Produktivgenossenschaften unterscheidet man solche, die in der Leitung von außen unabhängig sind, und solche, die abhängig sind. Als Beispiele für solche gelten die Handwebergenossenschaft Linderode und die Vereinsbuchdruckerei zu Hannover unter dem Einfluß des Deutschen Buchdruckerverbandes. Bei der St. Paulus-Innung für Weberei in Lübbecke präsidiert zur Wahrung der notwendigen Einheit in allen Abteilungen ein Ehrenmitglied. Geborenes Ehrenmitglied ist der derzeitige katholische Pfarrer. Das Präsidium ernennt aus der Zahl der Ehrenmitglieder den Wohlfahrtsrat, der die Arbeiter anstellt und die Lohnsätze feststellt. Das Ältestenkollegium hat die allgemeine Aufgabe, den Geist der Zusammengehörigkeit, der Ordnung und der guten Sitte zu pflegen, die Idee eines großen Familienkreises in der Genossenschaft verwirklichen zu helfen. Durch Lieferungen an die Klöster ist der Absatz gesichert. Hiermit vergleiche man die später dargestellte Organisation der sozialen Baubetriebe.

Die Genossenschaft ist der ureigentliche Boden für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie. Beachtet man die außerordentlich geringen Erfolge der selbständigen Produktivgenossenschaften, so müßte man wohl den Schluß daraus ziehen, daß die wirtschaftliche Demokratie nicht das zu leisten vermag, was wirtschaftliche Autokratie nachweislich hat leisten können. Denken wir nur an die Familie als Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft, so erkennen wir schon deutlich, wie schwer es schon in diesem kleinen Kreise ist, der Persönlichkeit jedes einzelnen Gliedes so weit Rechnung zu tragen, daß sie sich als selbständiger Mensch dauernd in diesem Kreise wohl fühlt. In den Konsumvereinen und Kreditgenossenschaften sind die Mitglieder nicht mit ihrer Arbeitskraft in Anspruch genommen, ihre Interessen laufen durchaus parallel, die persönliche Eigenart des einzelnen Mitgliedes als Käufer hat geringe Bedeutung für das Ganze. In der Produktivgenossenschaft seilen sich aber gewissermaßen alle Genossen an einem Seil zusammen an mit ihrer wirtschaftlichen Existenz auf Gedeihen und Verderben. Sie wollen die Früchte ihrer Arbeit ernten und sich nicht durch abnehmende Leistungen einzelner Genossen um den Ertrag bringen lassen. Hier liegt die Quelle der inneren Kämpfe, an denen fast alle Produktivgenossenschaften bisher zugrunde gingen. Die Produktivgenossenschaft erfordert ein sehr hohes Maß von Opferwilligkeit, Selbstlosigkeit, Einsicht, Klugheit, sie erfordert idealste brüderliche Liebe, wenn die Genossenschaft als Demokratie, nicht aber als Diktatur bestehen will.

Entscheidend wichtig ist das Führerproblem in der Genossenschaft. Wer ist zur Leitung berufen? Die Tüchtigsten! Wer aber vermag über die Tüchtigkeit richtig zu urteilen, zumal fachliche Tüchtigkeit, Führereigenschaft und Charakterstärke verlangt werden? Die Zahl derjenigen, die sich selbst für tüchtig halten, ist schon groß. Die Herausstellung der Tüchtigkeit ins leuchtende Licht ist aber auch eine gewisse Kunst; man muß die Regie kennen, gute Freunde haben, die Vorschläge machen und die Werbetrommel für ihren Kandidaten rühren, die aber dafür auch belohnt sein wollen.

Diejenigen aber in der Genossenschaft, die zur Führung geeignet wären, sind meistens Rivalen, mißgönnen einander den Erfolg und

suchen ihn nicht selten zum Schaden der Genossenschaft zu mindern. Am günstigsten liegen die Verhältnisse immer dort, wo in der Genossenschaft ein überragend tüchtiger Mann vorhanden ist. Dann wird aber aus der Demokratie praktisch sehr bald die Diktatur des Führers, dem kaum jemand zu widersprechen wagt aus Furcht, er könnte sein Amt niederlegen und den Bestand der Genossenschaft in Gefahr bringen. Andererseits sind viele Genossenschaften zugrunde gegangen, weil sie ihre Leiter zu wenig kontrolliert haben, viele deswegen, weil die Vorstände durch die Quertreibereien der Mitglieder die Freude an der Arbeit verloren haben und sich wieder selbständig machten.

Wenn die Arbeiter also Genossenschaften gründen wollen, dann mögen sie vor allem erst fragen, ob sie auch den rechten Mann haben, der die Genossenschaft in jeder Weise richtig zu leiten vermag. Dann weiter sollte man bei der Auswahl der Genossen viel vorsichtiger sein, als es meistens geschieht, indem man jeden, der sich meldet, erfreut über den Zuwachs, aufnimmt. Ein Unternehmer nimmt auch nicht jeden Mitarbeiter, sondern sucht sie sich sehr sorgfältig aus, weil von dieser Auswahl sein geschäftlicher Erfolg entscheidend abhängt. Zu politischen Organisationen lassen sich die Menschen leicht zusammenbringen, aber bei genossenschaftlichen wirtschaftlichen Unternehmungen ist immer die Frage zu beantworten, wer das Lehrgeld für die, die ihrer Aufgabe noch nicht gewachsen sind, bezahlen soll. An den genossenschaftlichen Gedanken werden große Hoffnungen geknüpft, und zweifellos dürfen wir noch recht viel von ihm erwarten.

Bestand der deutschen Genossenschaften.

1860	375	1905	24 652	1917	38 105
1870	1875	1910	30 555	1918	40 025
1880	3250	1913	35 026	1919	40 685
1890	7608	1914	36 032	1920	44 351
1895	13 005	1915	36 398	1921	47 662
1900	19 556	1916	37 289	1922	49 141

Die Industriearbeiter und die sozialen Baubetriebe

Einen neuen und durchaus eigenartigen Weg zur Sozialisierung haben die zum Baugewerbe gehörenden Gewerkschaften beschritten, indem sie nach einem großzügigen Plan ein soziales Bauwirtschaftssystem zu errichten begonnen haben. Der Aufbau ist bereits so weit vorgeschritten, daß Wesentliches gesagt werden kann, wenngleich sich ein vollgültiges Urteil erst dann fällen läßt, wenn die Kinderkrankheiten überwunden sein werden. Es soll das Gewerbe von jeglicher Fiskalisierung und Kommunalisierung freigehalten werden. indem wirtschaftlich selbständige Unternehmungen gebildet werden, die durch zwei Momente sozialisiert sind. Erstens dadurch, daß ihr Kapital nicht von Privatpersonen aufgebracht wird und die Verwendung der Überschüsse gemeinwirtschaftlicher Bindung unterliegt, und zweitens dadurch, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer gegenüber den privatkapitalistischen Betrieben erweitert ist. Die einzelnen Bauhütten werden zu Bezirksverbänden zusammengefaßt, für die höhere und größere wirtschaftliche Aufgaben gestellt sind, und diese Bezirksverbände haben einen Spitzenverband für das Reich, den Verband sozialer Baubetriebe in Berlin, an dessen Spitze der Organisator der sozialen Bauhüttenbewegung steht, der ehemalige Stadtbaurat Dr.-Ing. Martin Wagner. Der Verband arbeitet bereits mit einem Kapital von 100 Millionen Mark und beschäftigt in seinen Hütten 20 000 Bauarbeiter und Angestellte.

Da die Produktivgenossenschaft ein viel zu empfindlicher Organismus ist, werden die sozialen Baubetriebe in Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrieben. Es können die beschäftigten Arbeiter und Angestellten keine Anteile erwerben. Nur bei den übergeordneten Bezirksverbänden ist eine geldliche Beteiligung der bei den Bauhütten Beschäftigten zugelassen. Bemerkenswert ist noch das Streben, Großbetriebe zu vermeiden. Wo größere Aufgaben zu erfüllen sind, da übernimmt der Bezirksverband dieselben und verteilt sie auf die Bauhütten. Ferner wird die Konkurrenz in veredelter Gestalt, als Wetteifer, auch unter den Bauhütten erhalten, um sie zu höchsten Leistungen anzuspornen.

Die Industriearbeiter und die sozialen Baubetriebe

Der schwierigste Punkt ist die Gewinnung der geeigneten Geschäftsführer, an die in solchen demokratisierten Betrieben besondere Ansprüche gestellt werden. Die Gehälter der Geschäftsführer werden von den Kapitalgebern, den Gewerkschaften, gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die sich beteiligt haben, hergegeben.

Die Organe der Bauhütten sind gegenüber den gesetzlichen der G. m. b. H. um eins vermehrt, das den Namen Betriebsvorstand führt und über folgende Punkte zu beschließen hat:

- 1. Einstellung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter.
- 2. Festsetzung der Gehälter und Löhne, mit Ausnahme der Gehälter der Geschäftsführer und Prokuristen.
- 3. Festsetzung von Betriebsordnungen.
- 4. Bestätigung von Vertrags-, Geschäfts- und Kreditabschlüssen, soweit sie einen in den Geschäftsgrundsätzen festzusetzenden Mindestbetrag überschreiten.
- 5. Wahrnehmung der sonstigen, ihm von der Gesellschafterversammlung übertragenen Befugnisse.

Der Betriebsvorstand besteht aus:

- 1. Den Geschäftsführern,
- 2. einem Vertreter der Angestellten, gewählt von den in dem Betriebe tätigen kaufmännischen und technischen Angestellten,
- 3. einem auf Wochenlohn angestellten Arbeiter, gewählt von der auf Wochenlohn angestellten Arbeiterschaft,
- 4. zwei beamteten Vertretern der Gewerkschaften.

Der Betriebsvorstand wird alljährlich mit Beginn eines neuen Geschäftsjahres neu gebildet. Den Vorsitz im Betriebsvorstand führt einer der Geschäftsführer. Der Betriebsvorstand tritt auf Einladung der Geschäftsführer zusammen, so oft es die Geschäftslage erfordert. Er ist einzuberufen, wenn mindestens die Hälfte der Betriebsvorstandsmitglieder es verlangt.

Die Bezirksverbände haben hauptsächlich die Materialbeschaffung für die Bauhütten des Bezirks zu übernehmen, auch erste technische Kräfte anzustellen, die als Gutachter und Berater bei größeren Aufgaben den Bauhütten an die Hand gehen, die Geschäftsführung

der Bauhütten als Revisionsverband zu überwachen und danach zu streben, die Herstellung der Baustoffe oder ihre Beschaffung zu sozialisieren. So haben denn auch diese Bezirksverbände bereits Sägewerke erworben und Steinfabriken in Betrieb genommen.

Von der Kapitalgesellschaft privatwirtschaftlichen Charakters unterscheidet sich die soziale Bauhütte dadurch, daß die Gewinnquote auf 5 Prozent statutenmäßig beschränkt ist, und daß die Arbeiter und Angestellten durch Vertreter im Betriebsvorstand und Aufsichtsrat auf die Geschäftsführung einen gewissen Einfluß ausüben können. Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Bauunternehmern hängt entscheidend von dem Leistungsgrad der Arbeiter ab. Daher entscheiden in den sozialen Baubetrieben die Arbeiter mit, ob ein Auftrag angenommen wird, da sie dafür zu bürgen haben, daß die in die Kalkulation eingesetzte Leistung auch bei Annahme des Auftrags tatsächlich hervorgebracht wird.

Nachdem die Produktivgenossenschaft sich als geeignete Produktionsform nicht erwiesen hat, wird sich in der Praxis zeigen müssen, ob die hier gewählte Form auf die Dauer einen Fortschritt bedeuten wird. Jedenfalls sind die sozialen Bauhütten als gemeinnützige Wettbewerber gegenüber den Bauunternehmern von außerordentlicher Bedeutung, um den Ringbildungen derselben zum Hochhalten der Preise entgegenzutreten.

Es darf auch erwartet werden, daß unter dem Druck der Bauhütten die Unternehmer ihre Betriebe entsprechend einstellen werden, indem sie die Mitwirkung der Arbeitnehmer erweitern. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft, aber auch die Allgemeinheit allen Anlaß, die Entwicklung der Bauhütten zu verfolgen und zu fördern, und es ist in der Tat zu bedauern, daß gegen diese Gründungen der Arbeitnehmerschaft oft mit Mitteln gearbeitet wird, die als nicht würdig gelten müssen. Im ehrlichen Wettbewerb wollen und sollen die sich gegenüberstehenden Betriebsformen, privatkapitalistischer und sozialer Betrieb, zeigen, welcher von ihnen den Interessen der Allgemeinheit am besten zu dienen vermag.

Arbeiterbanken

In den Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren die Gewerkschaftsbanken die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Die Bruderschaft der Lokomotivführer hat im Anschluß an die große Empire Trust Company in New York City eine Bank gegründet und für eine zweite das Stammkapital gesammelt, ebenso der Central Trades and Labour Council. In Cleveland eröffneten die Lokomotivführer 1920 ihre erste Bank, die jetzt mit 15¹/₂ Mill. Dollar Kapital arbeitet. Sie kaufte in Cleveland eine zweite Bank und eröffnete in Gemeinschaft mit anderen Eisenbahnern eine ganze Reihe von anderen Banken. Die Vereinigten Bekleidungsarbeiter haben in Chikago eine große Genossenschaftsbank errichtet. 68 Anträge liegen zur Zeit bei der Gewerkschaft der Lokomotivführer vor, um Gewährung von Unterstützung und Rat bei der Einrichtung von Gewerkschaftsbanken.

Während die anderen Banken die ersten 6 Monate keine Zinsen zahlen, geben die Gewerkschaftsbanken sofort Zinsen. Zu den Depositenzinsen zahlen sie ferner einen Dividendenanteil, wodurch sie sich die Feindschaft der anderen Banken zugezogen haben. Ihre Gelder geben diese Banken den Genossenschaften, beleihen Getreide und den landwirtschaftlichen Kredit.

Allerdings können diese Arbeiterbanken durch Streiks sehr stark in Mitleidenschaft gezogen und in Gefahr gebracht werden, weshalb die Leiter der Arbeiterbanken den Streiks gegenüber eine stark konservative Haltung einnehmen. Infolge der Beteiligung an der Empire Trust Company sitzen die Leiter der Arbeiterbanken neben den großen Finanzmagnaten, wie Charles Schwab, im Aufsichtsrat der Trustgesellschaft.

In Deutschland hat die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg eine Bankabteilung als Spitze der Spargeldannahmestellen der Konsumvereine. Die christlichen Gewerkschaften haben die Deutsche Volksbank A.-G. in Berlin gegründet, die nach Essen verlegt worden ist. Der Spitzenverband der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, ist mit der Gründung einer Gewerkschaftsbank beschäftigt.

Arbeitnehmerkammern

Zur Abgabe von Gutachten bestanden bisher nur die Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern. Seitdem die neue Reichsverfassung auch der Arbeiterschaft die Mitwirkung an der Gestaltung des Wirtschaftslebens verbürgt, der Reichswirtschaftsrat geschaffen wurde, sind in einigen Freistaaten besondere Arbeitnehmerkammern errichtet worden.

Die Führung hat Bremen übernommen, das zwei getrennte Kammern, eine Arbeiter- und eine Angestelltenkammer, errichtet hat, durch das Gesetz vom 17. Juli 1921. Neben der Handelskammer besteht dort noch eine besondere Kleinhandelskammer. Die bremische Arbeiterkammer besteht aus 30 Mitgliedern, von denen 20 tätige Arbeiter sein müssen, während 10 Vertreter von Berufsorganisationen sein können. Die Kosten werden vom Staat getragen, Verdienstausfall der Arbeiter durch Teilnahme an den Sitzungen wird entschädigt. Die Aufgaben der Arbeiter- und Angestelltenkammern sind unter Ausschaltung aller politischen Angelegenheiten begrenzt auf die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiterschaft. Der überstimmten Minderheit steht das Recht zu, neben dem Mehrheitsgutachten ein Minderheitsgutachten abzugeben.

Sowohl in Sachsen als in Oldenburg sind den Landtagen Gesetzentwürfe über Errichtung von Arbeitnehmerkammern vorgelegt worden. Da aber in Deutschland von Rechts wegen Bezirkswirtschaftsräte errichtet werden müssen, so besteht die Schwierigkeit, daß die Landesarbeitskammern mit den Bezirkswirtschaftsräten kollidieren.

Wer erforscht die soziale Wirtschaftsverfassung?

In Deutschland mit seiner politisch und gewerkschaftlich stark interessierten Arbeiterschaft und seinem erheblichen Bestand an Intellektuellen und Gelehrten wird geistig stark gearbeitet, um Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Konflikte zu finden. Bis zum Zusammenbruch von 9. November 1918 hatte sich die

leitende sozialistische Idee, die offensichtlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden zu beseitigen durch die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, als eine stark werbende Kraft erwiesen, vor allem deshalb, weil der Gedanke einfach und klar war. Jedermann konnte sofort verstehen, worum es ging, mochte der einzelne die Forderung als zweckmäßig oder unzweckmäßig, als gerecht oder ungerecht, als durchführbar oder utopisch beurteilen.

Seit jener Zeit ist ein starker Wandel eingetreten. Die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands errang die politische Macht. Damit fiel ihr die Aufgabe zu, mit der praktischen Durchführung ihrer Forderungen zu beginnen. Das, was die kapitalistische Wirtschaft an Mitteln und Formen hervorgebracht hatte, sollte jetzt in eine soziale Wirtschaftsverfassung gebracht werden. An dieser Aufgabe sind bislang die Sozialisten gescheitert, weil sie sich geistig darauf nicht vorbereitet hatten, bzw. ihnen die Kräfte für diese geistige Arbeit fehlten. In dem Augenblick, wo Taten erwartet wurden, fehlten die Fähigkeiten zu diesen Taten.

Die Vorgänge in Rußland haben andererseits gezeigt, wie schnell selbst eine zu 90% agrarische Wirtschaft zerrüttet werden kann, wenn sie vergewaltigt wird. Es ist nun sehr interessant zu verfolgen, wie man sich bemüht hat und unausgesetzt weiter bemüht, Lösungen für die große Aufgabe zu finden. Die sozialistische Regierung setzte die Sozialisierungskommission ein, deren eingehende Berichte sehr zahlreiche dickleibige Bände füllen. Im Vordergrund stand die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Während der Vorschlag der Kommission ein System vorschlug, bei dem die Verwaltung durch mehrere übereinander geschachtelte Dienststellen, Körperschaften, Direktionen ausgeübt werden sollte, kam der Großkapitalist Hugo Stinnes und erklärte, es sei gescheiter, wenn sich alle Verbraucher zu Gruppen zusammenschlössen, die sich direkt die Kohlengruben sichern, die sie brauchen, und die sie finanzieren, um sie auszubauen. Dann würden die Verbrauchergruppen Selbstversorger aus ihren eigenen Werken, und die bureaukratischen Organisationen erübrigten sich. Seit diesem Gegenvorschlag ist es still geworden.

Unter dem sozialistischen Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell erschien die Denkschrift über die "Planwirtschaft". Er erkannte richtig und mit ihm sein Staatssekretär W. v. Moellendorff, daß die sich anbahnende Planwirtschaft des Kapitals, das Kartelle, Syndikate, Truste, zahlreiche Fachverbände schuf, von der Regierung aus fortentwickelt, vollendet werden müsse, um aus ihr eine Gemeinwirtschaft zu machen, die vorerst auf privatwirtschaftlicher Grundlage weitergeführt werden soll. An allen Wirtschaftstellen sollten die Arbeitnehmer und Verbraucher paritätisch vertreten sein. Wissell wurde von der eigenen Partei gestürzt, weil seine Vorschläge als nicht sozialistisch galten.

Besondere Aufmerksamkeit erregten dann die Vorschläge des ehemaligen Thyssenschen Werkdirektors Alfons Horten, der ein Buch über Sozialisierung veröffentlichte. Seine Forderungen gehen dahin, daß das Reich nur 15% der Schlüsselindustrien, Kohle, Eisen, Stahl, Zement usw., und zwar die besten Privatbetriebe, in öffentliche Hand bringen solle. Dann sei das Reich in der Lage, die Preisbildung in den eigenen Betrieben nachzuprüfen und den privaten Monopolbetrieben Konkurrenz zu machen, d. h. die Marktpreise herabzudrücken.

Gegen diesen Vorschlag ist hauptsächlich eingewandt worden, daß keine Gewähr geboten sei, ob das Reich in diesen 15% der Betriebe wesentlich billiger arbeiten werde. Die bisherigen Erfahrungen in den Staats- und Kommunalbetrieben, auch denen in Gesellschaftsform, sprächen nicht dafür, die Arbeitsleistungen sänken, die Disziplin leide, der Geist verbureaukratisiere, wenn nicht mehr privatwirtschaftlich gewirtschaftet werde.

Lebhaftes Interesse erwecken alle die Vorschläge, die dem privatkapitalistischen Betrieb eine soziale Verfassung geben wollen durch Gewährung von Gesellschaftsanteilen an die Beschäftigten. Diese Pläne werden von den nicht sozialistischen Gewerkschaften diskutiert in den verschiedensten Formen. Die christlichen Gewerkschaften beschäftigen sich mit dem Gedanken der Stiftung, d. h. der Umwandlung der privatkapitalistischen Unternehmung in eine sozialwirtschaftliche. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften propagieren den Gedanken der "Arbeitsgesellschaft", die die Arbeitnehmerschaft und den Unternehmer in einer Gesellschaftsform untereinander verbindet.

Andere Vorschläge gehen dahin, daß die Arbeiterschaft durch Ankauf von Aktien und Anteilen direkt oder indirekt in den Besitz von Unternehmungen oder zu starker Beteiligung daran gelangen soll. So hat der bayrische Abgeordnete Auer vorgeschlagen, eine große Sparbank zu gründen, der alle Arbeitnehmer ihre Spargelder geben sollten, und die sie in Aktien anlegen soll. Ein anderer Vorschlag Noell-Schlebusch geht dahin, daß allen Arbeitnehmern vom Unternehmer ein Prozentsatz vom Lohn und Gehalt abgezogen werden solle. Den gleichen Prozentsatz sollen die Unternehmer selbst hinzufügen und diese Summen an eine Vermögensbank abführen, die sie zum Erwerb von Aktien, bzw. Beteiligungen verwenden soll.

Einen ganz anderen Weg schlägt die aus der Schweiz stammende Staatserbrechtbewegung ein. Sie fordert, daß der Staat nach Ableben der jetzigen Besitzer von Unternehmungen und Grund und Boden Universalerbe wird und alle Betriebe verpachtet, die privatwirtschaftlich bei freier Konkurrenz weiterbetrieben werden sollen. Auf Erhebung von Steuern und Pachtzinsen verzichtet der Staat, weil er als Universalerbe seine eigenen Schulden bei seinen Bürgern wieder erbt. Dagegen übernimmt der Staat die soziale Fürsorge in dem Umfang, daß allen Nichtarbeitsfähigen erträgliche Lebensverhältnisse gesichert werden, ebenso freie Schule für alle. Weil der Staat, unabhängig von Steuerbewilligung, über alle Güter verfügen kann und jeden Kredit zu gewähren vermag, beherrscht er die Marktpreise völlig, da er die Produktion fördern oder drosseln kann. Die Arbeitslosigkeit kann beseitigt werden dadurch, daß der Staat jede Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen vermag durch Kreditgewährung an die Industrie und Landwirtschaft. Jeder Bürger muß aber bei der Reichsbank ein Bankkonto haben, das der Staat belasten und durch Gutschriften entlasten kann. Alle Privatkanken werden überflüssig.

Der Staat wirtschaftet im Staatserbrecht nicht selbst, sondern wie bisher durch private Ertragswirtschaft, beherrscht aber die Marktpreise, die heute Privatmonopole beherrschen. Die Macht des Kapitals, die heute stärker ist als die des Staates, geht auf den Staat selbst über, der über alle Güter verfügen kann. Damit aber gelangt das Volk zur Souveränität, zu einer Wirtschaft, die sich völlig auf die Bedürfnisbefriedigung im Interesse der arbeitenden Menschen einzustellen vermag.

In dem kapitalistischen Charakter unserer Wirtschaft liegt der Zwang zur Fortentwicklung. Sie steht unter dem Gebot zweier Möglichkeiten, dem Sieg der starken Betriebe über die schwächeren und deren Ausschaltung, oder der Verständigung gleich starker Unternehmungen. In dieser Richtung ändert sich die Struktur der Wirtschaft tatsächlich in Gestalt fortschreitender Konzentrationen in erstaunlich mannigfaltigen Formen. Eine vornehmlich kapitalistischen Interessen dienende Planwirtschaft bahnt sich an verschiedenen Stellen der Wirtschaft an.

Die Kluft zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen hat sich weiter vertieft, von der Arbeitslosigkeit sind die Arbeitnehmer sogar in verschärftem Grade bedroht und betroffen. Zweifellos ist der Einfluß der Arbeiter auf das politische Leben Deutschlands sehr bedeutend gestärkt worden, ein Arbeiter ist Reichspräsident, ein Arbeiter ist Präsident des Reichstags, ein Arbeiter ist Präsident des Reichswirtschaftsrates, Theodor Leipart der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das deutsche Betriebsrätegesetz ist ein sehr großer Schritt vorwärts auf dem Wege einer Demokratie in der Wirtschaft: in zahlreichen Wirtschaftsämtern haben die Arbeiter ihre Vertreter. Dennoch liegt die wirkliche Macht beim Großkapital, bei der Hochfinanz, die in enger Fühlung mit den Großbanken die Steuerhebel, mit denen die Wirtschaft geleitet wird, in Händen haben.

Die zu Anfang dieses Artikels aufgezählten Pläne, die eine soziale Wirtschaftsverfassung erstreben, zeigen deutlich, daß in der gegenwärtigen Zeit die Arbeitnehmerschaft keineswegs weiß, wie sie in dem ungeheuer komplizierten Wirtschaftsapparat des 64-Millionen-Volkes eingreifen soll. Auf Gewinnstreben eingestellt, arbeitet diese Wirtschaft mit Millionen selbsttätig anlaufenden und sich steuernden menschlichen Motoren. Die Aufgabe, vor der die Arbeiterschaft steht, ist aber riesengroß und erfordert sicher

Ausblick

95

sehr viel Geduld, kühle und nüchterne Überlegung, um zur klaren Erkenntnis zu kommen, was denn eigentlich von der sozialistischen Arbeiterschaft mit Aussicht auf praktischen Erfolg gefordert werden soll.

Vor dieser Frage stehen aber nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern die Arbeiter aller Länder, die eine soziale Wirtschaftsverfassung erstreben. Deshalb scheint mir eine Gemeinschaftsarbeit dringend nötig zu sein, eine Zentralstelle, die sich fördernd dieser Aufgabe zuwendet und die Wirtschaftspraktiker in weitestem Umfang an diesen Arbeiten beteiligt. Die im Tageskampf stehenden Gewerkschaften wie auch die politischen Arbeiterparteien haben bisher weder Zeit noch Kräfte gefunden, um sich dieser großen Aufgabe mit der erforderlichen Konzentration und Gründlichkeit zuwenden zu können.

Ausblick

Die Zukunft Deutschlands, liegt gegenwärtig völlig im dunkeln: es kämpft um sein Leben. Daher wissen wir auch nicht, wie die Lage und Machtstellung der deutschen Industriearbeiterschaft künftig sein, in welchem Umfange Deutschland Industriestaat bleiben wird. Gegenwärtig stehen 8 Millionen Industriearbeiter bei den freien Gewerkschaften, die auf politische Neutralität im eigenen Interesse Wert legen. Weitaus der größte Teil der Mitglieder bekennt sich zum Sozialismus, d. h. zum Marxismus, von dem der einzelne Arbeiter jedoch nicht viel mehr als einige Schlagwörter kennt, der aber für sehr viele ungeachtet dessen das Evangelium geworden ist, das die Erlösung der Arbeiterschaft aus den Lohnverhältnissen durch Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln bringen soll.

Die christlichen Gewerkschaften sind ebenfalls Gegner des Kapitalismus und wollen die Lohnarbeiter aus seinen seelen- und mitleidslosen Gewalten frei machen. Wie das aber geschehen soll, darüber können sie konkrete Angaben nicht machen. Sie fordern Solidarität, Berufsgemeinschaft, Umwandlung der Unternehmungen in Stiftungen, Einwirkung auf die Menschen, auf Arbeitgeber und

Arbeitnehmer im Sinne christlicher Ethik. Die Gemeinschaft soll die Quelle allen Glückes sein und bleiben, in der Form von Familie, Arbeitsgemeinschaft, Volk, Menschheit, damit die Menschen fest im Boden wurzeln und als Persönlichkeiten zur Entfaltung gelangen können.

Ebenso steht es mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, die auf dem Boden des Liberalismus stehen, politisch der Demokratischen Partei zugehören, als Arbeitnehmer aber doch antikapitalistisch eingestellt sind. Auch sie suchen einen Ausweg aus den Konflikten, in denen sie sind, suchen eine Form der Arbeitsgesellschaft, die die Arbeiter zu Mitbesitzern der Produktionsmittel machen soll. Sie unterscheiden sich von den christlichen Gewerkschaften durch das Fehlen religiöser, konfessioneller Bindungen.

Alle drei Gruppen befinden sich also in Wirklichkeit in der gleichen Lage: sie suchen alle ein Wirtschaftsprogramm, das sich verwirklichen läßt und das die soziale Lage des Arbeitnehmers verbessert. Die Anziehungskraft der freien Gewerkschaften liegt m. E. heute gar nicht mehr im Sozialismus, sondern in ihrer Stärke als Organisation. Sie sind die an Mitgliedern weitaus stärkste gewerkschaftliche Organisation, die daher auch bei Lohnverhandlungen und im Kampf für die soziale Gesetzgebung der bedeutendste Machtfaktor ist. Daß in diesem mächtigen Körper sich der politische Kampf austobt und ihn zu zersetzen droht, ist für die Arbeiterschaft sehr verhängnisvoll.

Die Sozialdemokratie will bewußt Klassenpartei sein und den Klassenkampf führen, will als proletarische Partei die Bourgeoisie vernichten. Dabei weiß sie aber heute tatsächlich nicht mehr, wo eigentlich das Proletariat aufhört und die Bourgeoisie anfängt, wodurch der Proletarier oder der Bourgeois eigentlich gekennzeichnet ist. Bedenkt man, daß das theoretische Gebäude des Marxismus völlig zusammengebrochen ist, dann bleibt die Frage, wie sich ungeachtet alles dessen die Sozialdemokratie in ihrer Machtstellung als Vertreterin der Interessen der großen Massen der Industriearbeiterschaft zu halten vermag. Die Antwort ist nicht schwer zu finden.

Die Massen brauchen eben eine Partei, die sie als Menschen schützt gegen das seelen- und herzlose Kapital, das den Menschen geringer

Ausblick

achtet als die sachlichen Produktionsmittel. Die Partei, die die stärkste Abwehr gegen den Kapitalismus und das Bodenmonopol zu leisten vermag, wird die gesuchteste sein. Dabei spielt ihr Programm eine untergeordnete Rolle. Die energische Abwehr gegen den Kapitalismus zum Schutz der allgemeinen Arbeitnehmerinteressen hat die Sozialdemokratie und haben die freien Gewerkschaften zu den machtvollen Organisationen der Gegenwart gemacht.

Diese Feststellung zeigt uns aber, daß auch bei uns der Boden für eine große Arbeiterpartei, wie sie in England besteht, eigentlich vorhanden ist, da in der entscheidend wichtigsten wirtschaftspolitischen Orientierung keine der drei Arbeitnehmergruppen einen konkreten Wirtschaftsplan besitzt, aber alle drei neue Formen suchen für eine soziale Wirtschaft, während die kapitalistische Wirtschaft der Gegenwart durch Konzentration an Macht gewinnt.

Die Menschen brauchen zu ihrer Entwicklung zwei Zentren: Gemeinschaft und Gesellschaft. Beide sind wesentlich verschieden, aber der Unterschied wird meistens nicht erkannt. Ich verweise hier auf eine Schrift von Prof. Dr. Karl Dunkmann "Volksgemeinschaft, Sozialpolitik und Geisteskultur", der in sehr anschaulicher Weise den Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft herausarbeitet¹).

Der Kampf um die Harmonie zwischen dem Gegensätzlichen ist das eigentliche Leben. Gegen dieses Grundgesetz verstößt der Marxismus. Der Sozialismus der Zukunft wird sich daher gründen müssen auf den Gegensatz von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von Führer und Masse, die der Gemeinschaftswille zur Harmonie, zu Arbeitsgemeinschaft verbinden wird. Auf dieser Erkenntnis baut sich die Planwirtschaft²) auf, wie sie Rudolf Wissell und ich seit Jahren fordern. Sie will den Sozialismus, der auf den Gegensätzen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gründet, aus lebendigen, organisch wachsenden Gemeinschaften erstehen lassen, die nicht nur technisch und wirtschaftlich rationell arbeiten, sondern bewußt den Menschen in den Mittelpunkt stellen, der in der Gemeinschaft,

1) Echo-Verlag, Duisburg 1922.

in der organisch geschlossenen Berufsgruppe, die Quellen seiner Kraft und seines Glückes finden kann.

Dieser Sozialismus der Gegensätze, getragen von sittlichen Kräften zum Gemeinschaftsleben, kann und soll der Sozialismus aller Arbeitnehmer werden, frei von Dogmen und Theorien, die die Menschen gegeneinander verfeinden. Sehen wir nicht innerhalb der sozialistischen Parteien den Streit um den "echten" Marx und die Verfeindungen von Arbeitsgenossen, die Brüder sein sollten? Und das gleiche gilt von der "echten" Kirche, dem alleinseligmachenden Glauben.

Die Idee, die wir so nötig brauchen wie das liebe tägliche Brot, sagt mit vollem Recht auch Dunkmann, ist die Idee der Gemeinschaft. Aber wenn er sagt, nur der Christ bekenne sich zu dem Grundsatz: "Ich will, daß nicht nur die Welt mich gerecht behandelt, ich will auch, daß ich die Welt gerecht behandele", daß die Forderung an die Mitwelt auch eine genau so schwere Forderung an ihn selbst sei, dann glaube ich, irrt er doch. Dieses Streben nach Selbsterkenntnis und Gerechtigkeit ist das Streben aller wirklich sozial denkenden und fühlenden Menschen, unabhängig von ihrem religiösen Bekenntnis, ist der Leitspruch jedes wahren Sozialisten.

Der marxistische Sozialismus befindet sich sichtbar im Verfall und bedroht damit die Partei, die die größte Masse der Industriearbeiter um ihre Fahnen hat sammeln können. Dieser Massenpartei fehlt das Gemeinschaftsleben, das in der Harmonie der Ungleichen quellend und schöpferisch wird. Die Gesellschaft der Gleichen ist Verödung und Verfall. Die wenigen Intellektuellen, die der Massenpartei der Arbeiter sich zugesellen, nicht immer ohne eigennützige Ziele, können ihr nicht die geistige und sittliche Befruchtung bringen, die sie braucht, um sich erhalten und geistig fortentwickeln zu können.

Sicher stehen wir an einem Wendepunkt. Möge der Weg zur großen Arbeiterpartei gefunden werden, in der sich vielseitiges Gemeinschaftsleben entfalten kann, weil hier wahre Menschenliebe, Achtung vor fremder Meinung und geistige Freiheit festen Boden und Schutz finden!

Striemer, Der Industriearbeiter.

²⁾ Ohne Planwirtschaft kein Aufbau, von R. Wissell und A. Striemer. Verlag von Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart.

- Grundriß der Politischen Ökonomie von Eugen von Philippovich.
 Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen. 2 Teile.
- Grundzüge der Volkswirtschaftslehre von W. Gelesnoff. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig. 613 Seiten.
- Theorie der reinen und politischen Ökonomie von Franz Oppenhei mer.
 Verlag Georg Reimer, Berlin. 738 Seiten.
- Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre von Othmar Spann.
 Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. 142 Seiten.
- Einführung in die Volkswirtschaftslehre von Prof. Friedrich Stahl. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 136 Seiten.
- Einführung in die Gesellschafts- und Staatskunde von Prof. Friedrich Stahl. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 172 Seiten.
- Die Arbeiterfrage von Prof. Dr. Herkner. 7. Auflage. 1921. Verlag Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin. 2 Bände. 584 und 624 Seiten.
- Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Dr. Jacob Reindl. Verlag Stephan Geibel, Altenburg. 322 Seiten.
- Die Gewerkschaftsbewegung von Dr. S. Nestirepke. 3 Bände. 2. Auflage. Verlag Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart.
- Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Georg Flatow. Verlag Vorwärts, Berlin. 328 Seiten.
- Aus der Betriebsrätepraxis von Clemens Nörpel, 1. und 2. Teil. Verlag Vorwärts, Berlin.
- Deutsche Gesellschaft für Reichserbrecht, Frankfurt a. M., Röderbergweg 96—100. Geschäftsführer Dr. M. Quark.

Abbe 15. Achtstundentag 13. 21. 78. Afabund 49. Allgem. Deutscher Beamtenbund Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund 49. Allheilmittel 19. Arbeiterbanken 88. Arbeitnehmerkammern 89. Arbeitsfreude 21. 23. Arbeitsgemeinschaft 32. 37. 38. 39. 48. Arbeitsgesellschaft 91. Arbeitsloses Einkommen 30, 31, Arbeitslosigkeit 12. Arbeitsmarkt 24, 29, 35. Arbeitsplätze 70. Arbeitsraum 13. 22. Arbeitsteilung 16, 22, Arbeitszwang 38. Auer 92. Aufsichtsräte 56. Aufstiegmöglichkeit 20. 41. 46. Ausbeutung 24. 25. 28. 29. 31. 37. 71.

Bauhütten 85.
Bedarfsdeckung 29.
Bedarfslohn 27.
Bedürfnisse 64f.
Begabung 20.
Betriebsobmann 58.
Betriebsrätegesetz 43. 56.
Bolschewismus 26. 44.
Bourgeoisie 38. 39. 95.
Bruderschaften 53. 88.
Buchdruckertarif 27.
Buchdruckerverband 51.
Bureaukratie 33.

Darwin 16. Demagogen 43.

Australien 37.

Demokratie 43.
Deutscher Gewerkschaftsbund 50.
Dringlichkeit 27. 66.
Dunkmann, Prof. 96. 97.

Ebert, Fritz 41. Eitelkeit 23. Erfinder 24. 25. Ertragswirtschaft 49. Existenzminimum 27.

Feudalherren 10. Ford 17. Frondienst 14. 21. Frühkapitalismus 17.

Gehaltsstufen 24.
Gemeinschaftsarbeit 16. 22. 24.
36. 79. 94.
Gemeinwirtschaft 31. 91.
Generalkommission der Gewerkschaften 52.
Genossenschaft 81.
Gewerkschaften 27. 35. 37. 39.
49. 79.
Gleichheit 33.
Gruppenfabrikation 71.

Hauswirtschaft 65f. Hellpach, Prof. 69. Horneffer, Prof. 72. Horten, Alfons 91.

Individualität 73. Internationaler Gewerkschaftsbund 54.

Kapitalismus 29. 31. Kirche 40. Klasse 44. Klassenkampf 38. 39. 45. Konkurrenz 16. Krüppel 18. Konjunkturschwankungen 36. Leipart, Theodor 93. Leistungslohn 27. Liberale 40. Liebhaberwert 24. Lohnkampf 22. Lumpenproletariat 38.

Manufaktur 9.
Markt 34.
Marktpreis 27.
Marxisten 25. 26. 28. 38. 43. 44.
45. 47. 49. 94. 95. 97.
Maschinisten 18.
Mehrwert 25.
Menschenmarkt 34.
Merkantilismus 34.
Monopolgewinne 28.
Mises, Prof. 41. 45.
Moellendorff 91.

Nahrungsspielraum 37.
Napoleon 41.
Nationalverband Deutscher Berufsverbände 50.
Neid 30.

Oppenheimer, Franz 11. 41. Owen, Robert 14.

Partei 42. Planwirtschaft 31.68.76.91.93.96. Politik 40. Produktion 11. Profit 25. 32. Proletarier 39. 44. Raiffeisen 81. Reichsbetriebsrätekongreß 61. Rhythmus der Arbeit 13. Ricardo 43.

Schlichtungsausschüsse 58. 59. Schultze-Delitzsch 81. v. Schweitzer 51. Smith, Adam 14. 40. Soziale Baubetriebe 85. Sozialbank 46. 47. Sozialismus 44. 48. 72. 74. Sozialistengesetz 52. Staatserbrecht 47. 92. Standort 28. Stinnes, Hugo 46. 90.

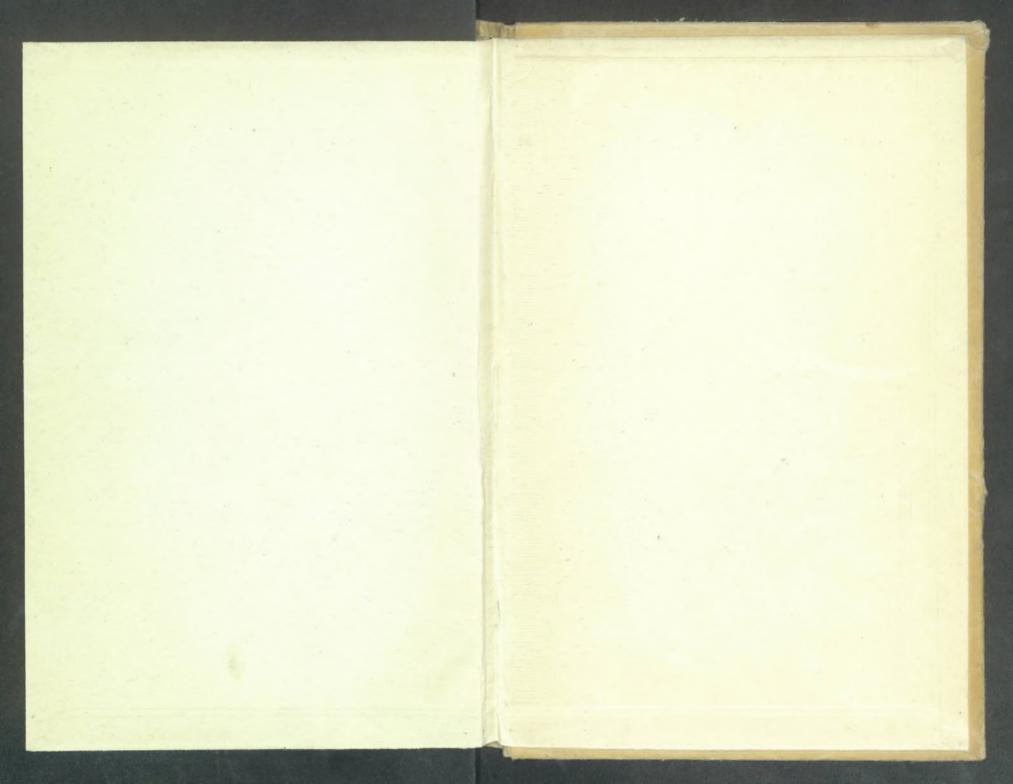
Taktiker 43. Tarifvertrag 35. Taylorismus 72. 75.

Unternehmer 34. Unternehmergewinn 25.

Vergesellschaftung 38.

Wagner, Martin 85.
Werkstattaussiedlung 70.
Wertschätzung 25.
Wirtschaftsgesellschaft 41.
Wirtschaftsverfassung, soziale 89.
Wissell, Rudolf 91.

Zentralarbeitsgemeinschaft 46. 50. Zentrum 40. Zünfte 51.



TECHNI ERDKU: (ATHEM)

485 KPiP

1 1 0 0 4 8 5

1100485

DECIME era enulls asset MATURWISSERS CHART SO AND SINGUAL wertschaftswessenscha DAND FOR THE RES REEGEORSWISSENSERNET ECHTSWISSENSCHAFT Musik